UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

Ec.H
D5668p

Das

Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit.

Ein Beitrag zur Theorie vom Arbeitsmarkt und vom Arbeitslohn.

Von

Heinrich Dietzel,

Professor an der Universität Bonn.

105124
24/9/10

Verlag von Gustav Fischer in Jena.
1903.

Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.

Vorwort.

In „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft" hatte ich das handelspolitische Grundproblem — die Frage, ob dem Verkehr mit dem Auslande freies Spiel zu gestatten sei oder nicht — vom Standpunkt der Produktion aus, unter dem ökonomisch-technischen Gesichtswinkel, untersucht. Den Anlaß, es nunmehr auch vom Standpunkt der Verteilung aus, unter dem sozialen Gesichtswinkel, zu untersuchen, bot mir das scharfe Verdikt, das Ad. Wagner, in seiner Kritik jener Schrift, über die „industriestaatliche und weltwirtschaftliche Entwicklung" und damit über das System der Handelsfreiheit, deren Ursache, gefällt hatte.

Als „notwendige Begleiterscheinungen" jener Entwicklung, bezw. dieses Systems stellte er erstens hin: die Gefährdung des sozialen Friedens durch Verschärfung des Gegensatzes zwischen Reich und Arm, Stadt und Land; „Plutokratie, Pleonexie, Profitgier, spekulatives Treiben, Neid, Wühlerei, Unzufriedenheit, Umsturzbestrebungen aller Art verbreiten sich."

Die Widerlegung dieser Anklage versuchte meine „Sozialpolitik und Handelspolitik". Ich zeigte, daß diese „notwendigen Begleiterscheinungen" teils mit der Verflechtung in die Weltwirtschaft und mit dem Freihandel gar nichts zu schaffen haben; teils im Zeichen nationalwirtschaftlicher Entwicklung, unter dem System der Protektion, noch kräftiger sich entfalten würden.

Zweitens behauptete er: bei Freiheit des Verkehrs mit dem Auslande sei die Kontinuität des Erwerbslebens und damit des Arbeitsmarkts durch Konjunkturschwankungen und Krisen bedroht, werde das Niveau des Arbeits-

lohns herabgedrückt zufolge des sich Unterbietens der Nationen behufs Hebung ihrer Ausfuhr. In der vorliegenden Schrift soll bewiesen werden, daß es sich umgekehrt verhalte — daß das Risiko von Störungen des Arbeitsmarkts desto mehr wachse, der Arbeitslohn desto mehr hinter dem möglichen Maximum zurückbleiben müsse, je höher der Zollschutz, je „verselbstständigter" die Volkswirtschaft.

Bonn, Januar 1903.

Heinrich Dietzel.

Inhalt.

Einleitung.

Die Stellung der Arbeiterführer zu der handelspolitischen Kontroverse . . . . . S. 1—16

Engels und Marx, beeinflußt durch die britischen Agrarier und Anti-Industriestaatler, leiten die „Verelendung" in letzter Linie aus der Verflechtung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft her; die weltwirtschaftliche Entwicklung Ursache der periodischen Krisen, welche immer von neuem eine Reservearmee produzieren und damit das Lohnniveau ständig tief halten. (S. 4—10.) Prognose der sozialen Revolution als Folge des Freihandels (S. 10—11).

Allmähliche Wandlung der Ansicht. Die schutzzöllnerischen outsiders der Sozialdemokratie reden von einem Widerspruch zwischen dem Konsumenten- und dem Produzenteninteresse des vierten Standes, welcher in Wahrheit nicht vorliegt. Verbilligung der Arbeitsprodukte kraft Freihandels führt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter (S. 12—14).

Aber der Freihandel ist kein „Universalmittel" (S. 15); und die ihm innewohnende Tendenz zur Stetigung des Arbeitsmarkts und Steigerung des Arbeitslohns kann durch gegenwirkende Kräfte durchkreuzt werden (S. 15—16).

Erster Abschnitt.

Die Handelssysteme und der Arbeitsmarkt . . . . . S. 17—73

Die unter den deutschen Sozialpolitikern herrschende Meinung, daß bei Freihandel der Arbeitsmarkt Konjunkturschwankungen in höherem Maße ausgesetzt sei als bei Schutzzoll, geht fehl.

I. Das Argument der Auslandsereignisse (S. 18—35).

Im Zeichen des Verkehrs wird die Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen durch handelspolitische Aktionen fremder Nationen (S. 18—20), wie durch Vorkommnisse verschiedenster Art, die jenseits der Grenzen spielen (S. 20—22). Aber dies Übel hat 1. die Tendenz, kleiner zu werden, je weiter ein Volk auf der Bahn weltwirtschaftlicher Entwicklung fortschreitet (S. 22—25); und 2. wird durch Tragen solchen Risikos größeres Übel verhütet, indem dadurch vor allem das Risiko der Konjunkturschwankungen zufolge des Hin und Her der nationalen Ernten sich abschwächt (S. 26—28).

Die Protektionisten vergessen, das Risiko der Inlandsereignisse mit dem der Auslandsereignisse abzuwägen; geschieht es, so wendet sich die sozialpolitische Bilanz zu Gunsten des Freihandels (S. 28—29).

Das System bloßer „Ausgleichszölle" — agrarer wie industrieller — würde das Risiko der Auslandsereignisse kaum mindern (S. 29—32).

II. Das Krisenargument (S. 32—73).

1. Die Gefahr der „Rückschläge fremder Krisen".

Das Ablagerungsrisiko ist unter dem System bloßer „Ausgleichszölle" gar nicht geringer als unter dem System der Handelsfreiheit; Irrtum, daß Überschußware immer nach Freihandelsgebieten dränge, wo vielmehr der Tiefstand des Preisniveaus als Schutz gegen Überschwemmung wirkt (S. 34—38).

Unter dem System hoher „Vorsprungszölle" könnte allerdings die fremde Konkurrenz selbst im Falle starker Überproduktion des Auslands ferngehalten werden; aber dafür stiege das Risiko der Überproduktion im Inlande. Die Protektionisten ignorieren auch hier die Inlandsereignisse, welche im Vergleich mit den Auslandsereignissen — fremden Krisen — das größere Übel darstellen (S. 38—39).

2. Die Gefahr inländischer Krisen.

Die Behauptung, daß vor allem die weltwirtschaftliche Entwicklung Schuld trage an der Entstehung von Krisen, die z. B. Kautsky vertritt (S. 40—42), ist eine „fable convenue".

A. Der Weltmarkt war ursprünglich „unübersichtlicher" als der nationale Markt, wurde aber allmählich ungefähr gleich übersichtlich wie letzterer (S. 42—47).

B. Der Weltmarkt „schwankt" nicht mehr, sondern weniger als ein durch Zollschutz „verselbständigter" nationaler Markt. Denn letzterer ist in höherem Maße der Spielball der nationalen Ernten, die mehr schwanken als die Welternten; der Wechsel im Angebot von agrikolen Lebensmitteln und Rohstoffen bildet eine Hauptursache des Konjunkturenwechsels in der Industrie u. s. w. Bedeutung der physiokratischen Theorie vom produit net (S. 48—54).

C. Unter dem Protektionssystem ist die Gefahr, daß Krisen entstehen und einen hohen Grad von Intensität annehmen, größer wie unter dem System der Handelsfreiheit.

Jedes Anziehen der Zollschraube kann eine Krise erzeugen (S. 54—58). Auch wenn es stabil bleibt, steigert das Protektionssystem das Krisenrisiko. Denn 1. ist im Falle eines Zuvielimports der Reexport erschwert (S. 59); 2. wirkt der Zollschutz — je höher, desto mehr — als Versuchung zur Überproduktion, wenn die Inlandsnachfrage steigt und Preishausse eintritt; bei niedrigerem Zollschutz beugt dagegen das Anschwellen der fremden Konkurrenz einem „boom" vor; in Schutzzollgebieten (Nordamerika, Rußland) schlimmere Krisen wie in Freihandelsgebieten; daß 1898/1900 England und die Union uns „überschwemmten", hat die Hochkonjunktur von damals zum Heile unsrer Volkswirtschaft moderiert (S. 60—64); 3. wirkt der Zollschutz — je höher, desto mehr — als Hemmnis der Beseitigung der Überproduktion kraft „Abschwemmung" des Plus nach andern Ländern; je mehr die Inlandspreise die Weltmarktspreise überragen, desto größer die Gefahr, daß das Plus im Inlande fortgeschleppt werde und die Krise „versumpfe"; wie z. B. jüngst in Rußland, während in Deutschland, wo zufolge des niedrigern Zollschutzes die Inlandspreise nicht so weit von den Weltmarktpreisen sich entfernen konnten, die Entlastung des Binnenmarkts mittels Exports sich in kurzer Zeit vollzog (S. 66—70).

Gleiches wie für die Industrie gilt für die Landwirtschaft. Wennauch, im Falle einer Füllernte wie einer Mißernte, eine durch Zollschutz „verselbständigte" Volkswirtschaft den Weltmarkt in Anspruch nehmen kann, so ist doch das Maß der Konjunkturschwankungen, ist die Gefahr von Krisen zufolge des Hin und Her der nationalen Ernten desto größer, je höher der Zollschutz; und umgekehrt (S. 70—73).

Zweiter Abschnitt.

Die Handelssysteme und der Arbeitslohn . . . . . S. 74—114

I. Das Argument der „reichlicheren Arbeitsgelegenheit" (S. 75—76).

Das Protektionssystem bewirkt keine Vermehrung der „Gesamtsumme der im Inlande erzeugten Werte", sondern nur eine Verschiebung innerhalb der nationalen Gütererzeugung. Die Arbeitsgelegenheit hebt sich daher nicht.

II. Das Argument der „Hungerlöhne" in den Ausfuhrgewerben (S. 76—81).

Die Bedeutung der „parasitischen" Exportindustrien wird übertrieben. Das Lohnniveau steht z. B. in der Berliner Konfektion und der Thüringer Spielwarenindustrie nicht deshalb tief, weil exportiert wird, d. h. die Konkurrenz des Auslandes überwunden werden muß; sondern weil das Lohnniveau — in gewissen Gebieten, zufolge lokaler Verhältnisse — tief steht, wird exportiert, kann die Konkurrenz des Auslandes überwunden werden.

III. Das Lohngesetz und der Freihandel (S. 82—114).

1. Temporäre und partikuläre Lohnbewegung.

Bei „absolutem Freihandel" wird der Lohn in gewissen Zweigen der nationalen Arbeit, die die fremde Konkurrenz nicht bestehen können, gedrückt. Auf die Dauer aber verschwinden kraft der fremden Konkurrenz solche Zweige, bezüglich schrumpfen soweit ein, daß nur die besser situierten Betriebe übrig bleiben, welche trotz des fremden Wettbewerbs einen Lohn zu zahlen vermögen, welcher dem Durchschnittslohn des Landes entspricht.

Mäßiger, nur Ausgleich bezweckender Zollschutz schützt nicht vor zeitweisem und gebietsweisem Werfen der Löhne. Rigoroser, Vorsprung gewährender Zollschutz schützt zwar vor dieser Gefahr, steigert aber die Gefahr, daß zufolge inländischer Überproduktion schwere Krisen und schwere Lohnbaissen kommen (S. 82—84).

2. Dauernde und allgemeine Bewegung des Lohnniveaus.

Um die Wirkung der Handelssysteme auf den Lohn zu bestimmen, bedarf es der Erkenntnis des allgemeinen Lohngesetzes: der „Lohn" der Arbeiter steigt und fällt mit der Produktivität der Volkswirtschaft; oder: bewegt sich umgekehrt wie der „Preis" der Arbeitsprodukte (S. 85—88). Diehls Einwände gegen die Produktivitäts- oder Konträrtheorie (89—95).

Beweis dieser Theorie (S. 96—100). Da das System der Handelsfreiheit als Hebel, das Protektionssystem als Hemmschuh der Produktivität wirkt, so wirkt jenes als Kausalmoment der Lohnhausse, dieses als Kausalmoment der Lohnbaisse (S. 101—104).

Widerlegung der Meinung, als ob durch steigenden Import die „Arbeitsgelegenheit" im Lande gemindert und dadurch der Lohn herabgedrückt werde: der Export steigt entsprechend, die Arbeitsgelegenheit verschiebt sich nur; aber der Arbeitsertrag

steigt, da das Gesamtprodukt, zufolge Vervollkommnung der territorialen Arbeitsteilung, Verminderung der nationalen Produktionskosten, steigt (S. 105—112).

Der Effekt des Systems der Handelsfreiheit auf die Lohnbewegung ist gleich dem Effekt des Maschinensystems; auch dieses wirkt, da es die Produktivität der Volkswirtschaft hebt, den Preis der Produkte verbilligt, als Kausalmoment der Lohnhausse. Weil Engels und Marx die Produktivitäts- oder Konträrtheorie nicht begriffen, verfielen sie in den Fehler, den Freihandel und die Maschinen als „Lohndrücker" zu verurteilen. Daß seit Mitte des 19. Jahrhunderts die meisten Staaten eine Annäherung an das System der Handelsfreiheit vollzogen und gleichzeitig das Maschinensystem um sich griff, war die Hauptursache der Produktivitäts- und damit der Lohnsteigerung. Andre Momente kooperierten, z. B. das Gewerkvereinswesen, waren aber von sekundärer Bedeutung (S. 112—115).

Schlußwort . . . . . S. 115—118

Das Interesse der Arbeiter als Produzenten ist: möglichste Stetigung des Arbeitsmarkts und möglichste Steigerung des Arbeitslohns. Ob das System der Handelsfreiheit oder das Protektionssystem diesem Interesse besser diene, soll im Folgenden untersucht werden.

Auch dann, wenn der neue Zolltarifentwurf das Licht der Welt nicht erblickt hätte, würde die Frage gebieterisch sich aufdrängen.

Seit einiger Zeit lastet ja eine Depression auf unsrer Volkswirtschaft. Die Lage unsrer Arbeiter, die 1897/1900 eine so günstige war, hat sich seit 1901 verschlechtert. Dieser Wechsel der Konjunktur wird seitens der Agrarier als das notwendige Ergebnis der „unseligen Handelsvertragsperiode" bezeichnet. Gekommen sei, was kommen mußte! Eine Politik, welche die Dämme erniedrigte, hinter denen bisher die deutsche Arbeit Schutz fand vor dem „Einbruch" der fremden Konkurrenz — welche das Interesse der nationalen Landwirtschaft preisgab dem Interesse der kosmopolitischen Exportgewerbe — welche der weltwirtschaftlichen und industriestaatlichen Entwicklung freiere Bahn zu schaffen sich vermaß — solche Politik habe, nach kurzer Scheinblüte, schließlich zur „Verelendung" der Masse führen müssen, und damit zur Verschärfung der sozialen Zwietracht.

Wir haben's ja längst vorausgesehen, rühmen sich die Auguren des Bundes der Landwirte: der freihändlerische Taumel mußte im Graben des Krachs enden![1]) Nur zeitweise konnten Arbeitsmarkt und Arbeitslohn steigen, um dann desto tiefer zu fallen. Die heutige Notlage — erklärt

[1]) „Die jetzige Krisis hat der Bund der Landwirte lange schon vorausgesagt ... den Arbeitern kann nur dauernde Arbeit auf dem Lande Vorteil bringen. Wer Handelsbeziehungen eingeht, die auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können, versündigt sich an den Arbeitern" — so Dr. Hahn (Sitzung des Reichstags vom 13. Januar 1902). Daß die „jetzige Krisis" mit den Handelsbeziehungen zusammenhänge, wird also wie etwas Selbstverständliches angenommen. Vgl. darüber unten S. 62, 66.

Dr. Hahn (Sitzung des Reichstags vom 18. Februar 1902) — „kann nur durch eine richtige Politik", d. h. eine solche, die „das Schwergewicht auf das Inland legt, beseitigt werden". Das wirksamste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit — behauptet Graf Kanitz (17. Januar 1902) — ist die „Umkehr" des seit 1892/94 herrschenden Handelssystems. Sollte der alte Tarif in Kraft bleiben, „so würde dies ein Unglück sein" nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch „für die Industrie und die Hunderttausende von Arbeitern, die mit ihrem Wohlergehen lediglich von der Industrie abhängig sind"; die französischen Arbeiter wüßten besser als die deutschen, was ihnen fromme — jene stünden auf der Seite des Schutzzolls, während diese so thöricht seien, vom Freihandel das Heil zu erwarten.

Nicht wenige Vertreter der deutschen Wissenschaft urteilen gleichfalls, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung — die ja, bei heutiger Lage der Verhältnisse, für Völker wie Deutschland die weitere Industrialisierung bedeutet — gegen das Interesse des vierten Standes sei. So Ad. Wagner, welcher zu den „notwendigen Begleiterscheinungen" jener Entwicklung zählt: „Schwankungen der Konjunkturen, Übertreibungen der Konkurrenz, Produktions- und Absatzkrisen" einerseits, „Hungerlöhne" andrerseits.[1])

Diese Auffassung der Agrarier und Kathederagrarier, daß der Schutzzoll die nationale Arbeit schütze vor Beschäftigungsmangel und Lohnbaisse, während der Freihandel beide Gefahren heraufbeschwöre, ist früher auch von den Führern des Proletariats geteilt worden.

Damals als England am Scheidewege stand — als die „country-party", unterstützt durch einige Gelehrte und Philantropen, mit den Manchestermännern in Fehde lag um die Frage der Beseitigung der Kornzölle, d. h. um die Frage, ob England eines der schwersten Hemmnisse weiterer weltwirtschaftlicher und industriestaatlicher Entwicklung aus dem Wege räumen sollte oder nicht — waren die leitenden Geister der „labouring poor" keineswegs auf Seite der Cobden und Bright.

Denn sie sahen in der Propaganda für den Freihandel nur einen „middle-class-tric". Hatten doch die englischen Fabrikanten oft genug die Hoffnung geäußert, daß, wenn zufolge Beseitigung der Kornzölle der Kornpreis sinke, und damit der Brotpreis — das Niveau der industriellen Löhne herabgehen, mindestens nicht weiter steigen werde; komme die Lohnhausse zum Stillstand, so werde die bisher durch die zunehmende Konkurrenz Frankreichs

---

[1]) Lootse, 1900, S. 252, 255. — Ähnlich Oldenberg, Deutschland als Industriestaat, 1897, S. 35.

und Deutschlands[1]) bedrohte Fabrikatenausfuhr sich kräftiger entfalten können.

Weil die Unternehmer zu jener falschen Theorie — der „Parallel-theorie", wie ich sie genannt habe — daß niedrigerer Kornpreis niedrigeren Lohn nach sich ziehe, sich bekannten, standen die Arbeiter der Anti-kornges etzliga „kühl bis ans Herz hinan", zum Teil äußerst mißtrauisch gegenüber. Traut dem Schwindel nicht — warnte die Presse der Land-lords — die Arbeit wird arm bleiben wie bisher; nur das Kapitel wird sich bereichern durch Ausdehnung des Exports.[2])

Bei den französischen Sozialrevolutionären fand, zufolge ihrer größeren Verbitterung und ihres geringeren Verständnisses für wirtschaftliche Kausal-zusammenhänge, diese Auffassung noch festeren Glauben wie bei den englischen Chartisten. Der Preis der Arbeit sei gefallen, schrieb z. B. damals Ledru-Rollin[3]), — was nutze es, daß „das Brot billiger geworden, wenn der Lohn so tief steht, daß der Arbeiter es kaum kaufen kann?"[4]) . . . „Allgemein ist der Notschrei in England: wir sind bankrott! Konnte es anders sein?" (S. 39.) Und was könne dereinst noch kommen? „Rußland und Nordamerika brauchen England gar nicht einmal anzugreifen; wenn sie nur ihre Häfen schließen, während England um Brot bettelt, wird es mit ihm zu Ende sein", mit dieser „nation subalternisée" durch die Abhängigkeit von fremdem Brotkorn.[5]) „Libre-échangistes, vous allez ruiner l'agriculture, rendre l'Angleterre tributaire et vassale de l'étranger, enlever le travail, c'est-à-dire son pain, au peuple des campagnes, détruire par là même le marché intérieur de l'industrie, amener une souffrance universelle et la banqueroute générale" (S. 41)

---

[1]) Über die französische Konkurrenz vgl. Ledru-Rollin, De la décadence de l'Angleterre, 1850. — Über die deutsche Konkurrenz: J. Bowring, Bericht über den deutschen Zollverband, 1840.

[2]) Die letzten Sätze nach meiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform", S. 36. — Die Paralleltheorie wurde u. A. vertreten durch die vielgelesene Schrift „Cheap corn best for farmers", welche H. Drummond, dem Gründer des Oxforder Lehrstuhls für politische Ökonomie, zugeschrieben wurde (vgl. Mac Cullochs Ausgabe von Ad. Smith, 1846, S. 520). Hier hieß es, daß das Interesse des Kapitals, das Interesse aller Gruppen von Unternehmern, auf niedrigere Korn- und Brotpreise dränge „because their labourers will then be contented with lower wager"; hatte ja doch Ad. Smith darauf hin-gewiesen, daß wenn das Brot teurer werde, die Arbeiter höhere Löhne — „forderten".

[3]) A. a. O., Bd. IV, S. 32 ff.

[4]) Eine ganz ähnliche Formel hat jüngst Ad. Wagner mehrfach gebraucht.

[5]) So nennt Oldenberg heute, aus gleichen Gründen, Deutschland ein „Volk von Knechten".

Und über die freihändlerische Bewegung in Frankreich sprachen sich übereinstimmend das fourieristische Organ „Democratie pacifique“ wie das kommunistische „Atelier“ dahin aus, daß sie nur eine Spekulation des Fabrik- und Handelskapitals sei, welche das arbeitende Volk zu Falle bringen müsse: eine Spekulation im Interesse Englands,[1]) anti-national wie anti-sozial.

Tout comme chez nous — heute.[2]) Unsre Protektionisten und ihre wissenschaftlichen Gönner wiederholen nur, was vor einem halben Jahrhundert die „communis opinio“ der Arbeiterpartei gewesen ist.

Auch das Dogma der deutschen Sozialdemokratie, deren Begründer während des vierziger Jahrzehntes ihre ersten litterarischen Lorbeern sammelten Kaum Jemand hat die sozialpolitischen Schatten der weltwirtschaftlichen und industriestaatlichen Entwicklung so schwarz gemalt wie Fr. Engels, welchem sie als die oberste Ursache der „Verelendung“ erschien.

Nachdem Engels von der Not gesprochen hat, welche die Arbeitslosigkeit, veranlaßt durch Einführung von Maschinen, erzeuge, sagt er weiter:

Die Produktion mittels Maschinen führt „auf die Dauer niedrigere Preise der produzierten Artikel und infolgedessen einen vermehrten Konsum herbei, sodaß ein großer Teil der außer Brot gesetzten Arbeiter in andern Arbeitszweigen, und freilich nach langen Leiden, endlich doch wieder unterkommt. Tritt noch ... die Eroberung fremder Märkte hinzu, sodaß die Nachfrage nach Manufakturwaren fortwährend und rasch steigt, so steigt auch die Nachfrage nach Arbeitern und mit ihr die Bevölkerung in demselben Verhältnisse. Statt also abzunehmen“ — deshalb weil die Maschinen Hände ersetzt haben — „hat sich die Einwohnerzahl des britischen Reiches reißend schnell vermehrt“. (S. 83/84).

Bis hierher heißt es also: eine „unbeschäftigte Reserve von Arbeitern“ (S. 87) bildet sich zwar, sobald ein Betriebszweig in das Zeichen der Maschinentechnik tritt; aber sie verschwindet auch wieder. Verbilligung der maschinell hergestellten Fabrikate und Ausdehnung des industriellen Exports — beides hängt ja enge zusammen — wirken dahin, daß die Nachfrage nach Arbeitern trotz der Maschinen steigt.

Aber woher dann die zunehmende „Verelendung“, welche zu beweisen der Zweck des Buches ist? Engels fährt fort: „und bei aller der steigenden Ausdehnung der Industrie, bei all der im Großen und Ganzen steigenden Nachfrage nach Arbeitern hat England, nach dem Geständnisse aller offiziellen Parteien ... dennoch fortwährend überzählige und überschüssige Bevölkerung, ist dennoch fortwährend, im Ganzen, die Konkurrenz unter den Arbeitern größer als die Konkurrenz um Arbeiter“ — m. a. W. wird der Lohn fortwährend tief gehalten!

„Woher kommt dieser Widerspruch? Aus dem Wesen der Industrie und Konkurrenz

---

[1]) Vgl. die Rede Molinaris auf der „Réunion internationale des Economistes“ (J. d. Econ. 1900, VIII, S. 279).

[2]) „Hilfstruppe des Auslandes gegen die eigne nationale Arbeit“ haben z. B. die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das hochschutzzöllnerische Blatt, den Handelsvertragsverein genannt. S. darüber meine „Sozialpolitik und Handelspolitik“ 1902, S. 91 ff.

und den darin begründeten Handelskrisen ... Bei dem System, wonach jeder auf eigne Faust arbeitet ... muß alle Augenblicke eine Stockung entstehen. England z. B. versorgt eine Menge Länder mit den verschiedensten Waren ... Der Fabrikant muß aufs Geradewohl seine Waren hinausschicken; alles geschieht blindlings ins Blaue hinein, mehr oder weniger unter der Ägide des Zufalls. Auf die geringsten günstigen Berichte schickt jeder, was er kann ... bald ist der Markt überfüllt, der Verkauf stockt, die Rückflüsse bleiben aus, die Preise fallen, und die englische Industrie hat keine Beschäftigung für ihre Arbeiter mehr".

„Im Anfange der industriellen Entwicklung beschränken sich diese Stockungen auf einzelne Fabrikationszweige und einzelne Märkte. Aber durch die zentralisierende Wirkung der Konkurrenz — welche die Arbeiter, die in einem Arbeitszweige brotlos werden, auf die am leichtesten erlernbare Art der übrigen, und die in einem Markte nicht mehr unterzubringenden Waren auf die übrigen Märkte wirft, und dadurch die einzelnen kleinen Krisen näher zusammenrückt — sind diese nach und nach in eine einzige Reihe von periodisch wiederkehrenden Krisen vereinigt worden."

„Eine solche Krisis pflegt alle fünf Jahre auf eine kurze Periode der Blüte ... zu folgen. Der heimische Markt wie alle fremden Märkte liegen voll englischer Fabrikate ... die industrielle Bewegung stockt in fast allen Zweigen ... der Lohn fällt durch die Konkurrenz der Brotlosen ... „Allgemeines Elend." (S. 84/85.) Allmählich wird der Stand der Dinge besser, die „günstigen Berichte" kommen wieder — bald aber auch wieder Überproduktion im Ausland und Inland, Krisis. Und wieder sinkt der zeitweise emporgetriebene Lohn. „So geht es in einem fort: Blüte, Krisis, Blüte, Krisis".

„Hieraus geht hervor, daß zu allen Zeiten, ausgenommen in den Perioden höchster Blüte, die englische Industrie eine unbeschäftigte Reserve von Arbeitern haben muß ... „während der Krisis eine ungeheure Menge". (S. 87.)

Also: nicht der Fortschritt der Technik, nicht der Wettbewerb der „eisernen Sklaven" mit den Sklaven aus Fleisch und Blut, verursacht die „Verelendung" der Masse. Die lohnmindernde Tendenz des Maschinenwesens würde — so hart sie zeitweise die Arbeiter gewisser Branchen trifft — für die Arbeiterklasse als Ganze wieder wettgemacht werden durch die Verbilligung der maschinell hergestellten Waren. Sondern die Krisen erzeugen die Reservearmee und damit den steten Tiefstand des Lohnes — die Krisen aber wieder sind die Folgen des Fortschritts der „industriellen Entwicklung", der steigenden Verflechtung der englischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft.

Die Konsequenz wird nicht gezogen, ergiebt sich aber mit Notwendigkeit: das materielle Interesse der Arbeiterklasse steht wider den Freihandel, welcher ja jene Entwicklung beschleunigen würde, sie beschleunigen soll. „Selbst wenn England das industrielle Monopol behielte, seine Fabriken fortwährend wüchsen" ... „die Handelskrisen würden ... mit der Ausdehnung der Industrie immer gewaltsamer, immer schauderhafter werden" (S. 298). „Die Intensität der Krisen wächst mit jeder Wiederholung" — „die letzte war immer die heftigste" (S. 89).

Engels sagt nicht ausdrücklich, daß Krisen nicht auch bei Beschränkung des Güteraustausches auf den inneren Markt entstehen könnten. Aber überall, wo er von ihnen redet, leitet er sie aus dem Umstande ab, daß die Produktion für den Außenmarkt „unter der Ägide des Zufalls" (s. oben) erfolgt, daß die „Handelskonjunktur" unberechenbarem Auf und Ab unterworfen ist.

„Noch viel demoralisierender als die Armut, wirkt die Unsicherheit der Lebensstellung auf die englischen Arbeiter — das, was sie zu Proletariern macht". (S. 119.) Was man von den englischen Baumwollspinnern gesagt habe, gelte allgemein für die Gesamtheit der Fabrikarbeiter: „bei ihnen ist das Geschäft heute blühend, morgen welk; und so leben sie auch wie Spieler, heute im Luxus, morgen im Hunger ... der englische Handel mit seinen weltweiten Konvulsionen und Schwankungen ... hat alle Pfade für sie unsicher gemacht". (S. 120).[1])

Auch da, wo Engels das spezielle Problem behandelt, ob die Abschaffung der Korngesetze die Lage des Proletariats verbessern könne,[3]) ist es schließlich der Gedanke an die „Reservearmee" welcher ihn zur Verneinung der Frage führt.

„Die Korngesetze, welche den Brotpreis höher halten, als dieser in andern Ländern steht, erhöhen dadurch den Arbeitslohn[2]) und erschweren den Fabrikanten die Konkurrenz gegen andre Länder, in denen der Brotpreis und infolgedessen der Lohn niedriger steht. Werden die Korngesetze nun abgeschafft, so fällt der Brotpreis; und

---

[1]) Es sind Worte Carlyles, Chartism, S. 34.

Die Schriften dieses fanatischen Anti-Industriestaatlers und damit Anti-Freihändlers haben auf die Theorie von der „kapitalistischen Produktionsweise" zweifellos starken Einfluß geübt. Es sei daran erinnert, daß Engels die, wie er sagt (a a. O., S. 278), „ausgezeichnet schöne Schilderung der englischen Bourgeoisie und ihrer Selbstsucht", welche Carlyle im „Past and Present" (1843) gegeben hatte, in den deutsch-französischen Jahrbüchern übersetzt hatte. Vgl. S. 296, ferner die Stelle, wo Engels diesem Mann, der eine der wenigen „ehrenwerten Ausnahmen" der Bourgeoisie bilde, wärmste Anerkennung zollt.

Später ist Carlyle allerdings ebenso geschmäht worden wie einst gepriesen. Die Februarrevoltion habe ihn „zum vollendeten Reaktionär" gemacht (Zusatz von Engels, 1892). Als er sich nicht für die Skavenemanzipationsbewegung in den Vereinigten Staaten begeistern konnte, hieß es: „die Schaumblase der Torysympathie für den städtischen — beileibe nicht den ländlichen — Lohnarbeiter", sei geplatzt (Marx, Kapital, Bd. I, S. 243).

[2]) Engels, a. a. O., S. 278, S. 282 ff., vgl. auch S. 233/4, 237.

[3]) Engels spricht hier die Anschauung der englischen Industriellen nach (s. o.) — eine „fable convenue", die heute auch wieder bei uns in den Unternehmerkreisen Glauben findet, welche vor allem am Export interessiert sind. Sie meinen, eine Kornzollerhöhung deshalb abwehren zu sollen, weil solche zu einer Brotpreis- und damit weiter zu einer Lohnerhöhung führen müsse.

Die Anschauung ist irrig. Der Lohn der englischen Fabrikarbeiter stand nicht deshalb höher wie der Lohn der Kollegen des Kontinents, weil der Brotpreis in England höher stand wie in Deutschland u. s. w. Es war vielmehr die höhere Produktivität der englischen Industrie, ihre Fähigkeit, kraft vollkommenerer Betriebsorganisation und voll-

der Lohn nähert sich dem der übrigen zivilisierten Länder Europas . . . der Fabrikant kann also leichter konkurrieren, die Nachfrage nach englischen Waren wächst, und mit ihr die Nachfrage nach Arbeitern" Infolgedessen „wird allerdings der Lohn wieder etwas steigen".

So befindet sich also auch hier wieder seine Argumentation am gleichen Punkte, wie oben die Argumentation betreffs des Einflusses des Maschinenwesens auf den Lohn. Aber nun kommt wieder das Moment der „überflüssigen" Bevölkerung und hebt den günstigen Effekt auf:

Sie „reicht hin, um die englische Industrie, selbst wenn sie sich verdoppelte (dank der Steigerung der Auslandsnachfrage), mit den nötigen Arbeitern zu versehen. In wenigen Jahren würde der geringe Vorteil der Korngesetzabschaffung wieder ausgeglichen sein, eine neue Krisis erfolgen, und wir wären so weit wie vorher . . . das alles sehen die Proletarier gut ein". (S. 282.)

Die periodische Wiederkehr der Krisen erzeugt die „Reservearmee" immer von Neuem — die Krisen kehren aber deshalb periodisch wieder, weil die Beteiligung am Weltmarkt immer wieder zur Überproduktion führen muß.

Die Antikorngesetzliga habe den Arbeitern „weiß machen wollen, daß der Geldpreis der Arbeit im umgekehrten Verhältnis zum Kornpreise stehe — daß der Lohn hoch, wenn das Korn niedrig stehe, und umgekehrt. Ein Satz, den sie mit den lächerlichsten Argumenten zu beweisen gesucht hat, und der in sich selbst lächerlicher ist, als irgend eine andere aus dem Munde

---

kommenerer Technik, gleiche Ware mit geringeren Kosten zu erzeugen, welche den Lohn der englischen Fabrikarbeiter trotz höheren Brotpreises höher hielt.

Durch die höhere Produktivität der englischen Industrie, besonders der Eisen- und der Baumwollfabrikation, wurde der lohnmindernde Einfluß der geringeren Produktivität des englischen Kornbaus — die in dem, im Vergleich mit dem kontinentalen, durchschnittlich weit höherer Kornpreise (Folge der höheren Produktionskosten von Korn, welche aufzuwenden die Korngesetze gestatteten) reflektierte — wettgemacht.

Vgl. meine Schrift „Kornzoll und Sozialreform", 1901, S. 36.

Für die Periode der Kontinentalsperre hat Torrens in seinem berühmten, bei uns leider so wenig gelesenen Essay über den Kornhandel mit größtem Nachdruck betont, daß die Lohnsteigerung, die damals sich vollzog, nicht eingetreten sei, weil der Korn- und der Brotpreis damals gewaltig emporging, sondern trotzdem — deshalb, weil die englische Industrie in höherem Grade produktiver wurde als der englische Kornbau unproduktiver. Für die neuere Zeit hat vor allem G. v. Schulze-Gävernitz den Satz vertreten, daß die Erhöhung der industriellen Produktivität die Ursache der Erhöhung der Lohnrate in der Industrie sei.

Aber — sobald von dem Jahrzehnt des Kampfes um die Korngesetze die Rede ist, oder eine ähnliche Situation sich einstellt, wie z. B. heute bei uns — spukt immer wieder der alte Irrtum, als ob höherer Korn- und Brotpreis die Tendenz habe, das allgemeine Lohnniveau emporzutreiben, während die Tendenz die umgekehrte ist.

Vgl. unten Abschnitt II 3.

eines Ökonomen geflossene Behauptung". . . . „Die Arbeiter haben sich aber nicht irre machen lassen". (S. 283).

Eine so lächerliche Theorie widerlegt man nicht. Marx allerdings hat es doch der Mühe wert gehalten. Was er in seiner Rede „qu'est-ce que le libre-échange" sagt, deckt sich im Ergebnis mit der Ausführung Engels' insofern, als er gleichfalls die „Verelendung" als das notwendige Produkt der industriestaatlichen und weltwirtschaftlichen Entwicklung hinstellt.

„Wenn der Preis aller Waren fällt — und dies ist die notwendige Konsequenz des Freihandels — so kann ich mir für einen Franken weit mehr Dinge als vorher verschaffen. Und der Frank des Arbeiters gilt ebensoviel wie jeder andre. Somit wird der Freihandel dem Arbeiter sehr vorteilhaft sein."

„Es ist nur ein kleiner Übelstand damit verbunden; nämlich der, daß der Arbeiter, bevor er seinen Franken gegen andre Waren austauscht, zunächst den Tausch seiner Arbeit gegen das Kapital vollzogen hat. Wenn er bei diesem Tausche stets für dieselbe Arbeit den bewußten Franken erhielte, und der Preis aller andern Waren fiele, so würde er stets bei diesem Handel gewinnen."

Aber: „wenn alle Waren billiger sind, so wird die Arbeit, die auch eine Ware ist, gleichfalls im Preise sinken . . . und verhältnismäßig viel mehr sinken als alle andren Waren".

„Da man stets Mittel findet, die Arbeit mit wohlfeileren und erbärmlicheren Gegenständen zu ernähren, so ist das Lohnminimum im steten Sinken begriffen . . . Dies Gesetz der Ware Arbeit, das Lohnminimum, verwirklicht sich in dem Maße, als der Freihandel . . . zur Thatsache wird . . . Das freigewordene Kapital macht (den Arbeiter) nicht minder zum Sklaven, als das durch Zollschranken belästigte."[1])

Das materielle Interesse der Arbeiterklasse — darin stimmt er mit dem Freunde voll überein — steht wider den Freihandel.[2])

---

[1]) Marx, Rede über den Freihandel, Anhang II, zum „Elend der Philosophie" (1885), zitiert nach Oncken.

[2]) Oncken (was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise? 1901, S. 73), rechnet diese Rede „zu dem Geistvollsten, was Marx geschrieben hat". Mir scheint, daß man sie vielmehr gerade als Paradigma brauchen könnte, um alle Fehler des Denkens und Schließens dieses so scharfsinnigen und gelehrten, aber zufolge seines Pessimismus oft so blinden, über die einfachsten, plansten Kausalzusammenhänge sich täuschenden Mannes daran zu erläutern. —

Auf seiner Suche nach Bundesgenossen gegen den Freihandel entdeckt Oncken einen solchen auch in Rodbertus: „der Freihandel ist ihm im allgemeinen nicht sympathisch; wenn demselben zwar nach außen hin, im Verkehr von Staat zu Staat, eine gewisse Berechtigung zugestanden werden müsse, so gelte das doch nicht für das innere Volksleben". Zum Beweise wird die bekannte Stelle von dem libre-échange — d. h. der freien Konkurrenz im „inneren Volksleben" — als „teilweisen Rückfall in die Barbarei" zitiert.

Das ist denn doch eine arge Irreführung des geneigten Lesers, gegen die zu protestieren ich nicht unterlassen möchte. Rodbertus hat dem „Freihandel" nicht nur eine „gewisse Berechtigung" zugestanden, sondern ist (wie ja nahezu die Gesamtheit der preußischen

Fügen wir noch eine Hauptstelle aus dem „Kapital" hinzu. Wie für Engels ist für Marx die maschinelle Betriebsweise ein Faktor der „Verelendung".[1]) Ob dies zutrifft oder nicht, geht uns hier nichts an. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß auch bei Marx schließlich die Verflechtung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft es ist, durch welche der Lohndruck in Permanenz erklärt wird.

„Die maschinelle Betriebsweise — heißt es in dem Kapitel „Repulsion und Attraktion von Arbeitern mit Entwicklung des Maschinenbetriebs" (Bd. I, S. 459 ff.) — erwirbt eine Elastizität, eine plötzliche, sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und an dem Absatzmarkt Schranken findet" (S. 463). Diese „Elastizität", diese „Ausdehnungsfähigkeit" zur That werden zu lassen, ist vor allem die Exportindustrie gezwungen — sie muß immer neue Felder des Vertriebs sich aufsuchen, immer mehr in die Weite streben.[2]) Und was ist die Folge?

„Die ungeheure stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt" — den es eben beschicken muß, da ihm bald das eigne „Königreich zu klein" wird, und ihn immer mehr sich zu erobern suchen muß — „erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauf folgende Überfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt . . . Die Unsicherheit und Unstetigkeit, denen der Maschinenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage des Arbeiters unterwirft, werden normal mit dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus" — mittlere Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation.

„Die Zeiten der Prosperität abgerechnet, rast zwischen den Kapitalisten heftigster Kampf um ihren individuellen Raumanteil am Markte. Dieser Anteil steht in direktem Verhältnis zur Wohlfeilheit des Produkts." . . . „Außer der hierdurch erzeugten Rivalität im Gebrauch verbesserter, Arbeitskraft ersetzender Maschinen- und neuer Produktionsmethoden, tritt jedesmal ein Punkt ein, wo Verwohlfeilerung der Ware durch gewaltsamen Druck des Arbeitslohnes unter den Wert der Arbeitskraft erstrebt wird".[3])

Es ist die gleiche Theorie, wie die von Engels. Erst dadurch, daß die „Abhängigkeit vom Weltmarkt" herangezogen wird, ergiebt sich die Unmöglichkeit, daß das wirtschaftliche Schicksal der Arbeiterklasse unter der

---

Agrarier, Bismarck eingeschlossen) dessen unbedingter Anwalt gewesen. „Die Schutzzölle" — hat er einmal gesagt — „machen die Erde und ihre Schätze kleiner als sie sind". Als man ihm 1875 Neigung zum Protektionssystem zuschrieb, verwahrte er sich dagegen entschieden (vgl. meine Schrift: K. Rodbertus, Bd. I, S. 85).

[1]) Marx geht aber viel weiter wie Engels, indem er die „Kompensationstheorie" heftig befehdet, welcher dieser (s. o.) noch ziemlich weitgehende Zugeständnisse macht.

[2]) Vgl. speziell über die Baumwollindustrie: „dieser Geschäftszweig bedarf, unter Strafe der Vernichtung, beständiger Expansion des Marktes" (S. 472).

Dazu die Zitate aus Engels in meiner „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft" (S. 72): „die kapitalistische Produktion kann nicht stabil bleiben, sie muß wachsen . . . oder sie muß sterben" u. s. w.

[3]) Marx, Kapital, Bd. I, 465.

kapitalistischen Produktionsweise jemals sich bessere — erst dadurch das Fatum daß das Lohnminimum vielmehr „in stetem Sinken begriffen ist".[1])

Gleichwohl, oder vielmehr: gerade deshalb sind Marx und Engels keineswegs Anhänger des Schutzzolls, sondern des Freihandels.[2]) Denn: „im allgemeinen ist heute das Schutzzollsystem konservativ, während das Freihandelssystem zerstörend wirkt: es zersetzt die frühern Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Worte: das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution ... in diesem revolutionärem Sinne stimme ich für den Freihandel."[3])

„Wie ein Blitz — schreibt Oncken — beleuchten die letzten Sätze unsre soziale Lage!" Nur zufolge der Hoffnung, daß der Freihandel die Katastrophe beschleunigen werde, durch welche die heutige Gesellschaft hindurch muß, um zur kommunistischen Organisationsform zu gelangen, — „nur darum ist Marx für den Freihandel".[4])

Gewiß; der große Prophet hat so gedacht; und ebenso sein Genosse im Wahrsagen. Daß aber jene Sätze „unsre soziale Lage wie ein Blitz beleuchten", wird außer den agrarischen Ultras — die ja im Falle, daß das von ihnen geforderte Maß des Hochschutzes der Landwirtschaft nicht durchgesetzt wird, die „Throne krachen" hören — wohl Niemandem einleuchten. Dieser Orakelspruch hat sich ja doch, bisher wenigstens, als durchaus falsch erwiesen — wie so mancher andre, der von dem gleichen Dreifuß aus in die Lande ging.[5]) Wie die Entwicklung der englischen Verhältnisse während eines halben Jahrhunderts lehrt, liegt es keineswegs im Wesen des Freihandels, den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie „auf die Spitze zu treiben"; vielmehr hat sich nirgends dieser Gegensatz allmählich so gemildert wie auf der britischen Insel![6])

Marx und Engels sind beirrt worden durch die Trugbilder von den „Schrecken des Industriestaats", welche die Landlords und die sonstigen Anti-Industriestaatler von damals ebenso eindrucksvoll zu malen und ebenso

---

[1]) Marx, in der Freihandelsrede. (Siehe oben.)

[2]) Wenigstens für England!

[3]) Es wird nur in einem kurzen Satze wiederholt, was Engels, gegen Ende der oben erwähnten Schrift (S. 298/299), breit ausführt.

[4]) Oncken, Was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise? 1901, (S. 79).

[5]) Vgl. z. B. G. Adler, K. Marx 1887, S. 16 ff.

[6]) Daß vielmehr das Protektionssystem auf Verschärfung des sozialen Haders wirken, und das System des agrarischen Hochschutzes dem Agrarkommunismus Vorschub leisten muß, s. meine „Sozialpolitik und Handelspolitik", Schlußabschnitt.

erfolgreich zu verbreiten verstanden wie ihre deutschen Nachfahren von heute. Weil die englischen Agrarier und Kathederagrarier den gleichen Feind bekämpften wie sie selbst — das große industrielle und merkantile „Kapital" — bedienten sich Marx und Engels der Waffen, die jene führten; ließen sich düpieren durch die Prognose jener, daß der Freihandel — indem er den Ruin der Landwirtschaft heraufbeschwöre, die Exportindustrie emporblühen mache — zur „Verelendung" der Masse führen müsse: denn je enger die Verflechtung in den Weltmarkt, desto häufiger und desto schwerer die Krisen; desto größer die Reservearmee; desto geringer der Lohn; desto schärfer die Spannung zwischen Kapital und Arbeit, die schließlich in der kommunistischen Revolution sich entladen wird. Engels' Theorie von dem Zusammenbruch der heutigen Ordnung zufolge der bei Freihandel notwendig werdenden, steten Jagd nach immer neuen, immer ferneren Märkten — die über kurz oder lang sich immer wieder verschließen, weil alle Länder sich „industrialisieren", sich emanzipieren werden von den britischen Fabrikaten — diese agrarisch-anti-industriestaatliche „Kladderadatsch"-Theorie ist weit älter als die von Marx, nach welcher der Zusammenbruch, kurz gesagt, als der letzte Schluß der Tendenz zum Großbetriebe erscheint. —

Heute ist die Stellung der Arbeiterpartei zu der Kontroverse betreffs der Handelssysteme eine ganz andere als vor fünfzig Jahren. Zuerst lernte das englische Proletariat um — lernte begreifen, daß jene Lehre, welche Engels als schlechthin lächerlich bezeichnete; jene Lehre, welche die „Freihandelshausierburschen" mit ihren „zudringlichen Traktätchen"[1]) ins Volk trugen, recht ernst zu nehmen sei; nämlich, daß gerade den „labouring poor" der Hauptanteil am Segen der freien Korneinfuhr, des freien Güteraustausches überhaupt, zufallen werde: durch Stetigung des Arbeitsmarktes und Steigerung des Arbeitslohns! Vor allem begriffen auch die landwirtschaftlichen Arbeiter — denen man seitens der Kornzöllner eingepaukt hatte, daß für sie selbstverständlich der Freihandel in Agrarprodukten dauernde Misere bedeute — die Richtigkeit der Cobdenschen Formel, daß Verbilligung des Kornes und Brotes ein Moment der Lohnhausse sei, während „dear bread" zu „law wages" führe.[2])

Allmählich schwenkte auch die deutsche Sozialdemokratie ins freihändlerische Lager über. Jedoch — in der letzten Zeit wurden wieder manche Stimmen laut, welche zeigen, daß auch heute noch in einzelnen Köpfen der Partei jene Trugbilder spuken.

---

[1]) Marx, Vorwort zum „Kapital", Bd. I.

[2]) Vgl. „Kornzoll und Sozialreform" S. 37.

Die bisherige Freihandelsflagge sei „arg verschlissen" — so summierte ein Referent die Zolldebatten des sozialdemokratischen Parteitags von 1900;[1]) der Standpunkt, wonach jeder Sozialdemokrat Freihändler sein mußte, sei 20 Jahren abgethan. Man habe „dem bloßen Konsumenteninteresse"[2]) das Produzenteninteresse gegenübergestellt und den Satz vertreten, daß reichliche Arbeitsgelegenheit und hohe Löhne für die Arbeiter wichtiger seien als niedrigere Preise.[3]) Und Vollmar habe mit Nachdruck hervorgehoben: es handle sich um eine reine „Zweckmäßigkeitsfrage". Zwar sei jene Auffassung in der Minderheit geblieben, aber unverkennbar bereite sich ein Umschwung im Denken vor.

Ich hoffe, daß dieser „Umschwung" nicht eintrete; denn er wäre ein Rückfall in alten Irrtum. Ich hoffe, daß die deutschen Arbeiterführer immer allgemeiner zu der Überzeugung kommen, daß der Freihandel nicht nur vom Standpunkte der Arbeiter als Konsumenten — was bisher fast allein betont ist — sondern auch vom Standpunkte der Arbeiter als Produzenten betrachtet, „zweckmäßiger" ist, als der Schutzzoll.

Denn selbstverständlich handelt es sich bei dieser Alternative um eine Frage wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit! Wenn die leitenden Geister unsrer Sozialdemokratie versuchen würden, sich über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Freihandels völlig klar zu werden, so wäre dies für das Interesse der Arbeiterklasse weit heilsamer, als das sich Vertiefen in das Problem, ob Freihandel oder Schutzzoll „revolutionärer" sei; ob jenes oder dieses System der Humanitätsidee mehr entspreche, die kulturelle Entwicklung der Welt wirksamer fördere.[4]) —

Unsern Einkapselungs-Politikern ist natürlich die „Mauserung" der Sozialdemokratie zu einer Freihandelspartei fatal.

Daß ihr eine „landwirtschaftliche Bundesgenossenschaft fern liegt", daß sie heute nicht mehr — wie einst die Männer, welche später ihre wissenschaftlichen Führer werden sollten —

---

[1]) C. T. in der „Sozialen Praxis" 1900, S. 1317.

[2]) „Die Arbeiterklasse — so motivierte das „Soz. Handbuch" die Stellungsnahme der Partei zu Gunsten des Systems Caprivi — ist, wie alle Konsumenten, an den Tarifverträgen interessiert, weil durch sie wenigstens ein Teil der durch die Zölle der Bismarckschen Ära verursachten maßlosen Lebensmittelverteuerung wieder beseitigt worden ist".

[3]) „Die Erreichung eines höheren Lohnniveaus . . . wichtiger als die Abwehr einer Warenpreiserhöhung" (Calwer). „Nicht in der Konsumtions-, sondern in der Produktionssphäre fallen die entscheidenden Würfel der Gegenwart und Zukunft des Proletariats". (Schippel, Handelspolitik. S. 338.)

[4]) Vgl. z. B. das Referat Schippels auf dem Stuttgarter Parteitag von 1898.

Bemerkt sei dazu, daß jene marxistische Prognose, welche nach Oncken „wie ein Blitz unsre soziale Lage beleuchtet" von Schippel verworfen wurde. Ein erfreulicher Fortschritt der Erkenntnis!

in das gleiche Horn mit den Agrariern und Anti-Industriestaatlern bläst, erklärt Oldenberg (a. a. O. S. 45) damit, daß „eine Arbeiterpartei in der Regel unter dem Banne rückständiger, d. h. alternder Kulturströmungen steht". Noch heute sei — klagt er — „die ausgelassene Fortschrittsfreudigkeit aus den enthusiastischen Flegeljahren des industriellen Fortschritts ein eisernes Dogma". Dieses „eiserne Dogma" — wäre es nur schon eins — ist vielmehr erst ziemlich jungen Datums. In den „Flegeljahren des industriellen Fortschritts" — die wenigstens ich in das vierziger Jahrzehnt verlegen würde — waren Engels und Marx wahrlich von „ausgelassener Fortschrittsfreudigkeit" so frei wie nur möglich, waren genau so verbohrt in schwarzgalligen Pessimismus wie heute z. B. Oldenberg. Damals stand die Arbeiterpartei „unter dem Banne rückständiger . . . Kulturströmungen".

Erst allmählig ist dieser Bann von ihr gewichen — wenn auch bis heute noch nicht (s. oben) von allen ihren Vertretern. Aber Niemand in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie ist doch so „rückständig", eine „eigenwirtschaftliche Unabhängigkeitspolitik" zu verherrlichen, wie Oldenberg — oder wie dessen anarchistisches Pendant Kropotkine, welcher in seiner Schrift „Fields factories and workshops" (1902) sowohl die territoriale wie die personale Arbeitsteilung bekämpft; welcher fordert, daß jedes Volk wieder sich selbst genüge — England könne z. B. den Wein in Treibhäusern ebenso gut und billig erzeugen wie Spanien — und daß jedes Individuum wieder geistige und manuelle Arbeit in sich vereinige (vgl. das Referat im J. d. Econ., 1902, IV, S. 139). —

Arendt hat neulich (Sitzung des Reichstages vom 13. Januar 1902) die Sozialdemokraten darüber belehrt, daß ihr System „im diametralen Gegensatz zum Freihandel und Handelsverträgen stehe". Denn davon könne doch im Zukunftsstaate keine Rede sein: „da nähern sie sich doch dem Grafen Kanitz, indem sie die ganze Produktion und den ganzen Handel verstaatlichen wollen".

Für den Zukunftsstaat eine Lanze zu brechen, liegt mir ebenso fern, wie der Arbeiterpartei die „landwirtschaftliche Bundesgenossenschaft". Aber — da die Frage einmal gestellt ist — so sei doch darauf hingewiesen, daß „Verstaatlichung", d. h. Konzentration aller Gütererzeugung und -Vertriebs in der Hand der Gesellschaft, doch Verkehr, territoriale Arbeitsteilung, keineswegs ausschließt? Warum würde denn der Zukunftsstaat keinen Export treiben — wäre er dazu weniger geschickt wie die heutigen Kartelle, die „Staaten im Staate", die Erzeugung und Vertrieb einer einzelnen Art von Waren in der Hand einer Kapitalistengruppe konzentrieren? Und warum keinen Import? Wie ich bereits in meiner „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft" (S. 15) bemerkt habe: die Wirtschaftsminister des Zukunftsstaates würden der dann kommunistischen Produktionsweise die gleiche „industrielle Wendung" (Oldenberg) — Export von Fabrikaten, Import von Lebensmitteln und Rohstoffen — geben, wie heute die Kapitalisten-Unternehmer — wenigstens in dem Fall, daß jene die volkswirtschaftliche Situation des heutigen Deutschlands richtig begriffen, die wirtschaftlichen Vorteile, welche das nationale Geschäft aus der Industrialisierung zieht, die Erhöhung der nationalen Dividende dank dieser, richtig kalkulierten.

Soll bei komunistischer Produktionsweise das Volk nicht „verelenden", sondern die nationale Dividende möglichst erhöht werden, so muß das gleiche Ziel, nur im Wege der Organisation angestrebt werden, welches der Freihandel automatisch verwirklicht: Import der Güter, welche andern Völkern weniger Arbeit kosten, Export der Güter, welche dem Volke des Zukunftsstaats weniger Arbeit kosten als jenen. Wer die Kollektivwirtschaft im Sinne Kropotkines (s. o.) zu leiten versuchte, würde bald „hinausfliegen".

Die Arbeiterklasse muß — wenn sie die Frage vom Standpunkt der „Zweckmäßigkeit" betrachtet — den Freihandel nicht nur deshalb auf ihr Programm schreiben, weil er „niedrigere Preise" zur Folge hat. Sondern auch deshalb, weil er gleichmäßigere, stetigere und ebenso „reichliche Arbeitsgelegenheit" wie „höhere Löhne" gewährleistet: der Widerspruch zwischen Konsumenten- und Produzenteninteresse — welchen die schutzzöllnerischen ontsiders der Sozialdemokratie sich konstruieren, welchen sie in Gemeinschaft mit den Agrariern und Anti-Industriestaatlern behaupten — besteht in Wahrheit nicht.

Verbilligung der Arbeitsprodukte — die Konsequenz der durch den Freihandel bewirkten Erhöhung der nationalen Produktivität, m. a. W. der Ersparung an nationalen Produktionskosten[1]) — führt notwendigerweise zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter — zur Stetigung des Arbeitsmarktes und Steigerung des Arbeitslohnes. —

Manchesterliche Tarifreform wäre ein Stück Sozialreform — ich wiederhole die an andrer Stelle bereits gebrauchte Formel,[2]) die so Vielen als ein „Paradoxon" erscheinen mag, wie Lotz neulich schrieb.[3]) Aber nur ein Stück; denn manche der Aufgaben, welche die Sozialreform zu lösen hat — Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung u. s. w. — liegen ja außerhalb des Wirkungskreises der Handelssysteme. Der Freihandel ist kein sozialpolitisches „Universalmittel".[4])

Die Arbeiterführer, zur Zeit der englischen Anti-Kornzollbewegung, hatten durchaus Recht, wenn sie über die Nichts — als — Freihändler spotteten, die „alles Weh und Ach aus diesem Punkte zu kurieren" gedachten. Die Männer vom Manchester fehlten darin, daß sie meinten, mit Niederlegung der Tarifschranken sei die Mission des Staates auf dem Gebiete der Arbeiterfrage erfüllt; das weitere habe er der Selbsthülfe (Gewerkvereine, Genossenschaften) zu überlassen. Diese Überschätzung der sozialpolitischen Bedeutung des Freihandels, dies Hinaufschrauben desselben zum „Universalmittel" mußte sich rächen. Weil seine Vorkämpfer keine andre Art von Sozialreform neben ihm dulden wollten — weil sie vor allem dem weiteren Ausbau der Fabrikgesetzgebung widerstrebten, und damit Hand in Hand gingen mit der Fabrikantenpartei — wurde das „free-trade-principle" selbst den Arbeiterführern verdächtig, sprachen sie ihm — wie wir oben

---

[1]) S. darüber unten Abschnitt II.

[2]) In meiner Schrift „Sozialpolitik und Handelspolitik", S. 5.

[3]) Lotz, im „Handelsmuseum", 1902, Nr. 20

[4]) Vgl. Engels (a. a. O., S. XXI): „antworte, Freihandel, du Universalmittel!"

sahen — jede sozialpolitische Bedeutung ab, brandmarkten es sogar als antisozial, als von „Sophisten und Sykophanten der herrschenden Klassen" (Marx) zu deren Nutzen ersonnen: „es bedeutet die Freiheit, welche das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken."[1])

Ich möchte daher vor solcher Überschätzung — wenn sie auch den heutigen Vorkämpfern des Freihandels durchaus fernliegt — warnen.

Ferner aber — um nicht wieder so sonderbar mißverstanden zu werden, wie neulich von K. Diehl — mit allem Nachdruck betonen, daß, wenn ich im Folgenden dem System des Freihandels gewisse sozialpolitisch günstige, dem des Schutzzolles gewisse sozialpolitisch ungünstige Begleiterscheinungen zuschreibe, es sich immer um Tendenzen handelt, welche zwar diesen Systemen eigentümlich sind, aber durch gegenwirkende Tendenzen — deren Spiel davon, ob Freihandel oder Schutzzoll herrscht, nicht beeinflußt wird — durchkreuzt werden können.

Ich behaupte, daß der Freihandel die Tendenz habe, die Konstanz des Arbeitsmarktes und das Niveau des Arbeitslohnes zu erhöhen; umgekehrt der Schutzzoll. Aber es kann natürlich sein, daß in Wirklichkeit in einem Lande, das mit chinesischen Mauern sich umgiebt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse eine bessere ist wie in einem Lande mit „offenen Thüren."

Störungen des Arbeitsmarktes — Konjunkturschwankungen und Krisen — entspringen ja häufig aus Ereignissen, die unter jenem wie diesem Handelssystem Platz greifen können, z. B. Kriegen, Mißernten u. s. w. — Ereignissen, welche Völker, die von der Schutzzollmanie befallen sind, vielleicht längere Zeit hindurch verschonen mögen, dagegen Völker unter freihändlerischem Regime des öfteren heimsuchen. Deshalb ist es möglich, daß, trotz Schutzzolls, der Arbeitsmarkt dort stetiger sei wie hier.

Und gleiches gilt vom Arbeitslohne. Der Stand desselben wird bedingt durch eine große Menge von Faktoren, zu denen zwar die herrschende Handelspolitik mitgehört, aber innerhalb deren sie keineswegs überwiegenden Einfluß hat. Wo die Natur ihre Gaben reichlicher gespendet; wo die durchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volks eine höhere ist; wo das Verhältnis zwischen den Hilfsquellen des Landes und der Ziffer der Leute, die es nutzen, günstiger liegt — da kann, trotz Schutzzolls, der Arbeitslohn höher stehen wie da, wo die Tarifschranken weggerissen oder weit niedriger, aber der Boden karger u. s. w. Wenn in den Vereinigten Staaten und in Frankreich — den Paradebeispielen unsrer Protektionisten, die auch dem Fürsten Bismarck so oft gedient haben —

---

[1]) Marx, in der Freihandelsrede.

die Masse behaglicher lebt als bei uns, so nicht deshalb, weil dort mächtigere Mauern der „Invasion" der fremden Konkurrenz wehren, sondern aus ganz andern Gründen — die auf der Hand liegen.[2])

Was bewiesen werden soll, ist, daß unter sonst gleichen Verhältnissen — K. Diehl hat diese Klausel bei seiner „Widerlegung" meiner früheren Schrift mit imponierender Konsequenz übersehen, so oft ich sie auch angemerkt hatte — das System der Handelsfreiheit den Arbeitsmarkt mehr stetigen, den Arbeitslohn mehr heben werde als das System, das mit dem Titel des „Schutzes der nationalen Arbeit" prunkt.

Unter Protektionssystem verstehe ich, wie schließlich noch zu bemerken, nicht das des Erziehungszolls, um welches sich der Streit heute bei uns garnicht dreht, sondern das des „Erhaltungszolls" (Wagner): das System, welches nicht als zeitweiliges Stimulans der Erhöhung der nationalen Produktivität wirken soll, wie das Fr. List's, sondern die dauernd höheren (im Vergleich zu analogen Zweigen der ausländischen Produktion höheren) Produktionskosten gewisser Zweige der heimischen Produktion durch solcher Kostendifferenz entsprechende Zölle „ausgleichen" und so diese Zweige in ihrem bisherigen Bestande „schützen".

Nur von diesem, heute bei uns vertretenen System der volkwirtschaftlichen Stagnation, von diesem System des Schutzes gegen den Fortschritt behaupte ich, daß es sowohl entgegenarbeitet dem ökonomisch-technischen Ideal möglichster Erhöhung der nationalen Produktivität, wie — und zwar deswegen, weil es die Produktivität herabdrückt — dem sozialen Ideal möglichster Vervollkommnung der Lebensbedingungen der größten Zahl der nationalen Produzenten, der Arbeiter. —

---

[2]) Vgl. z. B. den Aufsatz von A. W. L. in der Westminster Review, 1902, S. 159; und Rouxee, im J. d. Econ., 1902, August, S. 349.

Erster Abschnitt.

Die Handelssysteme und der Arbeitsmarkt.

Die protektionistische Theorie, daß bei Freihandel der Arbeitsmarkt Konjunkturschwankungen in höherem Maße ausgesetzt sei wie bei Schutzzoll, stützt sich auf zwei Argumente.

Man behauptet: je mehr die Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft hineinwachse, desto größeres Risiko laufe sie nach zwei Seiten hin; es steige nämlich

1. die Gefahr, in Mitleidenschaft gezogen zu werden durch allerhand Auslandsereignisse,

2. die Gefahr der Heimsuchung durch Krisen. —

Daß die weltwirtschaftliche Entwicklung das Erwerbsleben unstetiger mache, ist die herrschende Meinung.

Selbstverständlich wird sie von den Schutzzollinteressenten und ihren Trabanten vertreten. Die Koryphäen des „wissenschaftlichen Sozialismus" haben ihr gehuldigt — damals, als sie den „Industriestaat" noch durch die agrarische Brille betrachteten; einzelne, z. B. Kautsky (s. u. S. 39), huldigen ihr auch heute noch. Unsern Kathederagrariern kommt nicht der leiseste Zweifel, ob es vielleicht anders sein könne. Die große Mehrzahl der deutschen Sozialpolitiker von heute schwört auf dies Dogma.

Früher hat sogar Brentano, trotz seines freihändlerischen Programmes, die tiefste Wurzel des Arbeiterelends in der Unsicherheit der Beschäftigung erblickt, welche die Konsequenz des Auf und Ab des Außenhandels sei (Vgl. Brentano, Über die Ursachen der heutigen sozialen Not, S. 17, 28; ähnlich Dörgens, Rektoratsrede an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, 1892). Auch ein so guter Kenner der sozialen Verhältnisse wie v. Nostitz — der, soweit ich sehe, von protektionistischen Vorurteilen frei ist — nennt unter den Gründen, weshalb die Arbeitslosigkeit, die früher nur eine akute Krankheit gewesen, jetzt eine chronische geworden, die „Produktion für den Weltmarkt" (Schmollers Jahrbuch u. s. w. Bd. XX, S. 1279). Und in der reichen Litteratur, die bei uns zu Beginn des neunzigen Jahrzehntes über das Arbeitslosigkeitsproblem entstand, wird man kaum eine Schrift finden, in welcher nicht wenigstens ein Teil der Schuld an diesem Übel auf das Conto des internationalen Verkehrs gesetzt würde.

In dem Lande, welches doch „das nächste dazu" ist, in England, denken die meisten führenden Sozialpolitiker anders — und richtiger. So z. B. Toynbee (vgl. „Kornzoll und

Sozialreform", S. 37). Ferner S. und B. Webb, in deren klassischem Werke über die Geschichte der britischen Gewerkvereine es heißt: „die Periode von 1825/1848 ist durch die Häufigkeit und Heftigkeit der wirtschaftlichen Krisen bemerkenswert; seit 1850 — d. h. seit Beginn der Ära des Freihandels — war der wirtschaftliche Aufschwung für viele Jahre größer und stetiger als in jeder vorausgegangenen Periode" (zitiert nach Brentano, Brauns Archiv, Bd. VIII, S. 111).

Es ist eine Ausnahme, wenn einmal von dort die Klage erschallt, daß der Freihandel habe „enlarged the element of instability", das stärkere Schwanken der Konjunktur sei einer der Preise, die man für die Adoption dieses Handelssystems habe zahlen müssen (Bousefield, Contemp. Rev. 1896, Dezemberheft; ähnlich im Minderheitsbericht der englischen Arbeiterenquete von 1894). In der Regel wird von der „regularisierenden" Wirkung des Freihandels gesprochen.

I. Das Argument der Auslandsereignisse.

Zweifellos ist ein in die „Ketten" der Weltwirtschaft verstricktes Land gewissen Konjunkturschwankungen in höherem Maße ausgesetzt als ein Land, das „eigenwirtschaftliche Unabhängigkeitspolitik" treibt. Denn unter dem System der Handelsfreiheit wird ja bald in die, bald in jene Zweige der nationalen Arbeit ein Sturm fahren, der von jenseits der Grenzen braust: Vorkommnisse im Auslande werden ins Inland herüberspielen und Verwirrung stiften. Ist dagegen kraft des Protektionssystems der Güteraustausch mit andern Völkern eingeschränkt, so sinkt das Risiko — sinkt desto mehr, je geringer der Außenverkehr: im „geschlossenen Handelsstaate" verschwindet es völlig.

Unter den Auslandsereignissen pflegt man in erster Linie der Erhöhung der Einfuhrtarife fremder Nationen zu gedenken. Nicht immer — aber in der Regel — wird in deren Folge eine Verschiebung auf dem Arbeitsmarkte des Inlandes eintreten. Brechen dort solche Zollstürme plötzlich hervor, so kann hier mit einem Male die Blüte gewisser Exportindustrien geknickt werden. Vielleicht noch schlimmer ists, wenn die Unternehmer auf das Ereignis vorbereitet waren; denn dann lassen sie in aller Hast produzieren, ziehen zu steigenden Löhnen Arbeiter an, um noch möglichst viel Waren zu den jetzt noch niedrigeren Tarifsätzen hinüberzuwerfen. Sobald die höheren Sätze in Kraft getreten, kehrt sich die Szenerie um: Arbeiter werden in Massen abgestoßen, die Löhne sinken mehr, als sie vorher gestiegen waren. Selbst in dem — durchaus möglichen — Falle, daß jene höheren Sätze die Einfuhr auf die Dauer gar nicht herabdrücken, herrscht doch, da zunächst der ausländische Bedarf reichlich versorgt ist, für längere Zeit Depression in den eben noch überlebendigen Branchen. Man denke

z. B. an die Lage der deutschen Textilindustrie vor und nach Inkrafttreten der Dingley Bill!

Kann einerseits zufolge Erhöhung der Einfuhrtarife des Auslandes die Nachfrage nach inländischen Waren fallen, so kann andrerseits die Konjunktur auch dadurch beeinflußt werden, daß zufolge Verhängung von Ausfuhrverboten u. s. w. das Angebot ausländischer Waren, an deren Bezug das Inland gewöhnt ist, einschrumpft. Untersagen z. B. „Rohstoffstaaten" den Kornexport — weil sie selbst an Kornmangel leiden —, so erfährt der Arbeitsmarkt der „Industriestaaten" (wenigstens falls sie das Manko nicht von anderen Kornländern, die derzeit eine reiche Ernte haben, zu begleichen vermögen) eine Erschütterung: das Hinauf des Korn- und demgemäß des Brotpreises legt Einkommensteile fest, die sonst frei waren, um irgendwelche andre Waren zu kaufen; deren Absatz zieht sich zusammen. Derartige Verschiebungen in der Verkehrspolitik des Auslandes können nicht nur deshalb erfolgen, weil das Ausland sie als durch sein eigenes Interesse geboten erachtet. Sie können auch der Absicht entspringen, dem Inlande einen Schlag zu versetzen, planmäßig so gestaltet werden, daß sie hier thunlichst großen Wirrwarr anrichten, thunlichst große Mengen von Händen außer Brot setzen. Die pessimistische Phantasie der Lobredner des „inneren Marktes" rechnet z. B. mit der Möglichkeit, daß eines schönen Tages die Vereinigten Staaten die Baumwolle-, Australien die Wolle-, das Zarenreich — welches 1891 unter dem Zwange der Not so vorging — die Getreideausfuhr sperren könnten, um einen Druck auf die ihnen „tributären", auf ihre Materialien und Lebensmittel angewiesenen Industriestaaten auszuüben.[1]) „Schaudervoll, höchst schaudervoll."[2])

Jüngst ist noch auf eine weitere Gefahr hingewiesen. „Während wir unter dem Fürsten Bismarck die Thüren meist fest zuhielten, thun wir sie jetzt für die fremden Arbeiter immer weiter auf. Wir sind heute in einem

[1]) Oldenberg erwähnt — für später — die Gefahr, daß „eine panamerikanische Regierung in der Lage sein würde, Ausfuhrzölle für Getreide einzuführen, um Westeuropa zu chikanieren, vielleicht auch differentielle Ausfuhrzölle zu Gunsten Asiens". (Verhandlungen d. V. f. Sozialpolitik, 1902, S. 235.)

[2]) Solchen Coup der „Temporaliensperre" könnten sich allerdings nur Länder leisten, welche hinsichtlich Hervorbringung eines von andern Ländern schlechthin benötigten Produkts eine monopolartige Stellung besitzen. Also etwa die Vereinigten Staaten betreffs Baumwolle. Möglich wäre, daß einmal eine derartige Maßnahme ergriffen würde; aber im höchsten Grade unwahrscheinlich. Unsre „Selbstgenügler", welche mit diesem Gespenst arbeiten, scheinen völlig zu vergessen, daß ein Baumwollausfuhrverbot für die dortigen Baumwollproduzenten mindestens gleich schwere Nachteile mit sich brächte wie für die westeuropäischen Baumwollindustriellen.

schon unerträglichen Maße von dem guten oder bösen Willen fremder Regierungen abhängig. Wenn einmal die russische Regierung eventuellen Wünschen der dortigen Großgrundbesitzer nachgiebt, oder ein Krieg entsteht, bleiben bei uns ohne weiteres große Flächen wüst".[1]) Und geschieht dies, so ist die Kaufkraft der Besitzer dieser Flächen dahin — Arbeitslosigkeit muß in der Industrie sich einstellen. „Quidquid delirant reges — plectuntur Achivi".

Wie aber durch Willensakte fremder Staaten, so kann die Konjunktur im Inlande durch verschiedenste andere, rein zufällige Auslandsereignisse beeinflußt werden.

Herrscht Dürre im „far west" der Union, brechen die Heuschrecken in Argentinien ein, kommt der Monsun in Ostindien nicht zu rechter Frist — so fällt der Beschäftigungsgrad gewisser Gewerbe in England, Deutschland u. s. w. Jede Mißernte in den Rohstoffstaaten bewirkt Unruhe auf dem Arbeitsmarkt der Industriestaaten; je weniger jene z. B. an Mais, Flachs, Wolle, Jute, Baumwolle zu verkaufen haben, desto weniger Fabrikate können sie von diesen kaufen; je weniger Materialien jene abzugeben haben, desto weniger können diese verarbeiten.

Mit dem Auf und Ab der amerikanischen Maisernten steigt und fällt unsre Viehzucht, vor allem unsre Schweinezucht.

Daß jüngst die deutsche Leinenfabrikation in so schlechter Lage war, hatte seinen Grund hauptsächlich in den kargen Flachsernten Rußlands, zufolge deren der Flachs so gewaltig im Preise stieg.

Neulich (1900) sprach man wieder — wie anfangs der sechziger Jahre, wo der Bürgerkrieg sie hervorrief — von einer Baumwollennot. Zwar war die Baumwollernte der Union von 1899/1900 eine recht gute, stand aber doch im Mißverhältnis zu dem in der letzten Zeit enorm angeschwollenen Bedarfe Westeuropas. Nach Liverpool kamen 1899: 3,13 Mill. Ballen, 1900 nur 1,81 Mill. Es herrsche — hieß es — eine „real scarcity", eine „actual famine". Man fürchtete, daß manche Spinnereien schließen oder wenigstens den Betrieb stark einschränken müßten, während sie ihn unter dem Impulse der glänzenden Baumwollernten der Vorjahre stark ausgedehnt hatten. (Economist, 1900, S. 670).

Nicht minder wird der Arbeitsmarkt einer auf den „Flugsand" des Außenhandels aufgebauten Volkswirtschaft eine vielleicht schwere Erschütterung erleiden, wenn „hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen".

Die chinesischen Wirren verursachten den ruckweisen Niedergang mancher Erwerbszweige der „weißen Barbaren". Die Arbeiter Englands, des am Verkehr mit dem Reich der Mitte meistbeteiligten Landes, empfanden die Strafe mit, die diesem appliziert wurde. Aber auch die Arbeiter Deutschlands erhielten ihr Teil: der Gesandtenmord im fernen Peking hat die Nadelfabrikation im Aachener und Iserlohner Bezirk, das Klein-

[1]) Sering, in der Versammlung des Landesökonomie-Kollegium, Februar 1902.

eisengewerbe Westfalens, die „schwere" Eisenindustrie — welche nach der Gestaltung der deutsch-chinesischen Beziehungen während der letzten Jahre gerade umfangreiche Bestellungen erhoffte, sich darauf eingerichtet hatte — die Textilindustrie von M.-Gladbach, die Teppichindustrie von Oelsnitz u. s. w. mitgetroffen.[1]) Und ferner, vor allem, die Seidenfabrikation. Dann die Bürsten- und Pinselfabrikation; zufolge der ungeheuren Preise, die zeitweilig für Borsten aus dem Imperium des Zopfes angelegt werden mußten. In Frankreich jammerten die Coiffeure, daß ihr Geschäft zu Grunde gehe; sie hatten das Haar, das sie verarbeiteten, bisher meist aus China bezogen — der Aufstand der Boxer trieb die Preise von 20 auf 100 Frs. pro Kilo empor.

Gleichzeitig tobte der Burenkrieg. Weil der Betrieb der Kimberley-Minen gestört war, sollen in Amsterdam 40 % der Gesamtzahl der Diamantschleifer brotlos geworden sein.[2]) In Deutschland wurde u. a. die Glycerinindustrie schwer betroffen, die im Jahre 1899 noch 14864 Doppelzentner nach Transvaal, 3769 Doppelzentner nach Britisch-Südafrika gesandt hatte — 1900 nahezu Nichts; weiter die Musikinstrumentenfabrikation.[3]) In England litten besonders die auf Merinowolle angewiesene Wollfabrikation und die Mohairfabrikation — in Südafrika waren viele Ziegen behufs Fleischversorgung der Truppen geschlachtet worden — unter der Verminderung der Zufuhr. Allgemein machte sich im Erwerbsleben Westeuropas der Umstand fühlbar, daß ein beträchtlicher Teil des Schiffsmaterials, des Krieges wegen, dem Handel nicht zur Verfügung stand.[4])

Und wie viele andere Vorkommnisse wären noch zu nennen, die, in der Ferne sich vollziehend, zu Gliedern der „orphischen Kette" der Konjunktur werden, welche den nationalen Arbeitsmarkt jeweilig beherrscht! Bricht z. B. in Ostasien oder am Kap (wie 1901, wo die durch den Burenkrieg heraufbeschworene Geschäftsstockung durch Hinzutreten dieses Umstandes noch verschärft ward) die Pest aus, so schwellen die Ziffern der „out-of-labour" in England, Deutschland u. s. w. an. Ein Krakehl auf den Londoner oder Liverpooler Docks, ein Kohlenarbeiterausstand in den Ländern, welche andere mit diesem „Brote" der Industrie speisen, mag zur Folge haben, daß in Gebieten, welche Tausende von Meilen abliegen von dem Schauplatze dieser sozialen Konflikte, zahllose Hände feiern müssen. Sinkt die brasilianische oder die argentinische, die spanische oder die griechische Valuta[5]) m. a. W. steigt dort der Londoner, Pariser, Berliner Wechsel, so sinkt die Kaufkraft Brasiliens u. s. w. für Fabrikate der Industriestaaten, und werden dadurch hier Arbeiter aufs Pflaster geworfen.[6])

In Summa: „während ein isoliert wirtschaftendes Volk sich nur zu

---

[1]) Bericht der Kölnischen Zeitung vom Juli 1900.

[2]) Soziale Praxis, 1900, S. 428.

[3]) Nationalztg. vom 4. Juli und 23. Juli 1901.

[4]) Monatsschrift f. Sozialreform, 1900, S. 181.

[5]) Vgl. z. B. über die Schwankungen der brasilianischen Valuta in der letzten Zeit: Export, 1898, S. 201; der griechischen Valuta: Export, 1900, S. 327.

[6]) Über das Herüberspielen ausländischer Krisen ins Inland s. unten S. 32 ff.

kümmern braucht um das, was innerhalb des nationalen Territoriums vor sich geht" so muß, im Zeichen des Verkehrs „ein Volk sich sorgen um Alles, was auf dem Erdball geschieht!" [1])

Es fragt sich blos: darf daraus die Konsequenz gezogen werden, daß der Verkehr einzuschränken sei — durch Schutzzölle oder irgendwie sonst?

Diese Frage ist aber auf Grund folgender Erwägungen strikte zu verneinen.

1. Daß Auslandsereignisse ihre Wellen ins Inland fortpflanzen, ist gewiß ein Übel. Aber dieses Übel hat die Tendenz kleiner zu werden, je weiter ein Volk auf der Bahn weltwirtschaftlicher Entwicklung fortschreitet.

Mit je mehr Völkern ein Volk Verkehr und in je mehr Gütergattungen es Verkehr treibt, je weiter verzweigt sein Außenhandel und je mannigfaltiger dessen Inhalt, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß schlechte Chancen durch gute wettgemacht werden; daß wenn hier ein Thor sich verschließt, dort sich eines öffnet — daß, wenn gewisse Waren nach dem einen Lande weniger ausgeführt werden, z. B. weil hier die Ernte schlechter als gewöhnlich ausgefallen und damit die Kaufkraft gesunken ist, sie nach andern Ländern, wo die Ernte besser ausgefallen und daher die Kaufkraft gestiegen ist, desto besser gehen — daß, wenn gewisse Waren seitens des einen Landes in geringeren Mengen geliefert werden, z. B. weil hier ein Krieg oder eine Seuche die Produktion lahmgelegt hat, sie von andren Ländern, wo die Produktion derzeit unter günstigerem Sterne steht wie sonst, in desto größeren Mengen kommen. M. a. W.: je größer der Verkehr, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß der Schaden, welcher für gewisse Arbeitergruppen dadurch erwächst, daß eines jener Auslandsereignisse ihnen die Beschäftigung verkürzt, für die Arbeiterklasse als Ganze kompensiert wird durch Mehrbeschäftigung andrer Gruppen; bezüglich daß ein Schaden gar nicht eintritt, weil einem Auslandsereignis, das als Moment fallender Konjunktur für eine Arbeitergruppe wirkt, ein andres Auslandsereignis zur Seite tritt, das den entgegengesetzten Effekt hat.

---

[1]) Vgl. meine „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft", S. 42.

Daselbst bin ich bereits kurz auf das Argument der Auslandsereignisse eingegangen (S. 41/46). Doch ist wohl eine ausführlichere Kritik am Platze.

Auf die Gefahr, daß ein Land, welches zum Teil von fremdem Brotkorn lebt, im Kriegsfall ausgehungert werden könne — die in Zusammenhang mit den Auslandsereignissen vorgebracht zu werden pflegt — zurückzukommen, halte ich für überflüssig. Daß sie wenigstens für Deutschland nicht besteht, scheint mir für Jeden, der sehen will, klar. Vgl. a. a. O., S. 46/47.

Das muß nicht immer so sein — im Einzelfalle kann es einmal anders sein. Aber im Allgemeinen gilt der Satz Nasses: „die geographische Ausdehnung (des Marktes) vermindert das Risiko." Das „Element der Instabilität" wächst nicht, sondern wird geringer, je größer — quantitativ und qualitativ größer — der Markt, an welchem ein Volk Teil hat.[1]) —

Ein Blick auf die Handelsstatistiken der westeuropäischen Völker beweist, daß während des 19. Jahrhunderts, mit immer steigender weltwirtschaftlicher Entwicklung, ihr Gesamtexport und ihr Gesamtimport sich immer stetiger gestaltet hat; im Ganzen genommen ist der nationale Arbeitsmarkt — soweit er vom Außenhandel abhängt — immer stetiger geworden. Man vergleiche doch einmal die Tabellen für den britischen, deutschen u. s. w. Handel der Periode 1830/1860 mit denen der Periode 1860/1880, d. h. der Zeit, da einerseits dank der Vervollkommnung der Transportmittel, andrerseits dank der liberalen Zollpolitik, der Verkehr so wesentlich größer war! Auch in der Periode 1880/1900 haben die Schwankungen im Gesamtexport und Gesamtimport sich weiter gemindert; die Schutzzollepidemie, die gegen Ende der siebziger Jahre ausbrach und bis Anfang der neunziger Jahre anhielt, hat eben doch eine weitere Zunahme des internationalen Güteraustausches nicht zu hindern vermocht: das weitere Sinken der Frachtsätze machte glücklicherweise das Steigen der Zollsätze wett.

Ich möchte diese Schrift nicht mit statistischen Tabellen belasten, die recht breiten Raum in Anspruch nehmen würden. Sie einzusehen, selbst zu prüfen, ist ja jedem Leser leicht möglich.

Dagegen sei an einigen Beispielen gezeigt, wie leichtfertig unsere handelspolitischen Reaktionäre ihre Behauptungen aufstellen, mit welch maßlosen Übertreibungen sie arbeiten, um die These zu begründen, daß die Situation eines in die Weltwirtschaft verschlungenen Volks „prekär" sei!

Anläßlich des Burenkrieges schrieb die „Monatsschrift für Sozialreform" (1901, S. 181): „die wirtschaftliche Organisation der heutigen Kulturstaaten gleicht einem Uhrwerk; ein Staubkörnchen, das hineingelangt, stellt dessen Gang ein".

Der Burenkrieg war keineswegs ein „Staubkörnchen". Und kurz vor jenem hatte der spanisch-amerikanische Krieg gespielt. Während jener noch fortdauerte, kam mit der internationalen Aktion der Großmächte in China ein weiteres hemmendes Moment in das Getriebe des Welthandels.

[1]) In „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft" (S. 43/45) habe ich an einer Reihe von Beispielen gezeigt, daß Nationen mit geringfügigem, einseitig gestaltetem Außenhandel das Übel des Herüberspielens von Auslandsereignissen in ihre Volkswirtschaft weit schwerer empfinden, die Konjunkturschwankungen, welche daher rühren, weit schwerer überwinden als z. B. England, Deutschland, die Schweiz. Als die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzteren Nationen noch in den Kinderschuhen steckte — als ihr Außenhandel nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Waren umfaßte, hauptsächlich nur mit einer kleinen Zahl von Ländern stattfand, war ihre Situation weit „prekärer" wie heute.

Ward aber dadurch der Gang der britischen Volkswirtschaft etwa „eingestellt"? Sie stand vielmehr 1899/1900 im Zeichen der Hochkonjunktur. Trotzdem (s. oben) Englands Woll- und Mohairfabrikation, zufolge der Verminderung der Zufuhren aus Südafrika, in Bedrängnis geriet, trotzdem es der größte Lieferant Chinas war und den Absatz eines seiner Hauptartikel, nämlich Baumwollwaren, dahin beträchtlich sinken sah, gingen jene Auslandsereignisse an seinem Gesamthandel fast spurlos vorüber. Eben weil es am weitesten fortgeschritten ist auf der Bahn weltwirtschaftlicher Entwickelung; weil die Fäden des englischen Verkehrs, wie ich mich an andrer Stelle (a. a. O., S. 45) ausdrückte, nach allen Seiten laufen und in allen Farben spielen, hat die englische Arbeiterschaft als Ganzes diese Konjunkturschwankungen so gut wie gar nicht empfunden, hat keine „Reservearmee" sich bilden sehen.

Die Ausfuhr nach China sank allerdings von 141 Mill. Mk. in 1899 auf 112 Mill. Mk. in 1900; aber während China weniger kaufte — übrigens auch Japan, wo die Krisis noch nicht überwunden war, und die Philippinen —, so kauften die andern Kundenvölker Asiens mehr.[2]) —

In einem Artikel P. Voigts (Preuß. Jahrb. 1898, S. 268), durch welchen die Klage sich hindurchzieht, daß das einst so „harmonische" Bild der deutschen Volkswirtschaft durch das Aufblühen der Ausfuhrindustrie, der Folge der weltwirtschaftlichen Entwicklung, zum Ungunsten verändert sei, findet sich die Wendung: unser Import wachse „mit unheimlicher Stetigkeit", unser Export bewege sich „in ununterbrochenen Schwankungen".

Armes Land — mit jedem Jahre wird es dem Auslande „tributärer", da es seine ja „mit unheimlicher Stetigkeit" wachsende Bevölkerung mit entsprechend steigenden Mengen von Lebensmitteln und Materialien ernähren und unterhalten muß; aber der Export seiner Fabrikate, der ihm die Mittel zur Bezahlung jener liefern muß, sinkt und steigt mit Ebbe und Flut der Weltkonjunktur. Welch „prekäre" Situation!

Es ist aber eine Fabel — ist ebenso leeres Gerede, wie wenn es im gleichen Artikel heißt, daß die deutsche Zuckerausfuhr nur dem Prämiensystem den Aufschwung danke.

Unser Gesamtexport wie unser Gesamtimport sind während des neunziger Jahrzehnts ganz stetig angeschwollen, nachdem jener wie dieser im Jahre 1892 einen kleinen Rückgang erfahren hatten — der Import außerdem noch 1893, der Export 1894. Der Export von Fabrikaten stieg mit nicht geringerer, sondern eher noch größerer Stetigkeit wie der Gesamtexport; der Wert des Fabrikatenexports fiel 1892 gegen 1891, 1894 gegen 1893 — aber nur um 5%.[2])

Mit der „Weltwirtschaft" ist's wie mit der „Weltpolitik". Graf Bülow hat vor einiger Zeit (Januar 1902) einmal betont: durch die mannigfache

---

[1]) Vgl. Economist 1901, S. 1045.

Was den Handel des Kaplandes betrifft, so hielt sich dessen Einfuhr — deren weitaus größter Teil aus England kommt — 1899 und 1900 ungefähr auf gleicher Höhe: 384, bezw. 373 Mill. Mk. Die Ausfuhr ging allerdings beträchtlich, nämlich von 464,9 auf 162,9 Mill. Mk. zurück. Dabei ist jedoch zu beachten, daß von den 300 Mill. Mk. Minderausfuhr 270 Mill. auf Gold — zufolge des Feierns der Transvaalminen — entfielen; die Minderausfuhr von Waren (Wolle u. s. w.) belief sich also nur auf 30 Mill.

[2]) Vgl. die Tabellen über den Spezialhandel Deutschlands im Stat. Jahrb. 1901, S. 71.

Interessenverquickung und die vielseitige Bindung der Großmächte in mehreren Weltteilen werde die Gefahr, daß Störungen des politischen Einvernehmens zu Kriegen zwischen ihnen führen, wirksamer hintangehalten wie früher.[1]) Die Punkte möglicher Reibung würden zwar der Zahl nach gemehrt, aber die Wahrscheinlichkeit, daß aus solchen Reibungen Funken sich entzünden, nehme ab.

So wächst auch, auf je größerem Gebiet des Erdballs ein Volk wirtschaftlich interessiert und gebunden ist, desto mehr die Zahl der Vorkommnisse, aus welchen ein Schwanken der Konjunktur an der oder jener Stelle sich ergeben kann; aber die Wahrscheinlichkeit, daß dadurch Not über die Arbeiterklasse komme, nimmt ab.

„Ein Land mit sehr vielem und sehr fixem, stehendem Kapital — heißt es bei Roscher — ist freilich sehr reich, läuft aber auch Gefahr, einem hereinbrechenden Feinde besonders viele verwundbare Stellen zu bieten."[2]) Wird es um dieser Gefahr willen zu verhindern suchen, daß sein stehendes Kapital zunehme? Das wäre eine kuriose Wirtschaftspolitik! Es wird vielmehr zu verhindern suchen, daß der Feind hereinbreche.

Analog verhält es sich mit unsrer Frage. Ein Land mit großem Verkehr hat „besonders viele verwundbare Stellen". Aber darum wird es den Verkehr nicht einschränken, sondern — soweit thunlich — der Invasion von Auslandsereignissen wehren.

Die Gefahr, daß andre Nationen ihre Einfuhrtarife erhöhen; daß sie Ausfuhrverbote verhängen, Ausfuhrzölle errichten oder emporschrauben; daß sie ihren Arbeitern das Auswandern (bezüglich, was hier noch hinzugefügt sei, unsern Arbeitern das Zuwandern) untersagen, kann man durch Handelsverträge — für gewisse Frist wenigstens — aus der Welt schaffen.

Konjunkturschwankungen zufolge von handelspolitischen „Improvisationen" der bösen Nachbarn lassen sich fernhalten. Gegen das Risiko, daß Mißernten, Kriege u. s. w. aus dem Ausland ins Inland herüberspielen, ist leider, im Zeichen des Verkehrs, kein Kraut gewachsen. Jedoch: würde ein Volk deshalb — um den nationalen Arbeitsmarkt gegen Zufälle dieser Art zu schützen — eine Politik „eigenwirtschaftlicher Unabhängigkeit" inszenieren, so würde es in das Zeichen der Verkehrheit treten, würde gleich thöricht handeln, wie wenn es der Zunahme des stehenden Kapitals entgegenwirkte.

Thöricht, weil Einschränkung des Außenhandels — ebenso wie Hemmung der Kapitalbildung — Verminderung des Volkreichtums nach sich ziehen

[1]) Vgl. den Artikel der Nationalztg. vom 10. Januar 1902.

[2]) Roscher, System der Volkswirtschaft, Bd. I, § 44.

müßte.[1]) Thöricht, weil — wie soeben erörtert — das Übel, welches Auslandsereignisse stiften können, mit steigender weltwirtschaftlicher Entwicklung zu fallen tendiert. Thöricht auch aus dem jetzt zu erörterndem Grunde.

2. Den Verkehr *nicht* einschränken, jenes Risiko tragen, heißt: *kleineres Übel auf sich nehmen, um größeres Übel zu verhüten.*

Die Gefahr der Störung des nationalen Arbeitsmarkts durch allerhand *Auslandsereignisse*, die — wie gesagt — im Zeichen des Verkehrs immer in gewissem Grade zu befürchten steht, wiegt minder schwer als die Gefahr der Störung durch *Inlandsereignisse*, welcher ein Volk ausgesetzt ist, ob es Verkehr treibt oder nicht. Letztere wächst desto mehr, je mehr die Volkswirtschaft „verselbstständigt" ist; und ist das größere Übel. Mit kräftigerem „Schutz der nationalen Arbeit" würde die „Kontinuität" des Erwerbslebens nicht größer, sondern geringer; der Arbeitsmarkt nicht stetiger, sondern unstetiger werden.

Gesetzt den Fall: unsre „Selbstgenügler" haben auf der ganzen Linie gesiegt. Die „rechte Mischung von Agrar- und Industriestaat" (wie *Wagner* sie sich denkt) ist erzielt; Deutschland, bisher „tributär" fremden „Nahrungsvölkern", nährt sich von eigenem Korn u. s. w.

Dann könnte uns allerdings Manches, was extra muros passiert, gleichgiltiger sein wie heute.[2]) Aber die Kehrseite der Medaille wäre: die nationale Konjunktur würde abhängiger werden von Vorkommnissen innerhalb der nationalen Grenzen.

„Wer Handelsbeziehungen eingeht, die sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen, versündigt sich an den Arbeitern", sagte neulich ein Sozialpolitiker des Bundes der Landwirte. Ob Handelsbeziehungen mit dem Auslande sich auf die Dauer aufrechterhalten lassen, ist ungewiß; ergo wirkt Förderung des Außenhandels durch „manchesterliche" Politik „anti-sozial".

Aber sind nicht auch die „Handelsbeziehungen" im Inlande stetem Wechsel unterworfen? Allerdings ist der Binnenhandel sicher vor handelspolitischen Aktionen der bösen Nachbarn; jedoch: gegen *dieses* Risiko kann sich ja ein Verkehr treibendes Volk durch Handelsverträge schützen! Gegen das Risiko des Herüberspielens von Mißernten, Kriegen u. s. w. giebt es keinen Schutz; jedoch: Vorkommnisse dieser Art — welche traditionell immer nur als „Auslandsereignisse" figurieren — bedrohen ja auch als „Inlandsereignisse" das nationale Wirtschaftsleben.

---

[1]) Vgl. darüber meine „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft", wo die Bedeutung des Verkehrs vom „Produktionsstandpunkt" aus dargelegt ist.

[2]) Keineswegs Alles; vgl. unten S. 30.

Je enger ein Volk den Kreis seines Verkehrs sich absteckt, mit desto schwererer Wucht wird es von solchen Inlandsereignissen getroffen. Je weiter der Markt, an dem ein Volk Teil hat, desto geringer die Gefahr — desto größer nämlich die Wahrscheinlichkeit, daß der Außenhandel dann, wenn der Binnenhandel unter einer Depression steht, diese bald verschwinden mache.

Vor allem kommt da in Betracht das Auf und Ab der Ernten. Je mehr ein Volk vom Weltverkehr losgelöst ist, je mehr es durch künstliche „Pflege" des Binnenhandels den nationalen Bauer mit dem nationalen Industriellen verkoppelt hat; je mehr es, mit Oldenberg gesprochen, „seine Ernährung in der Hand hält", desto mehr giebt es sein wirtschaftliches Schicksal in die Hand der Elementargewalten, welche über seine Ernährung entscheiden. Die Konjunktur, und damit der Arbeitsmarkt wird nicht mehr so oft ins Schwanken kommen durch Zolllaunen fremder Völker u. s. w., aber desto mehr durch Naturlaunen.

Die nationalen Ernten variieren weit mehr wie die Welternten. Die Konjunktur muß deshalb — soweit diese Ursache, eine Hauptursache des Auf und Ab im Erwerbsleben, einwirkt — stärker schwanken in Ländern, wo der Binnenhandel künstlich „gepflegt" wird, wie in solchen, wo der weltwirtschaftlichen Entwicklung kein Hemmschuh angelegt ist. Letztere werden öfter von Auslandsereignissen berührt wie erstere — aber indem sie dies Risiko tragen, machen sie das größere Risiko der nationalen Erntezufälle weit geringer.[1])

Unsere verkehrspolitischen Reaktionäre begehen den gleichen Fehler wie früher jene verkehrstechnischen Reaktionäre, welche die Segelschifffahrt für „sichrer" erklärten wie die so viel „prekärere" Dampfschifffahrt. Denn — so wurde ja gewarnt — wenn der Kessel explodiert, der Schornstein platzt, die Maschinerie defekt wird, so können für den Dampfer nicht nur Fahrtverzögerungen und Kosten, sondern auch Verluste an Menschenleben eintreten; ein Segler läuft solches Risiko nicht.

---

[1]) Vgl. über diese Frage meine „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft", wo S. 23 ff. die Thatsache der größeren Regelmäßigkeit der Welternten erörtert ist.

Ferner darüber, daß je mehr der Kornhandel — gleiches gilt natürlich für den Handel mit allen Agrarprodukten — erschwert ist, je höher der Zoll, desto schwankender der Korn- und der Brotpreis und damit desto größer die Störung auf dem nationalen Arbeitsmarkt: „Kornzoll und Sozialreform", S. 6 ff.

Unten werde ich zeigen, daß die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Weltmarkts, welche ja für die Schutzzolländer bei Mißernte wie Füllernte besteht, an dem Satz, daß zufolge Erntezufälle deren Konjunktur schwankender sei, nichts ändert.

Gewiß — der motorische Apparat jenes ist komplizierter, sein Organismus nervöser; ihm drohen gewisse Störungen, welche diesem fern bleiben. Aber gleichwohl war die Bilanz vom verkehrstechnischen Standpunkt aus völlig falsch gezogen. Man sah nur gewisse Passiva, ignorierte die überwiegenden Aktiva auf Seiten des neuen Transportmittels — ignorierte, daß dieses vor der schlimmsten Gefahr besser gesichert war wie das alte.

Ein Segler braucht keine Explosionen des Dampfkessels u. s. w. zu fürchten, eine Nation, die „procul negotiis“ mit dem Auslande lebt, keine Auslandsereignisse. Aber das Fehlen jener wie dieser Gefahr bedeutet das Fehlen des kleineren Übels. Das größere Übel sind für das Schiff die Stürme; für die Volkswirtschaft die nationalen Erntezufälle: durch deren regelloses Spiel wird das Fahrzeug der materiellen Kultur desto weniger bedroht, je strammer es den Weltkurs steuert.

Die Protektionisten zeigen immer nur — nach einem Worte Prince-Smith' — „die eine Seite der Rechnung vor“. Sie markieren nur die Konjunkturschwankungen zufolge von Auslandsereignissen auf dem Debet des Freihandels — vergessen völlig, das Risiko der Störungen des nationalen Arbeitsmarkts durch Inlandsereignisse in das des Schutzzolls einzutragen. Damit fälschen sie die sozialpolitische Bilanz der Handelssysteme.

Es handelt sich aber nicht nur, wenn auch in erster Linie, um die Erntezufälle. Weiter wird übersehen, daß ein Volk ebensogut wie durch Kriege, Streiks, Seuchen u. s. w., welche in der Fremde sich ereignen, durch ähnliche Vorkommnisse in der Heimat betroffen werden kann — daß es aber die Konjunkturschwankungen, die dann sich ergeben, desto leichter überwinden wird, je inniger es mit der Weltwirtschaft verflochten ist.

Muß ein Volk mit einem andern die Waffen kreuzen, brechen innere Unruhen aus, kommt die Cholera ins Land u. s. w., so fällt der nationale Arbeitsmarkt, stockt das nationale Erwerbsleben. Eine Verschiebung giebt es auf jeden Fall. Aber: je kräftiger, je vielseitiger sein Außenhandel in normalen Zeiten sich hat entfalten können, desto sicherer, daß dieser jetzt, wo der Binnenhandel plötzlich abstirbt, zum „Lebenswecker“ werde. Dadurch nämlich, daß der Export anschwillt: die im Inlande herrschende Preisbaisse wirkt ja wie eine Exportprämie.

Dagegen: je mehr ein Volk seinen Außenhandel in normalen Zeiten hat einschrumpfen lassen, desto „prekärer“ die Lage. Es muß jetzt neue Beziehungen anzuknüpfen suchen; das geht nicht von heute auf morgen.[1])

[1]) Genaueres über das Thema, inwiefern eine freihändlerische Politik die Exportmöglichkeit steigere, eine protektionistische sie vermindere, s. in meinem Artikel „Depression und Exportdusel“ in der „Nation“, Dezember 1902.

Unsre „Selbstgenügler“ meinen, man könne sich für gewöhnlich „passer de tout le monde“, wie es einst in Frankreich hieß; aber, sobald man einmal bei sich zu Hause in der Klemme sitze, die Hand des sonst so „lästigen Ausländers“ ergreifen. Wie unten — betreffs der Wirkungen der Erntezufälle auf ein Schutzzollland gezeigt werden wird — ist dies ein schwerer Irrtum.

Setzt man sich in normalen Zeiten auf den Isolierschemel, so rächt sich dies bei abnormer Konstellation des „sicheren, unabhängigen“ Binnenhandels. Allerdings ist Hilfe aus der Fremde möglich — aber je vollkommener die Isolierung, desto langsamer wird die Hilfe erfolgen, desto teurer bezahlt werden müssen; umgekehrt: desto rascher, desto billiger.

Außer dem Risiko der Auslandsereignisse muß das Risiko der Inlandsereignisse kalkuliert; beide müssen miteinander verglichen werden. Wer dies unterläßt, begeht eine grobe Unterlassungssünde. Wer es thut, wird zu dem Ergebnis gelangen, daß das Gesamtrisiko der Volkswirtschaft durch den Freihandel gemindert, durch den Schutzzoll gemehrt wird.

Zum Schlusse noch Eines. Wenn man das System der Handelsfreiheit deshalb beschuldigt, weil es die Konjunkturschwankungen vermehre, so muß der Leser glauben, daß der „Schutz der nationalen Arbeit“ gegen das Risiko der Auslandsereignisse schirme. Auch dies aber ist ein schwerer Irrtum. Wenigstens ein Protektionssystem, wie es jetzt bei uns vertreten wird — das System der Ausgleichszölle auf solche Waren, die „wir selbst erzeugen können“ — beugt der Gefahr keineswegs vor.

Es muß hier genügen, den Beweis an den beiden Hauptforderungen unsrer Schutzzollpartei zu führen.

a) Die Industriellen fordern vor allem die Erhöhung der Zölle auf gewisse amerikanische Produkte — hauptsächlich auf Eisenwaren, da diese in der Union zu so viel günstigeren Bedingungen (niedrigere Kohlen-, Koks-, Erzpreise) hergestellt werden könnten wie bei uns.

Würde dadurch, daß wir amerikanische Lokomotiven, Werkzeug-, Schreib-, Nähmaschinen u. s. w. höher tarifierten wie bisher, das Risiko, daß Mißernten oder Bürgerkriege im Lande des Sternenbanners unsern Arbeitsmarkt in Verwirrung bringen, beseitigt oder auch nur abgeschwächt?

Den Hauptpopanz derer, die mit dem Argument der Auslandsereignisse operieren, bildet die „cotton-famine“, welche zu Anfang der sechziger Jahre schwer auf der europäischen Baumwollenindustrie lastete. Dieser Popanz bleibt aufrecht — mag man die Industriezölle gegen die Union so steigern, wie man will. Sollte, wie jüngst mehrfach prophezeit wurde,[1]) an

[1]) Vgl. meine „Sozialpolitik und Handelspolitik“, S. 85.

der Preistyrannei der amerikanischen Riesenkartelle die Kriegsfackel sich entzünden — nicht wie einst zwischen Nordstaaten und Südstaaten, sondern zwischen monopolistischen Produzenten und monopolisierten Konsumenten — und wiederum die Ausfuhr von Baumwolle stocken, so würde wiederum Brotlosigkeit in den deutschen Textildistrikten eintreten wie einst; wenn in geringerem Maß, so nicht wegen des Anziehens der Industriezollschraube, sondern deswegen, weil inzwischen die indische wie die ägyptische Baumwollproduktion wesentlich zugenommen hat.

Daß Vorkommnisse in der Union als Störenfriede in unsre Volkswirtschaft hereinbrechen, läßt sich durch höhere Bezollung solcher amerikanischer Produkte, die wir auch zu produzieren vermögen, keineswegs hindern. Dies Risiko verschwände nur dann, wenn es gelänge, uns „unabhängig" zu machen von gewissen Waren der Union, die bei uns *nicht*, oder wenigstens längst nicht in genügender Menge, erzeugt werden können — von Baumwolle, Mais, Kupfer.[1])

Wie man sich auch zu der Frage, ob dies Ziel und mit welchen Mitteln es zu erstreben sei, stelle — sicher ist, daß es durch das System der Ausgleichszölle *nicht* verwirklicht werden kann. Auch eine differentielle Bezollung amerikanischer Industricartikel würde das Gespenst einer Wiederholung der „cotton-famine" nicht verscheuchen. Es bliebe alles beim Alten.

b) Die *Agrarier* fordern die Erhöhung der Zölle auf Agrarprodukte jeder Art und Herkunft.

Würde, wenn der „lückenlose Tarif" durchginge, unsre Arbeiterschaft wirksamer gegen Auslandsereignisse geschirmt sein?

Vermutlich bliebe alles beim Alten. Denn die allseitige, gleichmäßige Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle triebe zwar sicher die Grundrente der *Agrarproduzenten* entsprechend in die Höhe — d. h. steigerte die Grundrente über das Niveau, welches sie ohne Zollerhöhung erreicht haben würde.[2]) Ob aber die *Agrarproduktion*, dank der Tarifgunst, emporginge, — *auf die Dauer* emporginge — wäre überaus fraglich; fraglich eben deshalb, weil die Zollerhöhung die Grundrente und damit den Grundwert emportreibt.[3]) M. a. W.: überaus fraglich wäre, ob *auf die Dauer* unser Import an Agrarprodukten und demgemäß unser Export an Fabri-

[1]) Auch das Ausbleiben des amerikanischen Mais könnte einmal eine „famine" in unsrer Viehzucht, das Ausbleiben des Kupfers eine „famine" in unsrer Elektrizitätsindustrie heraufbeschwören.

[2]) Fallen die Weltmarktpreise stärker als die deutschen Zölle steigen, so kann ja, trotz der Zollerhöhung, die Grundrente fallen.

[3]) Vgl. darüber meine „Sozialpolitik und Handelspolitik", S. 55 ff.

katen u. s. w. fallen: ob der Außenhandel unsres Landes einschrumpfen, die weltwirtschaftliche Entwicklung „verlangsamt" (Wagner) werden würde.

Vermutlich wäre die einzige Folge: die Bereicherung der Agrarproduzenten auf Kosten der Nation — während die Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande in gleichem Maße fortbestünde wie bisher, und folglich auch das Risiko der Auslandsereignisse.

Aber einmal angenommen, daß die — angeblich ja auch um der „Regularisierung" des Arbeitsmarkts willen geheischte — Unabhängigkeit Deutschlands von fremden „Nahrungsvölkern" Thatsache würde; daß die Agrarproduktion so stiege, daß sie dem heimischen Bedarfe bei Durchschnittsernten voll genügte.

Dann könnten allerdings die Yankees, die Russen, die Argentinier, die Inder u. s. w. — weil wir weniger Korn u. s. w. von ihnen kauften — nur einen geringeren Betrag von Fabrikaten von uns kaufen wie bisher: dann schrumpfte unser Außenhandel ein, würde die weltwirtschaftliche Entwickelung „verlangsamt". Da aber diese „Rohstoffstaaten" uns nach wie vor Baumwolle, Mais, Häute, Holz, Wolle, Flachs,[1]) Seide, Jute, Thee, Kaffee, Petrol, Kupfer, Zinn, Blei u. s. w. liefern müßten, und als Gegenwert gewisse deutsche Waren — Fabrikate, Zucker, Bier, Salz — beziehen würden, so wäre unsre „Verstrickung" in die Weltwirtschaft, wäre das Risiko der Auslandsereignisse nur um ganz weniges gemindert.

Es ist eitel Humbug, wenn man zu Gunsten des derzeit bei uns zur Beratung stehenden Tarifentwurfs das Motiv der „Regularisierung" des Arbeitsmarkts ins Feld führt. Selbst wenn alle Blütenträume unsrer Binnenhandelsfanatiker reifen sollten, würden wie bisher so auch in Zukunft Erntezufälle[2]) u. s. w. der Fremde die deutsche Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

---

[1]) Holz, Wolle, Flachs möchten ja manche Freunde der nationalen Landwirtschaft auch auf den „index mercium prohibitarum" setzen; denn die können wir ja selbst erzeugen!

Solchen Forderungen muß man immer und immer wieder die Frage entgegenhalten: wie soll denn nur (angenommen, daß es der Fall sei, s. oben) unsre Produktion an Korn, Vieh u. s. w. bis zur Bedarfshöhe gesteigert werden, ohne daß die Produktion irgendwelcher andrer landwirtschaftlicher Produkte demzufolge zurückgeht?

[2]) Deckte Deutschland normaliter seinen Bedarf an Agrarprodukten selbst, so würden allerdings Erntezufälle im Auslande unsre landwirtschaftlichen Produzenten und unsre Konsumenten landwirtschaftlicher Artikel nicht mehr in dem Maße treffen wie jetzt.

Aber: da mit Füllernten die Kaufkraft des Auslandes für unsre Exportwaren stiege, mit Mißernten fiele, so würde die ganze Volkswirtschaft die Wirkungen dieser Auslandsereignisse nach wie vor spüren.

Nur durch eine weit schärfere Dosierung der Protektion, als sie heute selbst der „verrückteste Agrarier" zu vertreten wagt; nur durch ein System, welches nicht blos die im Inlande produziblen Artikel, sondern auch Baumwolle, Mais u. s. w. mit so hohen Sätzen träfe, daß unser Außenhandel wesentlich einschrumpfte, würde die Zahl der „verwundbaren Stellen" (s. o. S. 24) wesentlich einschrumpfen, würde jenen externen Ursachen von Konjunkturschwankungen ein Paroli gebogen werden.

Aber dies wäre — wie oben schon kurz angedeutet ist und im Folgenden, bei Behandlung des Krisenarguments, näher darzulegen sein wird — eine Kur nach Art des Doktor Eisenbart.

II. Das Krisenargument.

Eine noch größere Rolle wie das Argument der Auslandsereignisse spielt in der sozialpolitischen Kritik des Freihandels das Krisenargument.

Zwei Anklagen werden vorgebracht. Die erste lautet dahin, daß unter dem System der Handelsfreiheit die Gefahr der Heimsuchung durch Krisen, die im Auslande sich ereignen, größer sei. Die zweite geht noch weiter: daß Krisen „periodisch" auftreten, sei, wenn auch nicht allein, so doch hauptsächlich verschuldet durch die weltwirtschaftliche Entwicklung.

Jene Anklage hätte schon im vorigen Abschnitte erörtert werden können; doch schien es mir zweckmäßiger, das Krisenargument im Zusammenhang durchzunehmen.

1.

Unter den Beispielen dafür, daß, im Zeichen des Verkehrs, die Volkswirtschaft durch allerhand Auslandsereignisse in Mitleidenschaft gezogen werde, finden sich immer, meist scharf unterstrichen, die „Rückschläge fremder Krisen" auf das nationale Erwerbsleben. Bei Überproduktion im Auslande wälze das Zuviel dem Inlande sich zu — heimische Arbeit komme in Bedrängnis, weil fremde Arbeit mißleitet worden. Der Freihandel steigere, der Schutzzoll mindere dieses Risiko.

Das Protektionssystem — sagt Grunzel — bezwecke „seinem Wesen nach, nicht einen Schutz des Kapitals, sondern einen Schutz der Arbeit". Und es erreiche diesen Zweck: „der Arbeiter profitiert von den Schutzzöllen . . . die Kontinuität der Arbeit ist wichtiger als die Preislage . . . und die Höhe der Arbeitslöhne; sie wird bis zu einem gewissen Grade gewährleistet durch den Schutzzoll, welcher die inländischen Unternehmungen gegen die unberechenbaren Konjunkturen bewahrt,

die zeitweise ein Eindringen der ausländischen Konkurrenz und eine momentane Arbeitslosigkeit im Inlande herbeiführen könnten".[1])

Daß zufolge von „unberechenbaren Konjunkturen", u. a. eben von fremden Krisen, der nationale Arbeitsmarkt eine Erschütterung erfahren könne, ist allerdings nicht zu bestreiten. Der Fall ereignete sich z. B. bei uns in den Jahren 1877/78. Deutschland wurde — gemäß der damals überaus beliebten, auch heute oft noch gehörten Phrase zur „Ablagerungsstätte" der Waren, die der britische Konsum nicht aufzunehmen vermochte.[2]) In einer Rede Schmollers[3]) hieß es: „die ganze Übermacht der englischen Konkurrenz — aus Amerika, aus den eignen Kolonien verdrängt, in allen europäischen Staaten viel ungünstiger behandelt als bei uns — wirft sich in erster Linie auf den deutschen Markt". Hier kann sie, dank der so niedrigen Tarifschranken, am leichtesten eindringen.

Ward nun auch in dieser Zeit, wo die Schutzzollagitation so hohe Wellen schlug, das Maß der „Überschwemmung" mit britischen Textil- und Eisenwaren gewaltig übertrieben, zeigten auch die Handelstabellen hinsichtlich mancher Artikel, über deren steigende Einfuhr aus England unsre Unternehmer jammerten, ein weit stärkeres Steigen der Ausfuhr[4]) — bis zu gewissem Grade war die Klage berechtigt. In gewissen Branchen deutscher Arbeit fielen Preise und Löhne kraft eines Drucks, welcher die Folge der Überproduktion jenseits des Kanals war.

Und ebenso war, bis zu gewissen Grade, die gleiche Klage berechtigt, die 1893 in England erscholl. Weil in den Vereinigten Staaten die Silberinflation — die Wirkung der Sherman-Bill — zu einer bösen Kreditkrisis geführt hatte,[4]) weil ferner gleichzeitig Australien unter einem Bankkrach großen Stils litt, stockte der Absatz britischer Fabrikate nach diesen wichtigen Gebieten. Im Sommer und Herbst wies die Statistik vieler Gewerkvereine einen recht hohen Prozentsatz Beschäftigungsloser auf. Wirrwarr auf unserem Arbeitsmarkte — hieß es — tritt ein zufolge von Ursachen, die so weitab liegen wie Konkurse bei den Antipoden![5])

---

[1]) Grunzel, S. 229.

[2]) Es herrschte vor allem starke Überproduktion in der britischen Baumwollindustrie; s. Engels' Schrift gegen Dühring (3. Aufl., S. 308/309.

[3]) Schmoller, Zur Sozial- und Gewerbepolitik, S. 175.

[4]) Vgl. die Tabellen in: Stat. Jahrb. 1881, S. 86, 91.

[4]) Vgl. Vogelstein, Industrie der Rheinprovinz, 1902, S. 20.

[5]) Drage, The unemployed 1894, S. 124, 149.

Ein Sinken der Nachfrage nach Arbeit „throwing labourers ont of work . . . may depend upon causes so remote as the failure of banks in the Antipodes."

Übrigens erklärt Drage (S. 124) den großen Streik im englischen Kohlen-

Was das Ablagerungsrisiko betrifft, so könnte auch hier wieder, wie oben, als von den sonstigen Auslandsereignissen die Rede war, erörtert werden, daß das Übel immer kleiner zu werden tendiert, je weiter eine Volkswirtschaft auf der Bahn der weltwirtschaftlichen Entwicklung fortschreitet. Je umfassender und mannigfaltiger der Verkehr einer Nation, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß eine „Überschwemmung" seitens des einen Landes wettgemacht werde durch Vorkommnisse, die von andern Ländern herüber wirken und den Arbeitsmarkt in umgekehrter Richtung beeinflussen: z. B. durch gute Ernten, welche die Kaufkraft für inländische Artikel steigern, gewissen Branchen ein Plus an Beschäftigung bringen. So wird ja derzeit der Stoß, welchen die englische Eisenindustrie seitens der deutschen, im Zeichen der Depression stehenden Konkurrenz auszuhalten hat,[1]) dadurch für jene außerordentlich gemildert, daß in den Vereinigten Staaten Hochkonjunktur herrscht und so der Absatz britischen Eisens dahin sich ausdehnt.

Und weiter könnte auch hier wieder erörtert werden, daß es sich um das kleinere Übel handelt, durch dessen Hinnahme ein größeres Übel verhütet wird: das schwerere Risiko des Schwankens des Arbeitsmarkts zufolge *inländischer* Überproduktion, welches desto mehr steigt, je mehr ein Volk vom Verkehr sich zurückzieht. Aber letzteres Argument wird zweckmäßiger an andrer Stelle Betrachtung finden:[2]) ersteres bedarf einer eingehenderen Darlegung nicht. Dagegen ist noch Folgendes hier zu sagen.

Wenn unsre Schutzzollpartei mit dem Hinweis auf das Ablagerungsrisiko einen Hieb gegen den Freihandel schlagen zu können meint, so muß dies — mit einer von *List* gebrauchter Wendung — als ein „falscher Fechterstreich" bezeichnet werden. Denn das heute bei uns vertretene Protektionssystem — das den Verkehr nicht lahmlegen will, sondern nur Produktionskostendifferenzen zu Gunsten konkurrierender Nationen durch Zölle „ausgleichen" — vermag jenem Risiko gar nicht vorzubeugen, es nicht einmal wesentlich herabzudrücken.

---

bergbau „to a great extent responsible for the continued decline throughout August and September 1893; (what) is shown by the fact that trades suffered in a greater or less degree according as they were dependent upon the supply of *coal*". Die schutzzöllnerische Agitation ignorierte solche „nationale" Ursache der Depression geflissentlich und schob alle Schuld auf die bösen „Antipoden".

[1]) Unsere wie die britischen Protektionisten sehen natürlich nur die Gefahr der „Überschwemmung" vom Auslande her, das *Passivum* auf dem Konto des Freihandels. Nicht die Chance der „Abschwemmung" nach dem Auslande hin, das *Aktivum*. — Darüber unten S. 64 ff.

[2]) Vgl. unten S. 38, 60 ff.

Unter ihm pflanzen sich vielmehr die „unberechenbaren Konjunkturen“ des Auslandes stets ins Inland fort. Es ist — worüber kein Wort verloren zu werden braucht — ohnmächtig gegenüber der Gefahr, daß zufolge verminderter Kaufkraft des Auslandes der Export des Inlandes dahin sinkt, und so Arbeitslosigkeit in den einschrumpfenden Ausfuhrgewerben eintritt.

Es ist nicht minder ohnmächtig gegenüber der Gefahr, daß zufolge Überproduktion im Auslande dessen Export nach dem Inlande anschwillt, und so Arbeitslosigkeit in den konkurrenzierten Branchen eintritt.

Zölle, die errichtet sind, um gewisse, thatsächliche oder angebliche Vorteile, welche die fremde Produktion vor der heimischen voraus hat, auszuwiegen und deren Höhe nach dem Maße dieser Vorteile bemessen ist — wie z. B. unsere Zölle auf Eisen, Garne u. s. w. — können vielleicht, während gewisser Frist nach ihrer Errichtung die Wirkung haben, daß fremde Waren, die sonst hierher geschafft worden wären, anderswo Unterkunft suchen.

Auf die Dauer aber wird das Ablagerungsrisiko kraft bloßer Ausgleichszölle nicht herabgedrückt. Unsre Schutzzollpartei übersieht dies. „Protectionists allways look at the immediate facts“, hieß es jüngst überaus treffend im „Economist“.

Die englische, belgische, schweizer Konkurrenz weiß ja, daß Deutschland z. B. Zölle auf Eisen, Garne u. s. w. errichtet hat. Die Folge ist, daß sie nunmehr weniger von diesen Waren produziert, als sie produzieren würde, falls Deutschland solche Zölle nicht hätte. Überproduktion zu vermeiden, haben die ausländischen Unternehmer der Branchen, welche in Deutschland eines Zollschutzes genießen, ein zwingendes Interesse: sie wollen ebensowenig „überschwemmen“, wie Deutschland überschwemmt werden will. Aber — sie können sich ja verrechnen!

Die englische Eisen- oder Garnindustrie z. B. kann die derzeitige Aufnahmefähigkeit des amerikanischen oder des australischen oder des kanadischen Marktes überschätzt haben. Sobald aber dieser Fall eintritt — sobald in England Überproduktion platzgreift und damit dort die Preise unter das normale Niveau sinken, verlieren die auf den normalen Druck der englischen Konkurrenz zugeschnittenen Tarifsätze Deutschlands ihre Schutzkraft: trotz der Zölle wird englisches Eisen, Garn u. s. w. „abgelagert“.

Durch ein „maßvolles“ Protektionssystem, das nur „ausgleichen“ soll, läßt sich diese Gefahr nicht bannen — und deshalb eben ist es ein „falscher Fechterstreich“, sie „ad majorem gloriam“ jenes auf das Debet des Systems der Handelsfreiheit zu setzen.

Ist aber nicht unter dem System der Handelsfreiheit das Risiko

ein wesentlich größeres? Im Kreise der Vertreter der „nationalen Wirtschaftspolitik“ gilt es als selbstverständlich, daß die Überproduktion aller Welt sich jederzeit auf die Freihandelsgebiete werfen werde, die Schutzzollgebiete respektieren.

Fürst Bismarck hat in den Debatten von 1879 mehrfach und mit großem Nachdruck dies Dogma — es klang ja für den großen Empiriker so plausibel! — verkündigt. Jüngst hat Graf Posadowski es wiederholt: Deutschland werde, sagte er (Sitzung der Tarifkommission vom 4. Juli 1902), wenn es allein seine Zölle beseitigte, zum Ablageplatz für die Waren der durch Zollschutz gesicherten andern Staaten werden; daraus schloß er: „man könne den Freihandel nicht autonom einführen“. Auch bei Treitschke, bei Schmoller und, überaus häufig, in der nationalliberalen Presse stößt man auf die Auffassung, als ob mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der „Überschwemmung“ ein ausschlaggebendes Argument dafür beigebracht sei, daß Zollschutz andrer Nationen Zollschutz für uns zur notwendigen, im Interesse der „Kontinuität“ der nationalen Arbeit notwendigen Folge habe — als ob damit die Frage eigentlich abgethan sei. „Eine freihändlerische Oase“ zu bilden — schlechterdings unmöglich!

Es handelt sich aber eben um ein Dogma — das der Kritik nicht Stand hält. Die Annahme, daß Überschußware einen Schwarm für Länder ohne Zollbarrieren habe, stets diese aufzusuchen neige, geht völlig fehl. Überschußware wendet sich vielmehr — gleichgiltig gegen das Handelssystem — jeweilig dahin, wo sie jeweilig den höchsten Preis zu erzielen vermag. Die gesamte, vorhandene Überschußware den Freihandelsgebieten zuzuschieben, ist richtige geschäftliche Taktik nur dann, wenn hier derzeit der Preis am höchsten steht, und, trotz der Konzentration der Zufuhr hieher, der höchste bleibt. Der Fall ist gewiß möglich. Liegt er vor, so bedeutet dies, daß in den Freihandelsgebieten Unterproduktion an solcher Ware herrscht — dann ist allerdings die „Ablagerung“ fatal für die nationalen Produzenten, denen sie die Zirkel stört, entspricht aber dem wirtschaftlichen Interesse der Nation.

In der Regel wird jedoch die Überschußware schon deshalb verteilt, wird ausgestreut werden über offene wie zollbeschirmte Länder, um die Preisbaisse, welche die Folge des ausschließlichen Imports nach jenen sein würde, zu vermeiden.

Herr Schwab, der Präsident der U. St. Steel-Corp., soll, als er im Januar 1902, in Berlin weilte, einem Interviewer gesagt haben: „unser Feld liegt in England, Südafrika, China, Japan — in Ländern, die keine Schutzzölle haben“; Deutschlands beschützte Stahlindustrie brauche keine Besorgnisse zu hegen.[1]) Der große Praktiker täuschte sich — oder wollte

[1]) Ähnlich sagte Baare, auf der Generalversammlung des Bochumer Vereins (10. Mai 1900), Deutschland sei durch mäßige Schutzzölle gegen amerikanischen Wettbewerb in Stahl gedeckt.

täuschen. Ob der Stahltrust die Produkte, die er auf dem „home-market“ nicht loswerden kann, nach England u. s. w., oder nach Deutschland werfen wird — das wird von den Umständen abhängen. Er wird nach dem freihändlerischen England „ablagern“, wenn dort der Preis derzeit relativ am höchsten steht, weil Mangel an Stahl herrscht; nach dem protektionistischen Deutschland, wenn hier solche Situation obwaltet. In der Regel wird er sowohl dorthin wie hierher verkaufen, da der Preis des zollbeschützten deutschen Stahls um den Betrag des Zolls höher zu stehen pflegt als der Preis des englischen Stahls.[1])

Gerade die Verhältnisse der Gegenwart sind vortrefflich geeignet, um jenes Dogma als unhaltbar zu erkennen. In unsrer Eisenindustrie herrscht seit zwei Semestern Überproduktion. Ergießt sich nun aber das Zuviel in seiner Totalität über das „preisgegebene“ England? Keineswegs; sondern nur zum größeren Teile. Aber nicht deshalb, weil hier kein Zoll zu zahlen ist, sondern weil hier der Preisstand derzeit günstiger ist als in andern Ländern. Zum Teil nach den Vereinigten Staaten — wo zwar hoher Zoll zu zahlen ist, aber eine „Eisennot“ besteht.[1]) Und England, dessen Baumwollindustrie jetzt in mißlicher Lage ist, „überschwemmt“ nicht Deutschland, wo die Zölle auf Baumwollfabrikate verhältnismäßig niedrig sind, sondern die Vereinigten Staaten, wo sie zwar außerordentlich hoch sind, wo aber, zufolge der Hochkonjunktur, die Absatzbedingungen trotzdem günstiger liegen — „generally increased demand for our poursuits, running through cotton, woollen and worsted goods and metals“.[2])

Nicht nach dem Handelssystem, sondern nach dem jeweiligen Stande der Konjunktur in den verschiedenen Territorien bestimmt sich die Richtung, welche Überschußware nimmt.

Wer glaubt, daß ein irgendwo wegdrängendes Zuviel von Produkten allezeit und insgesamt nach den Freihandelsgebieten drängen müsse, scheint ferner völlig zu vergessen, daß zwar hier kein Zoll gezahlt werden muß — dafür aber hier der Preis aller Dinge normaliter am niedrigsten steht. Eben zufolge der Thatsache, daß sie der bösen fremden Konkurrenz „preisgegeben“ sind; richtiger gesprochen: zufolge des heilsamen Zwanges dieser fremden Konkurrenz, die hier nur denjenigen Zweigen der nationalen

---

[1]) Vgl. Vogelstein, a. a. O., S. 72/74.

[1]) Der deutsche Export an Roheisen, Halbzeug, Stahlschienen betrug im ersten Quartal 1902 nach den Vereinigten Staaten 36,081 Tonnen (gegen 3485 im ersten Quartal 1901) nach England 240,764 (gegen 83,587). Econ. 1902, S. 855.

[2]) Econ., ebenda.

Arbeit sich zu entfalten und zu halten gestattet, welche unter den relativ besten Bedingungen operieren, d. h. niedrigste Produktionskosten haben, niedrigste Preise stellen können. Darin, daß normaliter das Preisniveau der Waren, die sie selbst produzieren, in Freihandelsgebieten tiefer liegt als in Schutzzollgebieten, liegt für jene ein Schutz gegen „Ablagerung" — und Störungen des Arbeitsmarktes durch solche — welchen unsre Protektionisten natürlich auch dann ignorieren würden, wenn sie von ihm wüßten.

In Schutzzollgebieten muß zwar Zoll gezahlt werden. Sofern aber hier der Preis der beschützten Artikel ungefähr um den Betrag des Zolles höher geschraubt ist — wohin ja die nationalen Unternehmer immer streben und, bei Kartellierung, vielfach mit vollem Erfolge — ist der Schutz gegen die Ablagerungsgefahr hier nur um ganz weniges größer wie in den Freihandelsgebieten. Es sieht nur bei der üblichen oberflächlichen Betrachtung so aus, als ob es anders sich verhielte. Ist der normale Preis z. B. des Stahls in England x, in Deutschland, wo ein Zoll von y darauf ruht, beinahe $x + y$, so genügt ein kleines Sinken des englischen, bezüglich ein kleines Steigen des deutschen Preises über den Durchschnittssatz, den Strom überschüssigen amerikanischen Stahles nach Deutschland, statt nach England, zu lenken.

Jedoch: „bis zu gewissem Grade" trifft die Behauptung, daß der Schutzzoll als „Krisenschutz" — Schutz gegen „Rückschläge fremder Krisen" — wirke, zu.

Denn: je rigoroser das Protektionssystem gestaltet ist — je mehr es nicht nur „Ausgleich" zu schaffen, sondern „Vorsprung" zu geben bezweckt — desto schwerer wird es ja der fremden Konkurrenz, selbst bei starker Überproduktion und Preisbaisse, werden, die Mauer zu überklettern. Liegt allerdings der Fall, von dem ich oben sprach, vor — ist der Preis der beschützten Dinge ungefähr um den Betrag des Zolles über den Preis der Freihandelsgebiete emporgeschraubt, so ist es auch bei Hochschutz mit dem „Krisenschutz" nur schwach bestellt. Aber es ist ja auch der andre Fall möglich: daß der Preis, trotz Hochschutzes, nur wenig über dem Preis der Freihandelsgebiete steht, weil die innere Konkurrenz ihn niederhält:[1]) weil es sich um Produkte handelt, hinsichtlich deren die Kartellierung nicht gelingt.

Dann wirkt das Protektionssystem als Präventiv gegen „Rückschläge fremder Krisen". Je höher der Zoll und je weniger der normale Preis der beschützten Artikel den Preis der Freihandelsgebiete

[1]) Der Fall, welchen List mit einem sonderbaren Optimismus als die Regel hingestellt hat.

überragt, desto sichrer dürfen sich die nationalen Unternehmer vor dem Ablagerungsrisiko fühlen.

Aber — incidit in Scyllam, qui vult vitare Charybdim. Während das Risiko, durch ausländische Krisen in Mitleidenschaft gezogen zu werden, fällt, so schnellt das Risiko, daß inländische Krisen ausbrechen, empor.

In normalen Zeiten — schreibt Katzenstein — sei in den Vereinigten Staaten, seit 1890 etwa, eine Wirkung des hohen Roheisenzolls auf den Roheisenpreis nicht mehr zu konstatieren. Jedoch — die Bewegung des Roheisenpreises zeigt dort viel schärfere Zacken wie in England; die Gefahr der Überproduktion ist in dem klassischen Schutzzollande weit größer. Der hohe Zoll „ermöglicht eine außerordentliche Preissteigerung in Zeiten lebhaft gesteigerter Nachfrage"; dann hält er „den preisdrückenden Einfluß der fremden Konkurrenz fern", gestattet enorme Hausse — welche über kurz oder lang in entsprechende Baisse umschlägt. Ohne den hohen Zoll würde der Gang der Produktion und des Preises „ein ruhigerer und gleichmäßigerer sein", könnte die Spekulation nicht so „gewagte Sprünge machen, und wären die Erschütterungen, die das Erwerbsleben heimsuchen, nicht mit so verheerender Gewalt und in so kurzen Zwischenräumen vor sich gegangen".[1])

Allgemeiner gesprochen: je wirksameren Schutz das Protektionssystem gegen die „unberechenbaren Konjunkturen gewährleistet, die zeitweise ein Eindringen der ausländischen Konkurrenz und eine momentane Arbeitslosigkeit im Inlande herbeiführen könnten" (Grunzel), desto mehr droht das Verhängnis, daß im Inlande „unberechenbare Konjunkturen" eintreten, welche hier „Übertreibungen der Konkurrenz" (Wagner) zur Folge haben und so den gleichen Effekt ausüben.

Damit sind wir zu dem zweiten Thema dieses Kapitels gelangt.

2.

Wie die Ansicht, als ob bei Freihandel das Risiko der „Rückschläge fremder Krisen" größer sei wie bei Schutzzoll — die wir im Vorigen auf den „gewissen Grad" ihrer Richtigkeit eingeschränkt haben — so hat die nunmehr zu erörternde Irrlehre, daß vor allem die weltwirtschaftliche Entwicklung Schuld trage an der Entstehung von Krisen, allmählich so feste Wurzeln geschlagen, daß kaum noch Jemand sie nachzuprüfen für nötig hält.

---

[1]) Katzenstein, in der „Nation", 1900, S. 660.

Wenn z. B. Wagner schreibt, daß „Schwankungen der Konjunkturen, Übertreibungen der Konkurrenz, Produktions- und Absatzkrisen" zu den „notwendigen Begleiterscheinungen" der weltwirtschaftlichen Entwicklung zählen,[1]) so kommt ihm die Frage, ob etwa jene Übel bei „nationalwirtschaftlicher" Entwicklung noch schlimmer walten würden, offenbar gar nicht in den Sinn. Der Satz, daß der Weltmarkt „prekärer" sei als der nationale, ist ihm über jeden Zweifel erhalten.

Und klingt nicht dieser Satz überaus plausibel, ist er nicht überaus einfach zu erhärten? Hören wir Kautsky.

„Die Krisen müssen sich zeitweise wiederholen. Denn das Element der Krisis ist mit der Warenproduktion von vornherein gegeben. Die Warenproduktion heißt: Produktion durch Produzenten, die von einander unabhängig sind, für den Markt, d. h. für die schwankenden Bedürfnisse einer unbestimmten Zahl von Konsumenten. Das regelnde Element in diesem anarchischen Produktionssystem ist das Schwanken der Preise; ist mehr produziert worden als dem Bedarfe entspricht, dann sinken die Preise; ist weniger produziert, dann steigen sie über ihr durchschnittliches Niveau. Die Unverkäuflichkeit der Waren zu ihrem Produktionspreise ist daher eine mit Notwendigkeit zeitweise eintretende Erscheinung der Warenproduktion, diese Unverkäuflichkeit bildet aber die Basis der Krise".

„Daß es zu einer wirklichen Krise kommt, dazu gehören jedoch Bedingungen, die in den Anfängen der Warenproduktion fehlen, und erst durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffen werden. Erst sie verwandelt immer mehr die gesamte Produktion in Warenproduktion, während vor ihr der wesentlichste Teil der Produktion dem Selbstverbrauch diente" . . .

„Gleichzeitig verwandelt die kapitalistische Produktion den engen, leicht übersichtlichen und kaum sich ändernden lokalen Markt der einfachen Warenproduktion in den ungeheuren, unübersichtlichen, unaufhörlichen Änderungen unterworfenen Weltmarkt und vermehrt die Zahl der Zwischenglieder, die sich zwischen Produzenten und Konsumenten drängen. So verliert der Produzent immer mehr die Übersicht über den Markt".

„Dabei wächst die Elastizität der Produktionskräfte ungeheuer, dank der modernen wissenschaftlichen Technik und dem Kreditsystem, noch mehr aber der industriellen Reservearmee,[3]) die in der kapitalistischen Produktionsweise stets vorhanden ist und die es ermöglicht, die Produktion sprunghaft auszudehnen".

„So führt jede erhebliche Vermehrung der Nachfrage zu raschester Erweiterung der Produktion weit über das vorhandene Bedürfnis hinaus; zur Überproduktion, der ein Stocken im Absatz, ein Sinken der Preise, eine Einschränkung der Produktion, zahlreiche Bankrotte und weitverbreitete Arbeitslosigkeit, also die Krise, folgen".

---

[1]) Wagner, im „Lootsen" 1900, S. 252.

[2]) Eine Kritik der übrigen Gründe, die Wagner, vom sozialpolitischen Standpunkt aus, für sein Programm der „Verlangsamung" der weltwirtschaftlichen Entwicklung beibringt, s. in meiner „Sozialpolitik und Handelspolitik".

[3]) Über die „Reservearmee" als Produkt der Krisen, die ihrerseits wieder das Produkt der weltwirtschaftlichen Entwicklung sind, s. oben (S. 5) das Zitat aus Engels.

Und weiter wird dann erörtert, daß „die stete Ausdehnung des Marktes eines der wichtigsten Probleme" der kapitalistischen Produktionsweise sei. „Der industrielle Zyklus ... auf der einen Seite und andrerseits der stete Drang nach Erweiterung der Produktion und ihres Absatzmarktes ... verschlingen sich miteinander und erscheinen als einzige Bewegung. Jede größere Erweiterung des Marktes wirkt stimulierend auf die Produktion ein, treibt diese zur Überproduktion und zur Krise. Umgekehrt bietet jede Krise den dringendsten Anlaß, nach Erweiterung des Marktes zu streben".[1])

Die Diktion ist minder phrasenhaft, der Ton mehr der eines Gelehrten als eines Agitators — aber es ist, trotz dieses Unterschieds in der Form, der Sache nach genau die Theorie von Engels aus dem Jahr 1845. Es sind die „paar altbewährten Schlagworte" (Bernstein) mit denen seit zwei Menschenaltern das Problem der Krisenentstehung abgemacht wird.

Ganz kurz gefaßt, lautet die Theorie:

Unter dem heutigen „anarchischen Produktionssystem" tappen die Unternehmer immer ins Blaue. Sie tappen aber ins Aschgraue, wenn sie statt für den inneren, für den Weltmarkt zu produzieren wagen; auf dem letzteren lagert viel dichterer Nebel; und zudem wechselt die Szenerie weit häufiger. Da es das Verhängniß der kapitalistisch organisierten Volkswirtschaften ist, in immer größerem Umfange den Weltmarkt aufsuchen zu müssen, so wächst immer mehr die Gefahr von Überproduktion und Krisis — wächst die Gefahr der Arbeitslosigkeit für das Proletariat.

Genau wie einst Engels in seinem Erstlingswerk und Marx in der Freihandelsrede, ziehen Kautsky und andre „Genossen" aus der Theorie von dem innigen Zusammenhange zwischen „industriellem Zyklus" und weltwirtschaftlicher Entwicklung die praktische Konsequenz, daß letzterer freies Spiel zu lassen sei — weil sie endlich einmal „den Sozialismus unvermeidlich erzwingen" müsse.

„Die kapitalistische Produktionsweise — schreibt Kautsky — wird von dem historischen Moment an zur Unmöglichkeit, in dem es sich herausstellt, daß der Markt sich nicht mehr in demselben Tempo ausdehnen kann wie die Produktion; das heißt, sobald die Überproduktion chronisch wird" (S. 142.) Und dieser Moment werde eintreten; denn der Weltmarkt werde künftig kaum „in gleichem Maße einer steten Erweiterung fähig sein" (S. 142—144).

Die Möglichkeit des Nicht-Eintretens der chronischen Überproduktion giebt übrigens Kautsky zu: man könne „um so mehr daran zweifeln, je rascher man sich den Fortschritt der sozialistischen Bewegung vorstellt".

Ähnlich, nur ohne letztere Klausel, Frl. R. Luxemburg, in der Artikelserie „Sozialreform oder Revolution" (1898).

---

[1]) Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, 1899, S. 137/138, 140, 142.

Die bisherigen Krisen — so faßt Bernstein (Voraussetzungen des Sozialismus, S. 75) die Erörterung zusammen — waren „erst Kinderkrankheiten der kapitalistischen Wirtschaft, Begleiterscheinungen nicht von Einengungen, sondern von Erweiterungen des Gebiets der kapitalistischen Wirtschaft. Wir sind noch nicht in jene Phase vollkommener kapitalistischer Reife eingetreten, die bei dem Marx'schen Schema der Krisenperiodizität vorausgesetzt wird", sondern „befinden uns erst in einer Phase, wo die Krisen nicht mehr das Aufkommen des Kapitalismus und noch nicht seinen Untergang bedeuten. „Diese Zeit werde" erst kommen, wenn der Weltmarkt im großen und ganzen ausgebildet sei und durch keine plötzliche Erweiterungen mehr vergrößert werden könne. Dann müsse der Widerstreit der Produktionskräfte mit den Austauschschranken immer schroffer und stürmischer werden".

Bei Engels führt die weltwirtschaftliche Entwicklung zum „Weltkrach", bei Kautsky zur „chronischen Überproduktion". Jener erwartet von jenem, dieser von diesem Endergebnis den „großen Kladderadatsch"; und daher schließen beide: hands off!

Während die Marxisten, um des Zukunftsinteresses des vierten Standes willen, auf Seite des Freihandels stehen, so dagegen die „Vulgärökonomen", um des Gegenwartsinteresses willen, auf Seite des Schutzzolls: da unter Krisen die Arbeiter am meisten leiden, so habe der Staat zu Gunsten einer mehr nationalwirtschaftlichen Entwicklung einzugreifen. Hinsichtlich der praktischen Konsequenz dissentieren die bürgerlichen Sozialpolitiker von den Gegnern der heutigen Ordnung — bekennen sich jedoch zu der gleichen Theorie.

Diese Theorie — daß mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung das Krisenrisiko steige — ist aber eine „fable convenue".

A. Allerdings ist der „ungeheure Weltmarkt" zweifellos unübersichtlicher wie der „enge, lokale Markt" — d. h. der Markt, auf dem die Handwerker der Stadt und die Bauern der nächsten Umgegend ihre Waren austauschen; der Markt, auf welchem der Verkehr seine Kreise nur über wenige Meilen zieht. Aber darum handelt es sich ja bei der Kontroverse gar nicht! Sondern es frägt sich: ist der nationale Markt übersichtlicher wie der Weltmarkt?

Distinguendum est. Zunächst — in der „Kindheit des Welthandels", damals, als die Völker erst begannen, Export und Import in größerem Stile zu betreiben, d. h. in der Periode 1815/1860 etwa — war es gewiß schwerer, sich auf dem „ungeheuren Weltmarkt" richtig zu orientieren und richtig zu operieren wie innerhalb der nationalen Grenzpfähle. Zunächst war die Gefahr, daß Produktion für den Weltmarkt in Überproduktion und Krisis auslief, in hohem Grade vorhanden. Mehrere der schweren allgemeinen Geschäftsstockungen, welche damals platzgriffen, bisweilen hereinbrachen wie Gewitter, so die von 1815, die von 1825, die von 1837, hatten ihre Ursache — nicht ausschließlich, aber hauptsächlich — darin, daß die Unter-

nehmer den Weltmarkt nicht zureichend „übersehen", seine künftige Gestaltung nicht vorausgesehen hatten. Während jener Periode war — zufolge von Vorkommnissen, die teils in der politischen Sphäre (z. B. Frieden von 1815; Revolution in den spanischen Kolonien anfangs der zwanziger Jahre; Eroberung Algiers durch Frankreich; englisch-chinesischer Vertrag), teils in der ökonomisch-technischen Sphäre lagen (vor allem: sprungweiser Fortschritt des Chaussee-, Kanal-, Eisenbahnbaus, und sprungweise Ausdehnung der überseeischen Schiffahrtslinien) die Erweiterung des Welthandels eine mehr extensive, als intensive.[1]) Die Eroberung neuer Absatzgebiete — in Zentral- und Südamerika, in Nordafrika, in Ostasien — vollzog sich damals rascher als die Festigung der alten. Jedes neu gewonnene Absatzgebiet war aber ja ein „Problem": wer sich an ihm versuchte, mußte Lehrgeld zahlen. Solches Lehrgeld haben damals vor allem England, aber auch Deutschland und Frankreich, gezahlt.

Aber es ist eine ganz einseitige Darstellung, wenn Marx z. B. die „Hauptursache" der Krisis von 1847 in der „kolossalen Marktüberführung, den grenzenlosen Schwindel im ostindischen Warengeschäft" findet. „Gleich nach dem chinesischen Vertrag — zitiert er — wurden dem Lande (England) so große Aussichten gemacht auf eine gewaltige Ausdehnung des Handels mit China, daß viele große Fabriken express für dies Geschäft gebaut wurden, um die im chinesischen Markt hauptsächlich gangbaren Baumwollengewebe anzufertigen". (Kapital, Bd. III_2, S. 24/25.)

Gewiß war die plötzliche Entfaltung des Handels mit China Mitte der vierziger Jahre eine der Ursachen der Überproduktion in der britischen Baumwollindustrie; aber keineswegs die Hauptursache. Diese lag nicht in der „Unübersichtlichkeit" des Weltmarktes, in dessen „unberechenbaren Konjunkturen" — sondern in der Mißernte, in der Unberechenbarkeit der Natur.

Daß bei gewissen englischen Krisen der ersten Hälfte des neunziger Jahrhunderts das Weltmarktsmoment eine gewichtige Rolle gespielt hat, ist oben zugegeben worden. Jedoch muß daran erinnert werden, daß die vielleicht schwerste Krise, die sich damals ereignete, nämlich die amerikanische Krisis von 1837 — angeblich 33,000 Bankrotte und Gesamtverlust von 440 Mill. Dollars, für die noch winzige Bevölkerung! — ihre tiefste Wurzel hatte in der fieberhaften Erregung des innern Marks durch die rapide Erweiterung des nationalen Absatzgebiets zufolge Bau von Eisenbahnen,[2]) Kanälen, Flußmeliorationen; zufolge des „vast and jubilant movement of population causing an extraordinary growth of internal improvements".[3])

Die Doktrin, daß der Weltmarkt der Haupt-„Krisenheerd" sei, war schon damals auf „induktivem" Wege zu widerlegen; die Begründung des Engels-Marx'schen „Schema"

---

[1]) Bernstein (a. a. O., S. 75) betont, daß es „nicht nur eine extensive, sondern auch eine intensive Erweiterung des Weltmarkts giebt und daß letztere heute von viel größerem Gewichte ist wie die erstere". Damals war das Umgekehrte der Fall.

[2]) 1830 waren erst 32 Miles Eisenbahnen fertig, 1836 1273 Miles (H. George).

[3]) H. George (Sohn), in der Westminster Review, 1902, S. 528/529.

schon damals als falsch erkennbar. Aber — wer kümmerte sich damals, wer kümmert sich heute bei uns um amerikanische Krisen? „Non leguntur".

Das Dogma lautet ja: je weiter die weltwirtschaftliche Entwicklung getrieben wird, desto größer das Krisenrisiko. In England begann jene Entwicklung am frühesten und schritt am raschesten weiter; ergo beschränke man sich auf das „Erfahrungsmaterial", das die englischen Krisen bieten — wie noch jüngst wieder Tugan-Baranowski.

Aber auch wenn man sich auf die englischen Krisen beschränkt, kommt man selbst für die Krisen bis 1860 zu dem Ergebnis, daß neben Weltmarktsverhältnissen andre Verhältnisse — vor allem: Erntezufälle, gegenüber welchen Engels, Marx und unsre, hinsichtlich der Krisendoktrin, meist in deren Fahrwasser segelnden Kathedersozialisten ihre Augen sorgsam verschließen — weit bedeutsamere Faktoren waren, als traditionell angenommen wird.

„Die wahnsinnigsten Auswüchse kommerzieller Spekulation — sagt Bernstein[1]) — fallen in die Zeit des Anbruchs der kapitalistischen Ära. . . . Auf dem Gebiet der Industrie blüht die Spekulation am üppigsten in neuen Produktionszweigen. Je älter ein Produktionszweig als moderne Industrie ist, um so mehr hört . . . das spekulative Moment auf, eine maßgebende Rolle in ihr zu spielen; es werden die Marktverhältnisse und Marktbewegungen genauer übersehen und mit größerer Sicherheit in Berechnung gezogen." Ganz gleiches gilt vom Welthandel: die bösesten Schnitzer sind begangen worden — mußten begangen werden — in der Zeit seines Beginns, hinsichtlich der Beurteilung neuer Märkte; je länger die Welthandelsära dauerte, je älter die Märkte wurden, desto fehlerfreier wurden die Handelsoperationen, desto geringer die Gefahr von „Auswüchsen kommerzieller Spekulation".

Jene ersten englischen Krisen waren Kinderkrankheiten der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Je mehr diese zur Reife gedieh, desto unrichtiger ward die Darstellung, als ob das „ins Blaue hinein" (Engels) für ferne Länder Produzieren die „causa causans" der Konjunkturschwankungen sei. Hatte es — aber, wie nochmals betont sei, keineswegs allgemein — in der Zeit 1815/1860 als Hauptursache des „industriellen Zyklus" gewirkt, so spielte es später, immer öfter, nur noch eine Nebenrolle. So z. B. in der deutschen Krisis von 1873; in der Depression von 1901/1902.

Allmählich wurde der Weltmarkt übersichtlicher. Nicht nur deshalb, weil in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts — dank der Politik der Handelsverträge — die intensive Erweiterung des Außenhandels „von viel größerem Gewichte" wurde wie die extensive;[2]) und deshalb, weil aus neuen Absatzgebieten, die unter der „Ägide des Zufalls" (Engels) beschickt werden mußten, alte wurden.

[1]) A. a. O., S. 73.

[2]) Vgl. oben das Zitat aus Bernstein.

Hinzukam erstens, daß nach und nach ein Stand von „Welthändlern" emporwuchs, welcher die schwierige Aufgabe, den Weltmarkt zu übersehen und seine künftige Gestaltung vorauszusehen, immer vollkommener zu lösen lernte. Nach allen Ländern und Zonen streckte der Kaufmann seine Fühler aus, damit er über den derzeitigen Stand des Vorrats und Bedarfs betreffs der Waren, mit deren Ausfuhr oder Einfuhr er sich befaßte, überall und immer sich unterrichte, von jeder Verschiebung sofort erfahre, sie womöglich prognostizieren könne. Ausgerüstet mit seinen Korrespondenten, Agenten, Reisenden, schaute er gewissermaßen mit Dutzenden von Augen, hörte mit Dutzenden von Ohren — und zwar mit auf die spezielle Branche geschulten, virtuos eingefuchsten Augen und Ohren. Mehr und mehr verzog sich so der Nebel, immer deutlicher wurde das Weltmarktsbild; immer korrekter die Erkenntnis, welche von dem Kaufmann sich fortpflanzte auf den Produzenten, der für den Weltmarkt lieferte oder Materialien von ihm bezog.

Gerade dadurch, daß — wie Kautsky zur Begründung der entgegengesetzten Auffassung sagt — „die Zahl der Zwischenglieder, die zwischen Produzenten und Konsumenten sich drängen, sich vermehrte", nahm „die Übersicht über den Markt" zu. Für sich selbst zwar „verlor der Produzent" die Übersicht, aber der Kaufmann vermittelte sie ihm.

Diese Arbeitsteilung zwischen Händler und Produzenten ist bekanntlich in England weiter gediehen wie z. B. bei uns, mußte dort, unter dem Druck der rascheren weltwirtschaftlichen Entwicklung, früher sich ausbilden.

Marx giebt davon — natürlich, ohne den Fortschritt zu erkennen, welcher ja dem Krisen-„Schema" feindlich war — ein Zeugnis.

Er zitiert aus der Enquete über die „Commercial distress" von 1847/48:

„Nr. 4876. Ich schickte anfangs einige Waren (nach China) und diese wurden zu etwa 15% Verlust verkauft . . Nr. 4877. Exportierten die Fabrikanten für eigne Rechnung? Hauptsächlich".

Dann fährt er fort: „dagegen fielen 1857 Verluste und Bankrotte vorzugsweise auf die Kaufleute, da diesmal die Fabrikanten ihnen die Überführung der fremden Märkte ‚auf eigne Rechnung' überließen" (Kapital, Bd. III_2, S. 25).

Je mehr dem Kaufmann wurde, was des Kaufmanns ist — die Aufgabe der „Übersicht" der Märkte zu lösen und danach die Bestellungen bei den Produzenten zu machen, deren Arbeit in das rechte Geleise zu leiten — desto falscher ward die Theorie vom Weltmarktnebel. Die Krisis von 1857 war längst nicht so schwer, wie die von 1847. Teils weil das Erntemoment nicht so schwer in die Wagschale fiel, wie 1847; teils weil die Organisation der britischen Volkswirtschaft den Erfordernissen der weltwirtschaftlichen Entwicklung schon besser angepaßt war.

Hinzukam zweitens die Vervollkommnung der Transportbedingungen. Daß diese, wie oben bemerkt, während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vielfach sprungweise geschah, war damals ein Kausalmoment der Krisen gewesen. Nachdem aber diese Periode des Sturmes und Dranges einer Periode

gleichmäßigeren, ruhigeren Fortschritts gewichen war — nachdem die neuen Wege und neuen Mittel des Verkehrs sich allmählich überall eingebürgert hatten, und nun starke, plötzliche Verschiebungen der Absatzverhältnisse von dieser Seite her nur noch ausnahmsweise platzgriffen — wurde dauernde Wohlthat, was einst von zeitweisen bösen Folgen begleitet gewesen war. Nicht nur erweiterte sich dadurch, daß Dampfkraft und Elektrizität zu Transportdiensten herangezogen wurden, der Weltmarkt — dank der gegen früher so viel größern Billigkeit, Schleunigkeit, Pünktlichkeit der Güter- und Personenbewegung. Er wurde dadurch auch viel „übersichtlicher". Indem die Briefpost auf dem „rollenden Flügelrade" dahineilte, Telegraph und Telephon mit Blitzesschnelle den Kontakt Aller mit Allen herstellen und aufrechterhalten konnten, gelangten die Nachrichten über die jeweilige Konjunktur des Weltmarkts pünktlicher, schneller, billiger von Kontinent zu Kontinent wie einst von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz.

„Zwar wachsen — sagt Spiethoff (Schmollers Jahrbuch, 1902, S. 756) — durch die Vergrößerung des Marktes die realen Schwierigkeiten stetig; aber gleichzeitig vermehren sich auch die technischen und organisatorischen Hilfsmittel. Das moderne Nachrichtenwesen, die wachsende Publizität aller Angelegenheiten, die Transportmittel, die immer einheitlicher werdenden Währungsverhältnisse erleichtern den Überblick". In der deutschen Litteratur ist es, wie oben gesagt, eine Ausnahme, wenn — wie hier von Spiethoff — auf die Verminderung des Krisenrisikos hingewiesen wird. Schmoller z B. hat noch jüngst wieder von der „Thatsache der wachsenden Krisen" gesprochen.

Daß jene „Zwischenglieder" und diese „Zwischenträger", in immer größerer Quantität und immer höherer Qualität, auf dem Gebiet des Welthandels funktionierten, machte das Bild des Weltmarkts immer deutlicher.[1])

Newyork und Hamburg liegen sich heute näher als in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts Hamburg und Berlin. Von den wirtschaftlichen Vorgängen, die am Mississippi oder am Amazonenstrom sich ereignen, weiß der Deutsche heute mehr, erhält davon rascher Kenntnis als einst der Rheinländer von dem, was an der Elbe, der Leipziger von dem, was am Main passierte. Über das Ergebnis der letzten Welternten an allen wichtigen Lebensmitteln und Materialien — an Brotkorn, Mais, Wein, Kaffee, Thee, Wolle, Flachs, Baumwolle, Seide, Jute — über die derzeitige Weltproduktion an Kohlen, Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Petroleum — über den

[1]) Noch auf viele andre Momente ließe sich hier als Ursachen des allmählichen Übersichtlicherwerdens des Weltmarkts hinweisen — auf die Entfaltung des Börsen-, des Klearing-, des Aktien-, des Kartellwesens; die Ausbildung von Auskunfteien, Exportbureaus, Handelsmuseen; die Vereinheitlichung der Währungsverhältnisse (s. das Zitat aus Spiethoff) u. s. w. Aber das Thema kann und braucht hier nicht erschöpft zu werden. Das Gesagte genügt, um die „Nebeltheorie" zu entkräften.

Weltvorrat, wie — wenngleich viel minder zuverlässig — über den Weltbedarf hinsichtlich dieser wichtigsten Waren sind wir heute weit exakter unterrichtet, wie unsre Vorfahren zu jener Zeit, da die Doktrin von der weltwirtschaftlichen Entwicklung als „causa causans" der Krisen sich bildete, über den nationalen Vorrat und den nationalen Bedarf. Und fortwährend werden überall von Sachkundigen der betreffenden Branchen alle Momente gesammelt, gesichtet, gewertet, und baldigst in der Fachpresse und den Zeitungen publiziert, welche einen Schluß auf die künftige Gestaltung der Dinge gestatten — über das Ergebnis der nächsten Welternte an Brotkorn, die Bewegung der Produktion von Kohlen u. s. w.

Gewiß: es fehlt noch viel daran, daß die Übersicht eine vollkommene wäre. Betreffs so ziemlich aller Fabrikate und der meisten Halbfabrikate ist weder der Weltvorrat noch der Weltbedarf mit auch nur annähernder Bestimmtheit zu kalkulieren — trotz aller statistischen Ämter und ihres Bienenfleißes: trotz aller Konsulatsberichte u. s. w. Aber — und ich wiederhole: *nur hierauf kommt es an* — wir wissen, betreffs Fabrikate und Halbfabrikate, vom nationalen Markt auch nicht mehr als vom Weltmarkt. Was vom *nationalen* Markt allgemein bekannt wird, wird auch auf dem *Weltmarkt* bekannt — wenigstens bekannt dem, den es angeht.

Der Berliner Mäntelfabrikant kann sich genau so verrechnen hinsichtlich der Kundschaft der deutschen Damen wie der der amerikanischen und englischen Ladies. Arbeitet er für fremde Märkte, so muß er sie entweder selbst studieren, oder der Händler muß es thun. Und ebenso, wenn er nur für den nationalen Markt arbeitet. Letzteres Studium ist ungefähr gleich schwer wie ersteres. Wer in Mänteln für Newyork oder Buenos-Ayres macht, dem stehen ungefähr gleich gute — bezüglich gleich schlechte — Anhaltspunkte behufs Beurteilung der Kauffähigkeit und Kaufneigung zu Gebote, wie dem, welcher mit ihnen im Vaterlande bleibt. Unsre Zuckerindustrie ist eine Weltindustrie; unsre Spritfabrikation eine „nationale" Industrie; jene exportiert für mehr als zweihundert Millionen Mark, diese bringt nur eine ganz geringe Quote ihres Gesamtprodukts zur Ausfuhr. Aber bei dieser wird mehr, weit mehr über den Hang zur Überproduktion geklagt[1]) wie bei jener. —

Aber selbst zugegeben, daß die Zahl der Unbekannten im Auslandsgeschäft *etwas* größer sei wie im Inlandsgeschäft, so wird doch dies Passivum zu Ungunsten der weltwirtschaftlichen Entwicklung überwogen durch ein Aktivum, das zu deren Gunsten validiert.

---

[1]) Vgl. z. B. den Artikel der „Berliner Pol. Nachrichten" vom 26. Juni 1902.

Mag der Weltmarkt ein wenig „unübersichtlicher“ sein wie der nationale Markt — ersterer ist um vieles stetiger wie letzterer. Je enger die Verflechtung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, desto kräftiger die Gewähr der „Kontinuität“, der Konstanz des Arbeitsmarkts; steigt das Krisenrisiko zufolge etwas größerer „Unübersichtlichkeit“, so fällt es in höherem Grade zufolge größerer „Stetigkeit“.

B. Die Behauptung, daß, während der lokale Markt „kaum sich ändere“, der Weltmarkt fortwährend hin und her flute — diese Behauptung, die in den dreißiger und vierziger Jahren einen Hauptschlager der britischen Agrarier und Anti-Industriestaatler bildete und dann sich „forterbte von Geschlechte zu Geschlecht“ — geht völlig fehl. Gewiß ist der Weltmarkt „unaufhörlichen Änderungen unterworfen“; aber er schwankt weniger als der lokale oder der nationale Markt.

Der lokale Markt des Mittelalters — d. h. der Markt, auf dem in der Hauptsache nur Austausch zwischen Stadt und Land stattfand — machte oft binnen kurzer Frist die stärksten Sprünge. Seine Bewegung war ja bedingt durch die Bewegung der lokalen Ernten.

In fetten Jahren konnten die Bauern mehr Korn, Wolle, Flachs u. s. w. den Bürgern liefern. Ihre Kaufkraft für Handwerkswaren stieg; die Gewerbe kamen in Flor, vermochten eine größere Zahl von Arbeitskräften zu beschäftigen, welche sie — soweit es ging — von andern „Lokalwirtschaften“, wo die Natur mit ihren Gaben gekargt hatte, anzogen.

In mageren Jahren dagegen lagerte schwerer Druck auf den Gewerben; hatten die Bauern an Lebensmitteln wenig übrig, war der Ertrag an industriellen Rohstoffen gering ausgefallen, so mußten viele Gesellen ihre Bündel schnüren.

Ganz schlechte Jahre — Jahre, in denen die Ernte nicht einmal ausreichte, den Eigenbedarf der Produzenten zu decken — brachten über den Markt die „Ruhe eines Kirchhofs“. Scharen von „armen Reisenden“ suchten das Weite.[1]) Korn u. s. w. aus der Ferne herzulocken, war weit schwerer als Arbeitskräfte abzuschieben.

Der lokale Markt war äußerst unstetig; bald dehnte er sich stoßweise aus, bald zog er sich mit einem Ruck zusammen. Heute, wo diese „gute,

[1]) Gewiß wirkten, wie z. B. Schmoller sagt (Soziale Praxis, 1902, Nr. 23), „Sitte und Billigkeit der Arbeiterentlassung in flauer Zeit“ damals in höherem Maße entgegen wie heute. Wenn aber die Handwerker den Landwirten weit weniger verkaufen konnten als in normaler Zeit — weil diese jenen weit weniger Lebensmittel und Materialien abzugeben hatten — so lag es im eignen Interesse der Gesellen, zum Wanderstab zu greifen, statt sich mit den Meistern durchzuhungern.

alte Zeit" so weit hinter uns liegt, hat man vergessen, wie bitterlich damals über „der Zeiten Läuff und Fäll" geklagt wurde. Der Wechsel von Überproduktion und Unterproduktion seitens der Natur erzeugte „unaufhörliche Änderungen" der lokalwirtschaftlichen Konjunktur, fortwährendes Auf und Ab der Arbeitsgelegenheit. Damals als der Verkehr auf schmaler örtlicher Basis eingezwängt war; als das Fatum der lokalen Ernten den Markt beherrschte, stand — trotz aller „Organisation der Arbeit" auf den Dörfern und innerhalb des Mauerringes — das wirtschaftliche Schicksal der Menschen weit mehr unter der „Ägide des Zufalls" als heute — trotz des „anarchischen" Produktionssystems.

Jüngst ist auch Eulenburg (die gegenwärtige Wirtschaftskrise, Conrads Jahrbücher, 1902, Heft 3, S. 305) dem Irrtum entgegengetreten, „als hätte etwa die frühere Zeit nicht ebenfalls fortwährend Erschütterungen allerschwerster Art gekannt, als sei während des Mittelalters und der vorkapitalistischen Ära eine Zeit beständigen Gleichgewichts gewesen".

„Das Gegenteil trifft das Richtige. Abgesehen von allem Andern wird diese Legende schon durch die beständigen Schwankungen in der Einwohnerzahl der Städte bündig widerlegt. Ein Verfolgen der alten Zunftlisten hat mir für eine größere Reihe von Orten das Nämliche gezeigt. Demgegenüber macht die moderne Entwicklung fast den Eindruck großer und gleichmäßiger Stetigkeit. Aber eben das Bewußtsein hat sich geändert — wir empfinden heute diese Schwankungen weit intensiver als die frühere Zeit".

Mir scheint: für Jeden, der sich den Einfluß des Erntemoments klar macht, kann gar kein Zweifel sein, daß unser heutiges, im Zeichen des Verkehrs stehendes Wirtschaftsleben im Vergleich zu dem der Ära der „Lokalwirtschaft" viel gleichmäßiger und stetiger dahinfließt.

Was uns heute das Maß der Schwankungen als stärker scheinen läßt wie damals, ist der Umstand, daß sie damals räumlich verstreut auftraten; daß damals das Auf und Ab in den vielen einzelnen, kleinen Lokalwirtschaften weniger ins Auge fiel als das Auf und Ab von heute, welches vor allem in den Kohlenrevieren, den Hauptquartieren der Eisen-, der Textilindustrie, d. h. an verhältnißmäßig wenigen Punkten, hier aber maisenhaft uns entgegentritt. Der Irrtum ist nicht in erster Linie auf eine Änderung im „Bewußtsein", sondern auf eine solche im „Sehen" oder „Gesehenwerden" zurückzuführen.

Stetiger wie ein enger lokaler Markt ist ein weiterer nationaler Markt. Die Wirtschaft eines Volkes, das — um „einseitiger" agrar- oder industriestaatlicher Entwicklung vorzubeugen; um das Listsche Ideal „harmonischer und gleichmäßiger Ausbildung" von Agrikultur und Industrie zu verwirklichen — die Beziehungen zur Weltwirtschaft kraft des Schutzes der „nationalen" Arbeit möglichst gelöst hat; die Wirtschaft eines Volkes, das in der Hauptsache selbst produziert, was es konsumiert, steht zwar genau so unter dem Zwange der Naturlaunen, wie eine „Lokalwirtschaft" von nur unter sich tauschenden Bauern und Handwerkern. Aber solch nationaler Markt ist doch weniger starken Konjunkturschwankungen ausgesetzt wie ein lokaler. Denn die nationalen Ernten variieren weniger wie die lokalen.

Noch stetiger aber als selbst der größte nationale Markt ist der

Markt eines Volkes, welches dem Verkehr mit andern Völkern keinerlei Hemmnisse in den Weg legt — welches einen Bezirk des Weltmarktes bildet. Deshalb noch stetiger, weil die Welternten noch weniger variieren wie die nationalen.

Das Auf und Ab der Ernten bildet — wie oben schon bemerkt wurde (S. 27) — überall und allezeit eine Hauptursache des Szenenwechsels auf der wirtschaftlichen Bühne. Von diesem Moment wird die Konjunktur fortlaufend beherrscht; kraft seines Einflusses macht das Erwerbsleben oft in kürzester „Periodizität" — oft von einem Jahre zum andern — die schroffsten Sprünge. Keine Unternehmergruppe hat mit ihrem „aufs Geratewohl" Operieren jemals so arg durch Über- oder Unterproduktion gesündigt, wie die Natur es immer von Neuem thut.

Viel häufiger und kräftiger wie durch irgend eine andre Ursache wird die Arbeitsgelegenheit — die gesamte Arbeitsgelegenheit, nicht die Arbeitsgelegenheit innerhalb der einzelnen Branchen — durch das Auf und Ab der Ernten gemehrt und gemindert. Mit dem Steigen und Fallen des „produit net des biens-fonds" — d. h. der Menge von Produkten, die der agrikolen Klasse, nachdem sie ihren Eigenbedarf gedeckt, noch zum Austausch mit den übrigen Klassen frei bleiben — muß der Markt steigen oder fallen. Mit jedem Wechsel im realen Reinertrage der landwirtschaftlichen Produktion[1]) verschiebt sich die gesamte ökonomische Situation. In erster Linie hängt die Konjunktur in der Industrie u. s. w. von der naturbedingten Konjunktur in der Landwirtschaft ab.

Das Entstehen einer verselbständigten städtischen Industrie leitet Ashley mit vollem Recht aus der Steigerung des „produit net" ab — ohne den Ausdruck zu gebrauchen.

Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land — sagt er — „die Trennung der Berufe war die Folge des andauernden Friedens und der Ordnung, welche eine so beträchtliche Steigerung des Ertrags an Nahrungsmitteln mit sich brachte, daß das Dasein einer nicht Ackerbau treibenden Klasse . . . überhaupt möglich wurde. Frieden und Ordnung führten . . . zu einer stetigen Nachfrage nach bestimmten Kaufartikeln, sodaß sich die Leute getrost der ausschließlichen Herstellung derartiger Waren widmen konnten, um den allgemeinen Bedarf zu befriedigen" (a. a. O., S. 102/3).

Ebenso war aber die Bewegung der städtischen Industrie — was Ashley nicht genügend würdigt und daher zu falschen Sätzen betreffs der Gefahr von Arbeitslosigkeit damals, im Vergleich zu heute, kommt — durch die Bewegung, die sprungweise Bewegung des „Ertrags an Nahrungsmitteln" und Gewerksstoffen bedingt.

Statt wie heute so oft, den Physiokraten die Böcke nachzumachen, die sie als „Partei des Pfluges", beirrt durch das agricole Sonderinteresse,

[1]) Vgl. über das Verhältnis zwischen produit net und Grundrente: „Kornzoll und Sozialreform", S. 30/31.

geschossen — den Satz, daß hohe Preise der Agrarprodukte dem nationalen Interesse mehr entsprächen als niedrige; die Doktrin vom „inneren Markt"; die Behauptung, daß Agrarstaaten „unabhängiger" vom Auslande seien als Industriestaaten — sollte man sich jener zwar so einfachen, aber doch so inhaltschweren Wahrheit erinnern, jener Lehre von der Bewegung des produit net als der Hauptursache aller Bewegung auf dem Gebiete der Volkswirtschaft.[1])

Je konstanter der reale Reinertrag der Landwirtschaft, m. a. W. je konstanter das Angebot von Lebensmitteln und Materialien, welches von der Landwirtschaft ausgeht, desto konstanter die Nachfrage nach Fabrikaten, nach Diensten des Transports, des Handels u. s. w. Kurz gesagt: desto konstanter der Markt.

Weil nun der reale Reinertrag der Weltlandwirtschaft konstanter ist als der der Landwirtschaft der einzelnen Völker, ist der Weltmarkt nicht schwankender, sondern stetiger wie nationale — mehr oder minder vom Weltmarkt abgeschlossene — Märkte.

„Die den volkswirtschaftlichen Prozeß bewegende Kraft ist die Nachfrage", sagt Hasbach.[2]) Und Liefmann: „eine größere Gleichmäßigkeit unsres ganzen Wirtschaftslebens ist nur möglich, wenn auch die Nachfrage selbst eine gleichmäßigere wird."[3]) Die Nachfrage wird aber desto gleichmäßiger, je weiter die weltwirtschaftliche Entwicklung fortschreitet.

„Der innere Markt — schreibt Kautsky — hängt jetzt fast völlig vom äußeren ab; dieser entscheidet in der Hauptsache, ob die Geschäfte flott gehen, ob Proletarier und Kapitalisten, und mit ihnen Händler, Handwerker, Landwirte viel konsumieren können."[4]) Je mehr der äußere Markt „entscheiden" wird — daß heute schon der innere von ihm fast völlig abhänge, ist eine Übertreibung — desto größer wird die „Kontinuität" werden.

„Wenn ein Volk — schrieb ich an andrer Stelle[5]) — nur die nationale Arbeitsteilung pflegt, wenn Verkehr nur stattfindet zwischen nationalen Industriellen und nationalen Bauern, so treibt die Wirtschaft hin und her mit dem Auf und Ab der nationalen Ernten. Jetzt bringen die Bauern 10, jetzt 20, jetzt nur 5 Milliarden Zentner agrikoler Lebensmittel und Materialien auf den „sicheren unabhängigen, innern Markt". Der Weltmarkt

[1]) Der Fehler der Physiokraten bestand nur darin, die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft — Erhöhung des „produit net" — zur einzigen Ursache der Steigerung des Volksreichtums machen zu wollen, nicht zu begreifen, daß Steigerung der Produktivität der Industrie, des Transports (z. B. zufolge Einführung von Maschinen) gleiche Wirkung habe.

[2]) Schmollers Jahrbuch, 1902, S. 503.

[3]) Ebenda, S. 670.

[4]) Kautsky, Agrarfrage, 1899, S. 235.

[5]) Weltwirtschaft und Volkswirtschaft, S. 42/43.

bietet (wegen des geringeren Schwankens der Welternten) für die an ihm teilhabenden Nationen eine weit größere Gewähr gleichmäßigen Angebots von Rohstoffen, gleichmäßiger Nachfrage nach Fabrikaten d. h. stabiler Produktions- und Konsumtionsverhältnisse".

Das Erntemoment wird von den Anklägern der weltwirtschaftlichen Entwicklung entweder völlig ignoriert oder nur ganz flüchtig gestreift.

Der „wissenschaftliche" Sozialismus will es nicht sehen; will nicht sehen, daß Ernteschwankungen bei den Konjunkturschwankungen eine gewichtige Rolle spielen. Denn, indem er dies zugäbe, würde er ja das Konto der „kapitalistischen Produktionsweise" entlasten! Müßte er anerkennen, daß die Natur zu einem guten Teile verantwortlich ist für den „ewigen Kreislauf", den „industriellen Zyklus"; daß oft genug Füllernten oder Mißernten es sind, welche die „Konvulsionen" des Marktes hervorbringen; daß die unberechenbaren Verschiebungen im Gesamtprodukt der agrikolen Güter auch bei kollektivistischer Produktionsweise eine arge Kalamität bedeuten, auch dann massenhafte Virements von Arbeitskräften von einem Orte, von einem Berufe zum andern zur Folge haben würden[1]) — so müßte er ja sein Urteil über die „Impotenz" der heutigen Unternehmer wesentlich abmildern.

Auch unsere Schutzzollinteressenten — vor allem die Agrarier — wollen das nicht sehen.

Unsre Schutzzolldogmatiker haben sich verrannt in das Argument der „Auslandsereignisse". Weil — im Zeichen des Verkehrs — handelspolitische Aktionen andrer Völker, Kriege, Streiks, Seuchen, die in der Fremde sich ereignen, Konjunkturschwankungen in der heimischen Volkswirtschaft erzeugen können, schließen sie: bei weltwirtschaftlicher Entwicklung gerät man in eine immer mehr „prekäre" Lage. Sie übersehen dabei — wie oben gezeigt wurde — Mancherlei, was, wenn es beachtet wird, das Argument gänzlich entkräftet. Vor allem aber vergessen sie über dem interessanten, weil außergewöhnlichen Schauspiel, welches beim Eingreifen solcher Auslandsereignisse im nationalen Erwerbsleben sich vollzieht, so gewöhnlicher Vorfälle wie das Auf und Ab der Ernten — beachten nicht, daß es sich dort um akute Übel handelt, welche, trotz ihres sensationellen Aspekts, meist ziemlich wenig ausmachen (desto weniger, je weiter die weltwirtschaftliche Entwicklung eines Volks fortgeschritten, s. o.), meist nur in einzelnen Produktionszweigen Störungen, nur partikuläre Schwankungen des Arbeitsmarktes einzelner Branchen hervorrufen; hier dagegen um eine chronisch waltende, vielfach weit tiefer einschneidende, den ganzen nationalen Wirtschaftskörper affizierende Ursache.

[1]) Arbeitslosigkeit würde natürlich bei Arbeitszwang nicht eintreten. Aber wie heute die Arbeiter über die „Gesellschaftsordnung" klagen, würden sie dann über die Organe der Gesellschaft, welche sie hier weg-, dort hinkommandieren, schimpfen.

Und daher sind sie blind gegenüber dem „truisme", daß -- anbetracht dessen, daß die Welternten weniger variieren wie die nationalen — die Linie der Konjunktur eines in die Weltwirtschaft verflochtenen Volkes nicht so scharfe Zacken aufweisen wird wie eines aus der Weltwirtschaft mehr oder minder losgelösten Volkes. Wird ihnen einmal dieser Satz vorgehalten, so beruhigen sie sich — völlig mit Unrecht[1]) — damit, daß man bei inländischen Füll- oder Mißernten ja an den Weltmarkt appellieren könne.

Wohl ist der Weltmarkt „unaufhörlichen Änderungen unterworfen", aber weniger starken Änderungen als geschützte nationale Märkte. Giebt ein Volk der weltwirtschaftlichen Entwicklung freies Spiel, so wird das Risiko der Konjunkturschwankungen geringer, als wenn es sie hemmt. Im ersteren Falle ist eine Hauptursache „unaufhörlicher Änderungen" des Marktes zwar nicht außer Kraft gesetzt — aber ihre fatalen, die „Kontinuität" beeinträchtigenden Wirkungen sind auf das mögliche Minimum reduziert.

Im letzteren Fall erfährt das nationale Erwerbsleben durch die Erntezufälle weit ärgere Störung. Neben den Erntezufällen kommen aber noch manche andre Inlandsereignisse in Betracht, welche — wie oben bereits gezeigt (S. 28) — die „Kontinuität" desto schwerer bedrohen, je größer die „Unabhängigkeit". —

Die nationale Produktion — so hieß es bei uns in den vierziger Jahren — „muß bei Beziehen ihres Materials vor den Schwankungen fremder Märkte geschützt werden".[2]) Gemeint war: die Eisenfabrikanten sollen das Roheisen, die Weber die Garne von deutschen Hütten und Spinnereien kaufen statt von England; erhalten sie diese Materialien dort auch billiger und besser als hier, so ist die Sache doch „prekär".

Diesen „Selbstgenüglern" der Vergangenheit hat Prince-Smith entgegnet: sie sollten vielmehr fordern, daß die nationale Produktion „vor Schwankungen überhaupt" möglichst geschützt werde; dies aber könne nur dadurch geschehen, daß man ihr „den freien Zugang zu den größten Märkten, gleichviel ob fremden oder inländischen, läßt". Und denen, welche schon damals ihren schutzzöllnerischen Begierden das sozialpolitische Mäntelchen umhingen, indem sie das Protektionssystem als Garantie gegen Krisen und Massenelend empfahlen, hat er zugerufen (1846): wenn England das System der Handelsfreiheit adoptierte, so würde es eines „gleichmäßigen, gesicherten Ganges des Erwerbes genießen", die Schwankungen würden „je freier die Bewegung, umso früher ihre Ausgleichung finden . . . die Brotlosigkeit

[1]) Siehe unten.

[2]) Vgl. Prince-Smith, Ges. Schriften, Bd. II, S. 307.

der Arbeitsfähigen werde aufhören". In diesem Ergebnis liege der „Hauptsegen", welchen die Durchführung des Manchester-Programms stiften werde.[1])

Die Prognose, daß „die Brotlosigkeit aufhören" werde, war eine Übertreibung, deren man auch jenseits des Kanals sich schuldig machte Weder der Freihandel noch der Schutzzoll kann das Risiko von Konjunkturschwankungen — und Krisen, Massenelend in deren Gefolge — aus der Welt schaffen. Aber dieses Risiko wird desto geringer, je konsequenter ein Volk dem Prinzip der „offenen Thür" huldigt; es wird desto größer, je konsequenter ein Volk das Prinzip der „chinesischen Mauer" befolgt.

C. Daß von Zeit zu Zeit Krisen entstehen und den Arbeitsmarkt in Verwirrung bringen[2]) — dafür ist in weit höherem Maße das System des sogenannten „Schutzes" als das der „Preisgebung" der nationalen Arbeit verantwortlich zu machen.

Zunächst: wo das Protektionssystem herrscht, ist das Krisenrisiko deshalb größer als in Freihandelsländern, weil jedes Anziehen der Zollschraube

---

[1]) Ges. Schriften, Bd. II, S. 225/26, 228.

[2]) Von Zeit zu Zeit. Keineswegs „periodisch" zufolge des, der „anarchischen" Wirtschaftsweise „immanenten Hanges" zur Überproduktion. Die ursprüngliche Fabel von der fünfjährigen „Periodizität" der Krisen — die Engels in seiner Erstlingsschrift vortrug — ist ebenso durch die Thatsachen widerlegt worden wie die dann korrigierte — dann, als jene nicht mehr zu halten war, korrigierte — Fabel von der zehnjährigen Periodivität.

Fortwährend kommen kleine, binnen kurzem sich korrigierende Rechenfehler der Unternehmer vor. Der „Hang" bald zur Über-, bald zur Unterproduktion ist der heutigen Ordnung allerdings „immanent"; nicht aber der Hang zu „periodischen" Krisen, d. h. wirtschaftlichen Störungen längerer Dauer, hervorgerufen durch Rechenfehler großen Stils.

Vielmehr sind die Krisen, welche das neunzehnte Jahrhundert zu verzeichnen hat, teils verursacht worden durch keineswegs „periodische" Ereignisse: nämlich durch den Wechsel von Krieg und Frieden; Fortschritte der Technik; plötzliches Aufkommen neuer, plötzliche Ausdehnung alter Wirtschaftszweige zufolge der eben genannten oder andrer, gleichfalls nicht periodischer Ereignisse, z. B. Verschiebungen der inländischen oder fremden Handelspolitik. Teils durch Ereignisse, von denen man zwar sagen kann, daß sie „periodisch" sich einstellen, die aber der „anarchischen" Wirtschaftsweise keineswegs spezifisch, ihr vielmehr ebenso „immanent" sind wie jeder andern: nämlich durch Erntezufälle — durch Füllernten, welche dem Erwerbsleben einen mächtigen Impuls gaben, und Mißernten, welche es lähmten (die Krisen ausschließlich aus Mißernten zu erklären, ist ebenso verfehlt, wie — was vielfach geschieht, vgl. oben S. 43 — solche „Unterproduktion" der Natur gänzlich zu ignoriren und die starke Disharmonie zwischen Erzeugung und Verbrauch ausschließlich aus der „Überproduktion" der Unternehmer zu erklären).

Kurz: durch gewisse außergewöhnliche Konstellationen.

die Gefahr der Überproduktion für das Inland heraufbeschwört — sie desto gewisser heraufbeschwört, je kräftiger die Zollschraube angezogen wird. Wenigstens für die Industrie![1])

Plötzlich bessert sich die Konjunktur der jetzt mehr geschützten Gewerbe. Die Fabrikanten fühlen sich der Herrschaft über den nationalen Markt sichrer wie zuvor; wissen, daß der „lästige Ausländer" ihnen nicht mehr so leicht die Zirkel stören kann. Die Preissteigerung, die Konsequenz der Tarif erhöhung, wirkt als Versuchung, die Betriebe rasch zu erweitern, um durch Ausdehnung der heimischen Produktion die fremden Waren auf der ganzen Linie zurückzuwerfen. Je gewaltsamer die Tariferhöhung, je lockender die Profitchance, desto heftiger wird das Expansionsfieber — und desto gewisser, daß dem Taumel der Krach folgt.

Die so viel beklagten „Auslandsereignisse" — auch die fremden Krisen — werfen ihre Schatten vielfach schon lange voraus; die Geschäftswelt kann durch Veränderung des Produktionsplanes und -Umfangs ihnen ein Paroli biegen. Zolllaunen des Inlands kommen oft wie Blitze aus heitrem Himmel — zufolge einer alle Voraussicht täuschenden Verschiebung der politischen Situation; eines plötzlichen Umschlagens der Parlamentsmehrheit oder eines „Umfallens" des Ministeriums; in absolutisch regierten Staaten eines Meinungswechsels bei Sr. Majestät, oder, wenn selbiger über Handelspolitik keine Meinung hat, eines Kabinetswechsels. Wie die Würfel fallen, ob und in welchem Maße die Zollschranken erhöht werden, kann bis zum letzten Augenblick unsicher sein.

Daß andre Völker ihre Tarifsätze emporschrauben — diese Ursache von Konjunkturschwankungen im Inlande ist nicht zu bannen.[2]) Aber das Emporschrauben der eignen Tarife kann ein Volk vermeiden; und es mag damit, unter Umständen, auch andre Völker in gleicher Richtung beeinflussen — während sein böses Beispiel die guten Sitten jener verderben wird.

In Frankreich und den Vereinigten Staaten — wo man genugsam Erfahrungen darüber gemacht hat, wie das Protektionssystem die „Kontinuität gewährleistet" (Grunzel) — sind Klagen über Störungen des Arbeitsmarkts durch das Spiel der Zollschraube überaus häufig.

Während Wagner (s. oben) von „Übertreibungen der Konkurrenz" als von notwendigen Begleitwirkungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung spricht, erklärt — mit weit mehr Recht — Bouet die „concurrence effrénée" für ein Produkt des Protektionssystems, das die Folge habe, „d'attirer dans l'industrie protégée une surabondance de bras et de capitaux; d'où surproduction, baisse des prix, ruine des protégés (J. d. Econ.,

[1]) Weshalb die Sache für die Landwirtschaft sich anders stellt, s. unten S. 57.

[2]) Sie ist nur für gewisse Frist zu bannen, falls es gelingt, Handelsverträge, welche Tarifbindungen enthalten, zu schließen.

1901, VI, S. 440/441). An andrer Stelle (1901, I, S. 141) nennt er es ein Damoklesschwert, „toujours suspendu sur la tête de l'industriel et du négociant". Wenn er weiter behauptet, das System der Handelsfreiheit werde definitiv das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion sichern, so verfällt er allerdings in das umgekehrte Extrem wie Wagner.

In der nordamerikanischen Litteratur stößt man häufig auf Erörterungen, wie außerordentlich schädlich eine Tarifrevision für das nationale Erwerbsleben sei — „detrimental to general business; importers and manufacturers restrict their operations, until they know to a certainty, what the result of tinkering is to be (N. Am. Review, 1901, S. 685). Ist dann der neue Tarif da, so wandelt sich die „Restriktion" in eine überstürzte „Expansion".

Bei uns wird heute in einer großen Zahl von Handelskammerberichten, z. B. im Berichte der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, darauf hingewiesen, daß die Unsicherheit bezüglich des künftigen Kurses der deutschen Handelspolitik die Depression verschärfe. Was die Industrie vor allem braucht — hat G. v. Siemens einmal gesagt — ist Ruhe. Ruhe hat sie unter dem Protektionssystem, dessen Wesen nach, niemals (s. meine Sozialpolitik und Handelspolitik, S. 82 ff.).

Es ist sicher — erklärte Schmoller in seinem Schutzzoll-Plaidoyer von 1879 — daß wir „durch Annahme eines reformierten Tarifs der psychologischen Überschätzung der Krisis, der weit übertriebenen Lähmung entgegenwirken; es ist sicher, daß seine Annahme sofort nach vielen Seiten die industrielle Thätigkeit heben wird". Zweifellos. Aber nicht minder sicher ist, daß das Erscheinen des „reformierten" Tarifs am Horizonte damals — wie heute — die Depression in die Länge zog.

Und wahrscheinlich ist, daß die Annahme solchen Tarifs zu einer „Gründerperiode" führt — zufolge „psychologischer Überschätzung" der durch höheren Zollschutz geschaffenen Chance.[1])

Überproduktion als eine notwendige Folge jeden beträchtlichen Anziehens der Zollschraube hinzustellen, wäre verkehrt. Die Unternehmer mögen die dauernde Aufnahmefähigkeit des Marktes richtig kalkulieren, mögen erwägen, daß die Preissteigerung, welche die Tariferhöhung ihnen ermöglicht, eine Einschränkung des Konsums — sei es der höher beschützten Produkte selbst, sei es andrer — nach sich ziehen werde. Nur von einer Tendenz, nur davon, daß solche ruckweisen Konjunkturschwankungen, wie sie durch zollpolitische „Improvisationen" (Lotz) bewirkt werden, Rechenfehlern Vorschub leisten, darf gesprochen werden.

Beispiele giebt es in Menge.[2])

---

[1]) „Jede größere Erweiterung des Markts wirkt stimulierend auf die Produktion ein, treibt diese zur Überproduktion", schreibt Kautsky (S. 151). Er denkt dabei nur an Erweiterung des Marktes im Auslande; aber Erweiterung des Marktes im Inlande löst die gleiche Tendenz aus — je größer die Tarifgunst, desto kräftiger „treibt" sie zur Überproduktion.

[2]) Daß unsre Protektionisten, in ihrem Katalog der Ursachen von Konjunkturschwankungen, diese auf ihr eignes Haupt fallenden Inlandsereignisse nicht anmerken, ist selbstverständlich.

Aber auch unsre Krisentheoretiker und -Historiker pflegen sie mit Stillschweigen zu

Man denke an die langwierige Geschäftsstockung in den Vereinigten Staaten während des zweiten Drittels des neunziger Jahrzehnts. Sie war verursacht einerseits durch die gnadenreiche McKinley-Bill von 1890: in dem Katzenjammer von 1893/1896 rächte sich der Rausch, in den die amerikanische Industrie kraft solchen „Tranks, der eilig trunken macht", geraten war; anderseits durch die Silberankaufs-Bill, d. h. durch eine Maßregel, die ganz gleichen Effekt hatte wie eine Tariferhöhung — die genau wie eine Tariferhöhung die Tendenz zur Überproduktion, zur Überschwemmung des Binnenmarkts auslöste.

Oder an das trübselige Ende der Treibhausblüte, welche die, nach Oldenberg, so „erfolgreiche" Politik des Herrn Witte vor allem im metallurgischen Gewerbe Rußlands gezeitigt hatte;[1]) die schon mehrere Jahre währende Krisis ist heute noch nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben durch die neuen Regierungsaufträge. Oder an die Krisis in Mexiko: die Errichtung von Hochzöllen für die Baumwollfabrikation führte zu einem gewaltsamen Aufschwung, dem bald ein ebenso gewaltsamer Rückgang folgte.[2])

Die deutsche „Tarifreform" von 1879 hat solches Unheil nicht heraufbeschworen. Glücklicherweise ward unsrer Industrie der Schutz doch nur in mäßigen Dosen verabreicht — in Dosen, welche keine stark „stimulierende Wirkung" ausüben konnten. Daß auch das zweimalige kräftige Anziehen der Agrarzollschraube — 1885 und 1887 — keinen „boom" in der Landwirtschaft nach sich gezogen hat, erklärt sich daraus, daß Erhöhung der Agrarzölle die Rente und den Bodenwert entsprechend steigen macht — und so

---

übergehen. Im Banne des Dogmas, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung die Hauptursache der Krisen sei, entnehmen sie seit Dezennien ihr induktives Material so gut wie ausschließlich aus England — hier aber finden sich ja solche durch das Anziehen der Zollschraube ausgelöste Krisen nicht.

[1]) Wie „erfolgreich" diese Politik war, s. meine „Theorie der drei Weltreiche".

Am besten wird der „Erfolg" charakterisiert durch ein Wort, das P. Rohrbach jüngst angeführt hat (Export, 1902, S. 572): „der Bauer ist reich: er kann eiserne Nägel kaufen".

Das künstliche Emporzüchten einer Eisenindustrie in einem Lande mit ungeschulten, schlecht ernährten Arbeitern, hohem Zinsfuß u. s. w. hat nur das Ergebnis gehabt, die natürliche Industrie des Zarenreichs, die Landwirtschaft, zu lähmen. Die „Unterernährung" des russischen Muschiks ist die Konsequenz der Thatsache, daß er für alle Bedarfsartikel — Produktionsmittel wie Konsumgüter (Textilwaren z. B.) — enorme Preise zu zahlen hat; d. h. weit mehr Korn für Eisen, Kleiderstoffe u. s. w. zahlen muß, als er andernfalls, bei niedrigerem Zollschutz, zahlen müßte.

[2]) Vgl. Export, 1901, S. 533.

„Die großen Verdienste, welche die ersten Fabrikanten erzielten, haben eine Konkurrenz geschaffen, die sehr viel schneller wuchs als der Landesverbrauch" (Nationalztg. v. 20. Juni 1902).

dem Impulse zur Steigerung der Bodenerträge, der Versuchung zur Überproduktion entgegenarbeitet.[1])

Daran, daß Flut und Ebbe im nationalen Erwerbsleben wechseln, kann das Handelssystem nichts ändern; ich komme sofort darauf zurück. Aber — dies mußte zunächst betont werden — eine freihändlerische Politik hat wenigstens in puncto „Kontinuität" den Vorzug, daß sie ein Kausalmoment ausmerzt, welches solchen Wechsel immer von neuem zu erzeugen tendiert; sie schafft, indem sie die Unternehmer vor Tarif-„Improvisationen" sichert, eine Ursache von „unberechenbaren Konjunkturen", die bei schutzzöllnerischem Regime — „varium et mutabile semper" — die Stetigkeit des Arbeitsmarkts ständig bedrohen, aus der Welt.[2])

Doch nehmen wir nunmehr einmal an, daß das Protektionssystem anders sei, als es in Wirklichkeit ist, d. h. daß es keinen Veränderungen unterliege und damit die Gefahr, von der bisher allein die Rede war, ausgeschaltet sei. Gilt dann etwa die Theorie vom Zollschutz als „Krisenschutz"?[3])

Mich dünkt: ein Unbefangener müsse, bei erstmaligem Überlegen, zu dem Schlusse kommen, daß die Krisen-Wahrscheinlichkeit bei Zollschutz wie Freihandel gleich stehe. Er müsse folgendermaßen argumentieren:

Die Unternehmer Rußlands, der Vereinigten Staaten, Kanadas können doch genau so durch Überproduktion sündigen wie die Englands, der Schweiz, Deutschlands. Allerdings spielt für jene Länder der Export eine geringere Rolle wie für diese; daher werden Rechenfehler betreffs der Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts dort weniger Schaden in der Volkswirtschaft stiften wie hier; werden Fehler dieser Art hier eher wie dort als Krisenursachen wirken. Umgekehrt aber werden Rechenfehler betreffs der Aufnahmefähigkeit des nationalen Marktes in jenen Ländern schwerer ins Gewicht fallen wie in diesen. Die Krisen-Wahrscheinlichkeit steht daher gleich:

---

[1]) S. darüber genauer: meine „Sozialpolitik und Handelspolitik", S. 53 ff.

[2]) Es braucht nicht weiter ausgeführt werden, daß ein Nachlassen der Zollschraube, wenigstens eine beträchtliche Herabsetzung des Tarifs für Produktionsmittel (Materialien, Halbfabrikate, Maschinen u. s. w.) — wodurch deren Bezug plötzlich verbilligt und damit den, mittels ihrer herzustellenden Fertigwaren eine größere Absatzchance eingeräumt wird — ebenso Überproduktion und Krisis zur Folge haben kann wie ein Anziehen derselben.

Daher wird ein Land, das unter schutzzöllnerischem Regime gestanden hat, den Übergang zur Handelsfreiheit nur schrittweise bewirken dürfen.

[3]) Ich spreche hier nur von der Theorie, daß der Zollschutz allgemein als „Krisenschutz" wirke und daher vom Standpunkt der Sozialpolitik zu vertreten sei. Auf einem ganz andern Blatt steht die Frage, ob Zollschutz einzelner Branchen, zugeschnitten auf eine vorübergehende Situation, für diese als „Krisenschutz" wirken könne und unter Umständen gewährt werden müsse?

hinter „chinesischer Mauer" wie bei „offener Thür" kann Überproduktion sich ereignen.

Wenn er sich anders entscheidet, so thut er dies, weil er nicht mehr unbefangen ist, sondern befangen in jenem Irrtum, als ob der nationale Markt in höherem Maße „übersichtlich" und minder „schwankend" sei wie der Weltmarkt.

Eine tiefer eindringende Betrachtung zeigt aber, daß die Wahrscheinlichkeit keineswegs gleichsteht, vielmehr in Schutzzollgebieten größer ist — desto größer, je höher der Zollschutz. Das Protektionssystem wirkt nicht als „Krisenschutz", sondern hat vielmehr die Tendenz, Krisen heraufzubeschwören, und weiter die Tendenz, Krisen zu verlängern.

1. Beim Protektionssystem liegt die Gefahr gewisser partieller Krisen vor. Deshalb, weil im Falle eines Zuvielimports der Reexport erschwert ist: fließt das Plus nicht wieder ab, so tritt Überproduktion in der betreffenden Branche ein.

An andrer Stelle habe ich nachgewiesen, daß, je höher der Kornzoll, desto größer die Gefahr, daß, wenn einmal zufolge von Rechenfehlern der Importeure der Inlandsmarkt überfüllt ist, das Korn im Lande bleibe, statt den Weg wieder heraus zu nehmen. Der Kornschutz verhindert einen Zuvielimport nicht.[1]) Die Freiheit des Kornhandels verhindert sie ebensowenig. Aber unter letzterem Regime wird das Plus leichter wieder abfließen und damit eine Krisis in der Kornbranche, eine länger dauernde Preisbaisse, verhütet werden; unter ersterem schwerer, mit dem entgegengesetzten Effekt.[2])

[1]) Vgl. hierzu das oben, S. 34 ff. Gesagte.

[2]) Kornzoll und Sozialreform, S. 11/15.

Der Kornzoll erschwert nicht nur das Wegführen von Korn im Falle des Überflusses und der Preisbaisse, sondern auch das Zuführen von Korn im Falle des Mangels und der Preishausse. (S. 15 ff.)

Durch den Kornschutz wird der Preis nicht „regularisiert" — wie Agrarier und Katheder-agrarier, „unentwegt" durch alle Gegengründe und dagegen sprechende Erfahrungen (vor allem das stärkere Schwanken der französischen wie der englischen Kornpreise) verkünden; er wird vielmehr mit höherem Kornschutz immer schwankender — und damit immer schwankender die Konjunktur, der Arbeitsmarkt.

Diehl will das nicht glauben. Das stärkere Hinauf oder Hinab des Korn- und damit des Brotpreises verschlage nichts. Wenn die Brotkonsumenten, zufolge höheren Brotpreises, weniger andre Waren kaufen könnten, so könnten ja die Kornproduzenten dann desto mehr kaufen und umgekehrt: wenn die Brotkonsumenten, zufolge niedrigeren Brotpreises, mehr andre Waren kaufen könnten, so die Kornproduzenten desto weniger.

Ein sonderbarer, überaus „schnellfertiger" Einwand. Die Konjunktur, der Arbeitsmarkt, schwankt doch trotzdem — schwankt desto stärker, je stärker der Brotpreis variiert. Denn — worauf schon P. Arndt (Nation, 1902, Nr. 21) in seiner Kritik der Diehlschen Schrift hingewiesen hat — die Nachfrage der Brotkonsumenten richtet sich ja vielfach auf ganz andre Dinge wie die der Kornproduzenten.

Was vom Kornschutz gilt, gilt aber ja vom Zollschutz schlechthin.[1]) Ob es sich um Korn oder Eisenwaren oder Textilfabrikate handelt: haben die Importeure ein Zollentree entrichtet, das sie nicht zurückbekommen können, so erleiden sie, bei Entlastung des zu vollen Inlandsmarkts durch Reexport, größeren Verlust — um den Betrag jenes Zollentree größeren Verlust — wie wenn sie sich hinsichtlich der Beschickung eines „preisgegebenen" Gebiets verhauen haben.

Je höher der Zoll, der gezahlt werden mußte, desto mehr kleben importierte Waren an dem Lande, wo sie einmal sind, fest. Desto größer die Gefahr, daß eine durch Zuvielimport heraufbeschworene partielle Überproduktion zu einer länger anhaltenden Störung des Arbeitsmarkts der betreffenden Branche führt. Daß sie in die Zollfalle gegangen sind, welche hinter ihnen zuschlug und nur unter Opfern sich wieder aufthut, ist gegen das Interesse der Importeure — aber nicht minder gegen das Interesse der nationalen Arbeit.

Je niedriger der Zoll, desto gewisser wird solches Unheil verhütet. Wo Freihandel herrscht, da flüchten die importierten Waren am raschesten, stellt sich das Gleichgewicht zwischen Vorrat und Bedarf am raschesten wieder her.

2. Das Protektionssystem steigert die Gefahr, daß im Inlande allgemeine Krisen ausbrechen.

Je höher der Zollschutz, desto mehr sinkt zwar die „Überschwemmungs"-Gefahr.[2]) Insofern wirkt das Protektionssystem im Sinne der Festigung der „Kontinuität": das Risiko der „Rückschläge fremder Krisen" fällt, fällt desto mehr, je weiter die Inlandpreise der beschützten Waren hinter den Auslandpreisen zurückbleiben. Aber — die Kehrseite der Medaille ist: je kräftiger die fremde Konkurrenz durch hohe Zölle ferngehalten wird, desto kräftiger wird sie auch dann ferngehalten, wenn das „Kontinuitäts"-Motiv ihr Eingreifen erheischen würde.

Je höher der Zollschutz, desto vollkommener können die Unternehmer die Gunst einer inländischen Hochkonjunktur ausbeuten; desto schlimmer dann auch die Misere der Tiefkonjunktur. Je höher der Zollschutz, desto stärkere Preishausse kann betreffs der beschützten Waren erfolgen, wenn einmal der

---

[1]) Selbstverständlich: sofern nicht bei Wiederausfuhr Rückzahlung des Zollentrees stattfindet; diese findet aber ja stets nur unter gewissen erschwerenden Bedingungen und überall nur in begrenztem Umfang statt. Ein „beschützter" Markt soll ja kein „Taubenschlag" sein!

[2]) Wie oben bemerkt, trifft der Satz nur unter der Bedingung zu, daß die Inlandpreise der beschützten Waren nicht um nahezu den vollen Betrag des Zolls über die Auslandpreise emporgehen!

Inlandsbedarf vorprallt, die Inlandsproduktion nachhinkt; aber desto stärker dann auch — nachdem die fetten Jahre vorüber — die Preisbaisse, desto ärger die Krisis.

Je niedriger der Zollschutz, desto mehr moderiert die fremde Konkurrenz den Hang zu Ausschreitungen, desto wirksamer hindert sie das Entstehen eines „boom", dem bald wieder der Krach folgen würde. Indem, angelockt durch die Preis-, Profit- und Lohnsteigerung, welche im Inlande kraft des Mißverhältnisses zwischen Verbrauch und Erzeugung sich geltend macht, fremde Waren, Kapitalien, Arbeiter zuwandern, wird zwar den Produzenten, Kapitalisten, Arbeitern des Inlands das Maß der Gewinste aus der Hochkonjunktur herabgedrückt; aber auch das Maß der Verluste der Tiefkonjunktur. Der Aufschwung kann, dank dem Eingreifen der fremden Konkurrenz, nicht so weit empor gehen; aber auch der Rückgang nicht so weit herab.

Je höher der Zollschutz, desto größer die Gefahr, daß die inländischen Unternehmer durch Überproduktion sündigen. Je niedriger der Zollschutz, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß die „Überschwemmung" vom Auslande her als Präventiv gegen Überproduktion, und damit gegen Krisis, walte.

In den Hochburgen der Protektion — in den Vereinigten Staaten, in Rußland — ist der Wechsel von Flut und Ebbe schroffer wie in England, Deutschland u. s. w.!

Tritt dort das Erwerbsleben in das Zeichen des Aufschwungs — z. B. zufolge von Füllernten; großen Eisenbahn- oder Kanalbauten; schnell zu erledigenden Aufträgen der Regierung für militärische Zwecke, u. s. w. — so schwillt den Unternehmern der beschützten, durch die momentane Lage der Verhältnisse begünstigten Branchen plötzlich der Kamm. Die Konsumenten müssen ihnen ja kommen — wie einst die Kunden den Zunftmeistern. Das Preis-, Profit-, Lohnniveau hebt sich mächtig — bis es ebenso mächtig wieder sinkt.

Stellen solche Momente sich in den, der fremden Konkurrenz voll oder nahezu „preisgegebenen" Ländern ein, so steigt der Markt auch: aber nicht in dem Tempo und Maße wie in verbarrikadierten Gebieten. In aller Welt werden sofort Kräfte geschäftig, welche zur Herstellung des zeitweilig gestörten Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage mitwirken und damit verhüten, daß die Wellen zu hoch gehen. Wie Öl auf das Meer gegossen, mildert der Wettbewerb des Auslandes die Brandung der inländischen Volkswirtschaft.

Man überlege doch einmal, welches fieberhafte Treiben z. B. in England jüngst, nach dem Tode der Königin Viktoria, in der Textilbranche

eingetreten wäre, wenn die Millionen von Metern schwarzer Stoffe, die damals plötzlich begehrt wurden, von einer hochbeschützten Industrie im Inlande hätten erzeugt werden können — welcher „boom“ und welcher Krach dann! Jetzt arbeiteten Roubaix, Brüssel, Paris mit. Die englische Textilindustrie blieb, dank der „Überschwemmung“, zum guten Teil im alten Geleise; blieb vor dem Herauf und wieder Herab bewahrt.

Oder, um ein Beispiel größeren Stils zu wählen: man überlege doch einmal, um wie vieles schärfer unsre heutige wirtschaftliche Situation mit der von 1898/1900 kontrastieren würde, wenn nicht während der Zeit der Kohlen- und Eisen- und Maschinennot die fremde Konkurrenz zufolge der vergleichsweise niedrigen Zölle Deutschlands — bezw. des Fehlens solcher (Kohlen) — die Schranken leicht hätte überspringen können, sie zufolge der beträchtlichen Steigerung des Preisniveaus bei uns noch leichter hätte überspringen können als sonst.

Der industrielle Aufschwung wäre auch gekommen, wenn wir weit höheren Zollschutz, d. h. weniger Verkehr mit andern Ländern gehabt hätten. Denn er war in erster Linie nicht die Folge der Handelsverträge Caprivis, sondern die Folge der beträchtlichen, längere Frist anhaltenden Steigerung des realen Reinertrages der deutschen Landwirtschaft, des nationalen produit net.

Die stimulierende Wirkung der Reihe von Füllernten, die mit 1894 begann, machte sich um so kräftiger geltend, als ihnen die Mißernte von 1891 und die, wenigstens betreffs Futtermittel, schlechte Ernte von 1893 vorausgegangen war. Dank der Verbilligung, der starken Verbilligung der agrikolen Erzeugnisse hob sich die allgemeine Kaufkraft für Fabrikate, ohne daß die Kaufkraft der agrikolen Schicht merklich herabging; denn: an der größeren Menge wurde nahezu wieder eingebracht, was am kleineren Preise der Einheit verloren ging.[1]) Auch bei Festhalten an der „nationalen“ Wirtschaftspolitik hätte solche Erhöhung des deutschen Volkswohlstandes eine Hochkonjunktur hervorgetrieben; hätte das Reich, die Einzelstaaten, die Gemeinden — kraft der Steigerung ihrer Einnahmen — zu größeren Kapitalinvestitionen auf dem Gebiet des Heer-, des Verkehrs-, des Gesundheits-

[1]) Berechnungen, die diesen Sachverhalt erwiesen — kraft Multiplikation der Erntemengen mit den Preisen, der ja rohen, aber einzig möglichen Methode — sind damals von Seiten der Vertreter des neuen Kurses, der Handelsvertragspolitik Caprivis, mehrfach vorgenommen worden.

Sie haben seitens der Schreier über die „Not der Landwirtschaft“ — die stets nur die Eine Seite der Rechnung, nur die gefallenen Preise, nicht die gesteigerten Erntemengen, vorzeigten — keine Widerlegung gefunden

wesens u. s. w. angeregt; auch unter dem „alten Kurse" wäre die Elektrizitätsbranche plötzlich in Flor gekommen, wäre die Flottenvorlage durchgegangen, die Kanalvorlage am Horizont erschienen.

Aber: bei höherem Zollschutz hätte die Hochkonjunktur ein noch viel heftigeres Produktionsfieber erzeugt. Weit mehr als jetzt bei niedrigerem Zollschutz (bezw. Zollfreiheit), hätten unsre Zechen, unsre Eisen- und Kupferbergwerke, unsre Hütten und Walzwerke, unsre Lokomotiven-, Waggons-, Maschinenbauanstalten, unsre Zementfabriken verdient; weit größer wäre die Versuchung zur Überproduktion gewesen.

Es war ein Glück, daß unsre inländische Erzeugung nicht so angespannt wurde, wie sie bei größerer Sicherheit gegen „Überschwemmung" vom Auslande her angespannt worden wäre. Ein Glück, daß uns England mit Roheisen, Halbzeug, gewissen Fertigwaren aushalf[1]) — daß es, zufolge der ziemlich mäßigen Höhe unsrer Eisenzölle, das Hindernis ohne Verzug zu nehmen vermochte. Ein Glück, daß uns von jenseits des Kanals, wie — wenn auch in ganz kleinen Beträgen — von jenseits des großen Wassers Kohlen geliefert wurden; daß, zufolge der Kohlenpreishausse bei uns, unsre Einfuhrtarife ihre Schutzkraft einbüßten. Andernfalls hätte nicht nur unser Kohlensyndikat „den letzten Pfennig von den Konsumenten erpreßt";[2]) es wären auch, trotz der gewaltigen Nachfrage, viele deutsche Arbeiter der Eisenindustrie u. s. w. außer Beschäftigung gesetzt worden, da die inländische Produktion von Kohlen sich nicht in dem erforderlichen Maße vermehren ließ.[3]) War es für England fatal, daß den Vereinigten Staaten gelang, „to gain a footing in foreign markets, of which previously we had the practical control", so war für Deutschland dieser „Einbruch" amerikanischer Kohlen ein Segen, der nur nicht reichlich genug floß.

Welche Thorheit, daß man in einer Zeit wie 1898/1900, wo unsre Fabriken den Ansprüchen schlechterdings nicht genügen konnten, über die rasch steigende Einfuhr amerikanischer Werkzeugmaschinen jammerte! Es war ein Glück, daß wie England, so die Union uns Produktionsmittel zur Verfügung stellte.[4]) Andernfalls hätte vielleicht die „Aufblähung der

---

[1]) Vgl. z. B. Economist, 1902, S. 613.

[2]) „Exact the uttermost farthing from the consumers" (Econ., 1900, S. 670).

[3]) Über zeitweise Arbeitslosigkeit zufolge der Kohlennot, vgl. Gewerkverein, 1900, S. 29.

[4]) Vgl. darüber z. B. den Bericht des amerikanischen Konsuls in Frankfurt a. M. (N. Am. Review, 1900, S. 584). Und den Artikel Weddings, dieser ersten Autorität in Fragen der Eisenindustrie, im „Aktionär" 1900, S. 580.

In einem Berichte der Kölnischen Zeitung von Ende März 1900 hieß es:

Preise" bei uns das Maß von 1872/73 wieder erreicht und wäre die Preiskatastrophe so arg geworden wie damals. Was gewissen Sonderinteressen als „amerikanische Gefahr" erschien, war in Wahrheit eine Wohlthat, setzte der Tendenz zur Überspekulation bei uns einen heilsamen Dämpfer auf. Hätte höherer Zollschutz der „Überschwemmung" gewehrt, so wäre die Energie dieses Dämpfers entsprechend abgeschwächt worden — hätte eine Krisis, so schwer wie die, unter welcher jetzt Rußland leidet, über Deutschland hereinbrechen können.

Es war eine Wohlthat, daß unser Protektionssystem sich nicht auf Kapitalien (was ja glücklicherweise unmöglich ist) und Arbeitskräfte erstreckte — daß uns in der Hochkonjunktur von 1898/1900 vor allem die Union mit Kapital, Rußland mit Arbeitskräften versorgte. Andernfalls wäre die Zinsfußhausse und die Lohnhausse, besonders in der Kohlen- und Eisenindustrie, eine noch intensivere gewesen; und noch intensiver dann auch die Baisse, die kommen mußte, sobald die Momente, welche die Hochkonjunktur auf dem Inlandmarkt hervorgerufen hatten, cessierten.

3. Aber das Protektionssystem steigert nicht nur die Gefahr von Überproduktion im Inlande desto mehr, je rigoroser es ist. Es hat schließlich auch zur Folge, daß die Heilkraft des besten Medikaments, das im Falle der Überproduktion zur Anwendung gelangen kann, der einfachsten, raschest helfenden Methode, das Zuviel wieder loszuwerden, gemindert wird. Es wirkt nicht nur krisenerzeugend, indem es der „Überschwemmung" vom Auslande her wehrt, sondern auch krisenverschärfend, indem es der „Abschwemmung" nach dem Auslande hin wehrt. Je höher der Zollschutz, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß ein in der inländischen Erzeugung vorhandenes Plus nicht ins Ausland wegströmen wird, sondern vom inländischen Verbrauche resorbiert werden muß. Je niedriger der Zollschutz,

---

„Der Roheisenmarkt steht anhaltend unter dem Zeichen großer Knappheit an Material und treten die Anzeichen dieses Materialmangels immer deutlicher hervor. So hat das Roheisen-Syndikat in Düsseldorf die gesamte Erzeugung in Puddeleisen, Stahleisen und Thomas-Eisen bis zum Ende des Jahres 1901 bereits vollständig verkauft. Dabei konnten den Verbrauchern nur etwa 50 bis 60 Prozent der verlangten Mengen abgegeben werden. In Gießerei-Eisen ist die gesamte Erzeugung bis auf geringe Mengen ebenfalls bis Ende 1901 ausverkauft. In Puddel- und Stahleisen haben den Verbrauchern nur etwa $^2/_3$ der im Vorjahr verkauften Mengen abgelassen werden können, was mit dem größern Selbstverbrauch der Werke sowie mit der durch Kokes- und Arbeitermangel beschränkten Erzeugung zusammenhängt. Unter diesen Umständen erscheint für den deutschen Markt die Zufuhr von Roheisen aus dem Auslande erwünscht". Mit Halbzeug, Walzfabrikaten, Maschinen u. s. w. lag es genau so.

desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß die Entlastung kraft Exports bald, und zu leidlich günstigen Bedingungen, erfolgt.

Denn: je niedriger der Zollschutz, desto weniger kann ja der normale Inlandspreis der beschützten Waren deren Weltmarktspreis überragen, desto geringer muß die Differenz zwischen Inlandspreis und Weltmarktspreis sein. Je geringer aber diese Differenz, desto weniger brauchen, im Fall der Überproduktion, die Preise der beschützten Waren unter den Normalsatz zu sinken, desto kleinere Preisbaisse genügt, um das Zuviel im Auslande konkurrenzfähig zu machen.

Je höher der Zollschutz, desto weiter kann der normale Inlandspreis vom Weltmarktspreis sich entfernen, desto mehr kann die Differenz zwischen jenem und diesem wachsen. Je größer aber diese Differenz, desto mehr müssen, im Falle der Überproduktion, die Preise unter den Normalsatz sinken, desto größere Preisbaisse muß eingetreten sein, ehe das Zuviel jenseits der nationalen Grenzpfähle sich Kunden zu werben vermag.

In Freihandelsgebieten wie in Schutzzollgebieten kann Überproduktion kommen. Hier wie dort sehnt man sich dann, das Plus bald, und mit möglichst geringer Einbuße am Preise, auf andern nicht an Warenplethora krankenden Märkten loszuschlagen. Aber in zollfreien oder niedrig beschützten Ländern wird, caeteris paribus, dieser Entlastungsprozeß sich rascher und billiger vollziehen; in Ländern der Hochprotektion sich verzögern und höhere Kosten bringen.

Diese Thatsache, so klar sie liegt und ein so wichtiges Moment sie in der sozialpolitischen Bilanz der Handelssysteme bildet, ist, soweit ich sehe, bisher noch niemals so gewürdigt worden, wie sie beanspruchen darf.

Krisenschutz gewährt der Freihandel nicht, der Zollschutz erst recht nicht. Aber Hilfe in Krisen, baldige Wiederherstellung des Gleichgewichts von Produktion und Konsumtion, möglichst geringe Störung der „Kontinuität", ist bei Freihandel in höherem Maße gewährleistet wie bei Zollschutz. Decken sich, zufolge des Freihandels, Inlandspreis und Weltmarktspreis nahezu, so öffnet sich einem Überschuß des Inlandes der Weltmarkt schon bei nur mäßigem Preisfall; dann sind die Verluste, welche direkt die Unternehmer und Arbeiter der mißleiteten Branchen, indirekt die ganze Volkswirtschaft treffen, erträglich — zwar muß im Auslande unter, aber nicht weit unter dem Normalsatze verkauft werden.

Wenn dagegen, wie es die Konsequenz des Protektionssystems sein kann — nicht immer sein muß, aber vielfach sein wird — der Inlandspreis um den Zollbetrag über dem Weltmarktpreise steht, so öffnet sich der Weltmarkt erst, wenn der Preis mindestens um den Zollbetrag gefallen ist; dann

können die Verluste, welche der Export mit sich bringen würde, als so schwere erscheinen, daß man davor zurückschreckt.

Bei Zollschutz wie bei Freihandel ist die gleiche Kur, die gleiche Sanierungsmethode angezeigt. Aber dort stellt sich die Rechnung höher; unter Umständen so viel höher wie hier, daß man es vorzieht, das Plus im Inlande fortzuschleppen, die Krisis „versumpfen" zu lassen.

In Frankreich soll, dank der Hochprotektion für Eisen u. s. w., ein daselbst gebautes eisernes Schiff zu 450 Frs. per Tonne einstehen; in England nur zu 250 Frs.[1]) Französische Werften können daher, unter normalen Verhältnissen, keine Schiffe im Auslande verkaufen, während englische Werften in alle Welt liefern.

Überproduktion an Schiffen kann ebensogut in England wie in Frankreich kommen. Kommt sie dort, so muß natürlich unter den Normalpreis von 250 Frs. herabgegangen werden, damit die Nachfrage des Auslandes sich steigere; aber eine ziemlich kleine Differenz wird hinreichen, ein Plus an Bestellungen herauszuholen. Kommt sie hier, so muß, bevor ein Abschluß auf dem Weltmarkt überhaupt erst möglich wird, der Preis von 450 Frs. auf mindestens 250 Frs. herabstürzen. Eine Situation, die für die englischen Schiffbauer eine mäßige Schmälerung ihres Durchschnittsprofits bedeutet,[2]) bedroht die französischen Kollegen mit so gewaltiger Einbuße, daß von letzteren nur diejenigen zum Verkauf im Auslande schreiten werden, welchen das Wasser bis an die Gurgel geht — welche à tout prix Geld haben müssen; die, welche sich halten können, werden nicht losschlagen. Das heißt: der Druck der Überproduktion, welcher jenseits des Kanals bald wieder weicht, wird diesseits vielleicht Jahre hindurch anhalten — so lange eben anhalten, bis das Zuviel an Schiffen auf dem „sicheren unabhängigen", aber leider engen Inlandsmarkt Aufnahme gefunden hat.

Blicken wir hinüber zum „großen Alliirten" der großen Nation. In Rußland herrscht seit einiger Zeit, besonders in dem metallurgischen Gewerbe, eine Krisis schlimmster Sorte; weit stärker wie bei uns sind im Zarenreiche die Dividenden und Kurse der Montan- und Eisenaktien gesunken — weit länger hat die Tiefkonjunktur gewährt. Hat man etwa gehört, daß die russischen Hütten, Walzwerke u. s. w. größere Mengen von Roheisen, Schienen, Blechen zur Ausfuhr gebracht hätten und damit das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion wieder hergestellt? Keineswegs; nur ganz kleine Posten von Eisen sind abgestoßen worden. Da eben, dank

[1]) A. Raffalowich, in der „Nation", 1901/1902, S. 153.

[2]) Ich betone nochmals: caeteris paribus! Unter Annahme, daß das Maß der Überproduktion in Frankreich und England gleichsteht.

der exorbitanten Industriezölle, die Differenz zwischen den russischen Inlandspreisen und den Weltmarktspreisen vielfach eine überaus große ist,[1]) so konnte man das Export-Medikament, wollte man es wenigstens nicht bezahlen. Um ihren Ladenhütern Absatz extra muros zu schaffen, hätten die russischen Hütten, Walzwerke u. s. w. den Preis so gewaltig tief unter den Normalsatz — den Preis, an den „des Medicäers Güte" sie gewöhnt hatte — herabsetzen müssen, daß sie es vorzogen, in Geduld auf neue „Liebesgaben" der Regierung, neue Regierungsaufträge, zu warten und bis dahin die Überschußprodukte zu lagern, m. a. W. bis dahin die Betriebe einzuschränken, die Arbeiter, die, als die Überproduktion sich geltend machte, in Massen entlassen wurden, irgendwo sonst ihr Brot suchen zu lassen. Ein famoser „Krisenschutz", das Protektionssystem. Je höher der Zollschutz, desto mehr schützt er — vor rascher Beseitigung der Krisen!

Bei uns dagegen wurde das „Auslaßventil", das in Rußland versagte — bezüglich das in Thätigkeit zu setzen, man dort nicht wagte — ergriffen und half in Bälde. Die Depression, die in Deutschland im vorigen Sommer sich einstellte, war — jedenfalls ganz überwiegend — veranlaßt durch Mißleitung gewisser für die nationale Konsumtion arbeitender Zweige unsrer Volkswirtschaft: nicht durch Mißleitung der Exportgewerbe.[2]) Überaus oft ist jüngst betont worden, daß die rapide Steigerung des Inlandsbedarfs die Überproduktion heraufbeschworen habe: daß die Erzeugung für den Inlandsmarkt überschraubt worden sei. Nicht deshalb, weil zufolge der Kriegswirren der Absatz nach Südafrika und China, der Mißernten halber der Absatz nach Rußland und Rumänien stockte, kam so trübe Zeit über die deutsche Eisenindustrie, die Maschinenindustrie, die Zement-, die Elektrizitätsindustrie: sondern deshalb, weil ihre Führer auf dem „sichern, unabhängigen, innern Markt" nicht richtig operiert, dessen notwendiges Wiedereinschrumpfen nicht vorausgesehen hatten. Weder der Einbruch der amerikanischen noch der englischen oder belgischen Konkurrenz hat unsre Gewerbe lahmgelegt — der Zusammenbruch hatte seine Ursache in Übertreibungen der nationalen Konkurrenz.

Beschäftigungsmangel größeren Umfangs trat im Jahre 1901 ein. Aber binnen kurzem wendete sich die Situation wieder zum Besseren, hob sich die Arbeitsgelegenheit wieder derart, daß von einem Notstande nicht mehr die Rede sein konnte.[3]) Und wodurch geschah diese rasche Sanierung? Dadurch,

---

[1]) Vgl. meine „Theorie der drei Weltreiche" 1900, S. 148/49.

[2]) Wagner scheint allerdings letzteres behaupten zu wollen, wenn er von der „Wirtschaftskrise des Industriestaats" spricht.

[3]) Vgl. z. B. „Gewerkverein" 1902, Nr. 25, über das Ergebnis der Arbeitslosenzählung vom Mai 1902.

daß der Export, besonders der meistbedrückten Eisenindustrie, rasch stieg — daß die Warenmassen, welche der „sichere, unabhängige, innere Markt" nicht zu bewältigen vermochte, vor allem nach England und den Vereinigten Staaten abflossen — zu niedrigen Preisen, aber zu solchen, welche nur seitens derer als „ruinöse" bezeichnet werden konnten, die sie mit den Hochpreisen von 1898/1900 statt, wie natürlich notwendig, mit den Normalpreisen verglichen.

Nicht, daß die Überproduktion kam — aber, daß sie so bald wieder sich zusammenzog, hatte seine Ursache im System Caprivi. Als Not auf Deck war, da hat sich die Politik von 1891/94 wahrlich als „rettende That" erwiesen!

Und zwar nicht nur deshalb, weil durch die Handelsverträge verhindert wurde, daß Östreich-Ungarn, Belgien, die Schweiz u. s. w., um nicht die Sünden der deutschen Produzenten mitbüßen zu müssen, ihre Industriezölle emporschraubten. Denn die große Quote der so stark wachsenden Ausfuhr Deutschlands ist ja gar nicht nach den „Vertragsstaaten" gegangen.

Sondern auch deshalb, weil die Politik von 1891/94 das weitere Emporschrauben unsrer Tarife verhinderte (das damals oder später vielleicht erfolgt wäre, wenn die Gegner des Mannes „ohne Ar und Halm" das Heft in die Hände bekommen hätten). Weil unsre Industriezölle verhältnismäßig niedrige blieben; weil demgemäß der normale Inlandspreis unsrer Halbfabrikate und Fabrikate den Weltmarktpreis nicht beträchtlich überschreiten durfte, konnte bei uns die Steigerung des Exports — welcher in der Zeit der Hochkonjunktur, des so gewaltig angeschwollenen Inlandsbedarfs wegen, vernachlässigt worden war — binnen weniger Monate mit den „bergehohen" Vorräten in der Hauptsache wieder aufräumen.

In Rußland „versumpfte" die Krisis zufolge höheren Zollschutzes. In Deutschland wurde, zufolge niedrigeren Zollschutzes, die „Aufblähung der Preise" um Einiges durch die fremde Konkurrenz gemildert — leider nicht um so viel, wie es erwünscht gewesen wäre, aber doch um weit mehr als drüben — und wurde, da unsre Fähigkeit, auf dem Weltmarkt zu konkurieren, sofort emporschnellte, als das Niveau des Inlandspreises von Roheisen u. s. w. sich senkte, die Depression, welche auf dem Inlandsmarkt lastete, bald, wenn auch nicht völlig beseitigt, so doch auf ein erträgliches Maß herabgesetzt.[1])

Je wirksamer die „nationale" Arbeit geschützt ist, desto mehr wird

[1]) Genaueres über den Zusammenhang zwischen Exportmöglichkeit und freihändlerischer Politik, sowie über die Gestaltung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse 1901/1902, s. in meinen Artikeln „Depression und Exportdusel" Nation, 1902, Nr. 11 und 12.

einerseits bei Unterproduktion der Import gehemmt und dadurch — durch das Versagen des „Einlaßventils“ — der Entstehung eines „boom“ Vorschub geleistet und dessen Dauer in die Länge gezogen; desto mehr wird andrerseits bei Überproduktion der Export gehemmt und dadurch — durch das Versagen des „Auslaßventils“ — die Wiederherstellung des Gleichgewichts, die Überwindung der Krisis hintangehalten und verteuert. —

Bisher war immer nur von der Industrie die Rede. Von der Landwirtschaft gilt aber Gleiches. Mögen unsre Agrarier und ihre akademischen Anwälte die Protektion der Landwirtschaft sonstwie rechtfertigen können — das sozialpolitische Argument der „Regularisierung“ des Arbeitsmarkts verfängt nicht.

Hat, kraft Zollschutz, ein Volk „es so herrlich weit gebracht“, daß bei Durchschnittsernten ungefähr so viel Korn u. s. w. erzeugt wird, wie der heimische Bedarf erheischt, so wird, im Falle einer Füllernte, das Zuviel desto zäher am nationalen Boden kleben, wird dessen Fortschaffen über die Grenzen mit desto größeren Verlusten verknüpft sein, je höher der Zollschutz. Je höher der normale Inlandspreis über dem Weltmarktpreis steht, desto länger wird die agrikole Krisis — welche hier aus der Überproduktion der Natur entspringt — währen, desto schwerere Einbuße wird direkt die agrikole Klasse, indirekt die ganze Nation treffen.

Je höher der Zollschutz, je stärker das inländische Preisniveau in normalen Jahren das des Auslandes überragt, desto stärker muß es in fetten Jahren sinken, um den Überschuß auf dem Weltmarkt absatzfähig zu machen. Je höher der Zollschutz, desto größer daher die Gefahr, daß das Plus im Inlande bleibt,[1]) weil man so niedrige Sätze nicht acceptieren will; daß die Entlastung, statt bald durch den Export, erst allmählich durch Einschränkung der nationalen Landwirtschaft erfolgt; daß also ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter gezwungen ist, irgendwo anders Unterkunft zu suchen. Ist schließlich das Plus durch den heimischen Bedarf aufgesogen, so setzt der umgekehrte Prozeß ein, müssen die Arbeiter den Weg zurück nehmen.

Je höher der Zollschutz, je vollkommener die — künstlich hergestellte — Emanzipation des Volks von der Zufuhr aus der Fremde, desto schwankender wird die Konjunktur. Je niedriger der Zollschutz, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß, im Falle einer Füllernte, das Plus binnen Kurzen, zu erträglichen Preisen ins Ausland „abge-

[1]) Die Fortschleppung des Plus auf dem Binnenmarkt ist selbstverständlich nur möglich bei Produkten, welche Lagerung gestatten, z. B. Korn, Wein u. s. w. Bei Produkten, welche Lagerung nicht gestatten, muß, wenn auch die Einbuße gegenüber dem Normalpreis noch so hoch sich stellt, der Export abhelfen.

schwemmt" und damit die Konjunktur wieder normal werde. Das mögliche Maximum der „Kontinuität" gewährleistet das System der Handelsfreiheit indem es bewirkt, daß die Differenz zwischen Inlandpreis und Weltmarktpreis auf das mögliche Minimum herabsinkt — je geringer diese Differenz, desto rascher und unter desto geringerer Einbuße vollzieht sich die Wiederherstellung des Gleichgewichts, desto gelinder die Störung des nationalen Arbeitsmarkts.

Für unsre Erhaltungszolltheoretiker ist es ein Dogma, daß Steigerung der agrikolen Inlandsproduktion auf die Höhe des Inlandsbedarfs „Stetigung" bedeute. Sie sehen eben nur das ja unmittelbar sich aufdrängende Aktivum in puncto „Kontinuität": je höher der Zollschutz, je enger der nationale Bauer mit dem nationalen Industriellen verkoppelt ist, desto geringer die Zahl der Auslandsereignisse, welche das Inland in Mitleidenschaft ziehen können; desto größer die Sicherheit vor „Rückschlägen fremder Krisen". Gegen das nicht so offensichtliche Passivum, das soeben nachgewiesen wurde, sind sie blind: „protectionists allways look at the immediate facts". Sie meinen, jener Vorteil sei kostenlos feil, während thatsächlich die Kosten den Nutzen überwiegen. Das Risiko, bei Überproduktion mit dem Plus hängen zu bleiben — dies Risiko, welches desto mehr steigt, je künstlicher der Binnenmarkt „gepflegt" ist, ist das *größere Übel*, wiegt weit schwerer als das Risiko der Auslandsereignisse und der „Rückschläge fremder Krisen".

Die Blindheit gegen diese Thatsache rührt daher, daß *Wagner* u. s. w. glauben: man könne ja doch, wenn auch die Volkswirtschaft „verselbständigt" sei, den *Weltmarkt in Anspruch nehmen*, falls man seiner einmal bedürfe.[1])

Gewiß geht das. Aber, wie oben schon gesagt (S. 28): setzt man sich in normalen Zeiten auf den Isolierschemel, so rächt sich dies bei abnormer Konstellation des „sichern, unabhängigen inneren Markts". Allerdings ist

---

[1]) *Wagner*, Agrar- und Industriestaat, S. 94.

Er denkt nur an die Notwendigkeit der Inanspruchnahme des Weltmarkts im Falle einer Mißernte: „wir können alsdann im Ausland unsern Extrabedarf decken"; s. darüber unten. Der Fall einer Füllernte ist aber gleicherweise zu berücksichtigen: die Notwendigkeit, ein Extraplus abzustoßen.

Da *Wagner* in diesem Zusammenhang betont, daß „die weit größere Abhängigkeit des Getreidepreises von der großen Spekulation im Welthandel die Kehrseite bleibe", und dabei auf den „*Fall Leiter*" verweist, so gestatte ich mir, zu wiederholen, was ich in Kornzoll und Sozialreform" (S. 17/18) sagte:

Der Kornschutz bietet keineswegs einen Schutz gegen solche Manöver. Vielmehr: *je höher der Kornzoll und je unabhängiger ein Land vom Import geworden ist, desto eher können sie versucht werden*, desto eher kann der Versuch, eine „Schwänze" in Korn auf dem nationalen Markt zu inszenieren, gelingen. Das nationale

Hilfe aus der Fremde möglich — aber je vollkommener die Isolierung, desto langsamer wird die Hilfe erfolgen, desto teurer muß sie bezahlt werden.

Wie es sich mit dem Export im Falle einer Fülleernte verhält, habe ich dargelegt. Wie ist's nun mit dem Import im Falle einer Mißernte?

Damals, als das Problem: national- oder weltwirtschaftliche, „harmonische" oder „einseitig" industriestaatliche Entwicklung, in England die Geister bewegte, hat einer der Führer der Manchesterpartei bemerkt, daß England unabhängig machen von der Welt, heiße „die Welt unabhängig machen von England." [1] Breiter gesprochen: hat eine Nation z. B. durch hohen Kornschutz erreicht, daß ihr Bedarf an Korn normaliter durch die heimische Erzeugung gedeckt wird, so ist sie insofern „unabhängig von der Welt" geworden: aber auch die Welt unabhängig von ihr — d. h. andre Nationen, die vordem ihre Kornerzeugung so weit ausdehnten, daß sie den Bedarf jener mit zu decken vermochten, schränken diese nunmehr entsprechend ein. Wenn nun jenes Volk einmal von einer Mißernte — einer Unterproduktion der Natur — heimgesucht wird, so kann es allerdings das Defizit durch Ankauf im Auslande zu decken suchen. Ist die Welternte gerade günstig ausgefallen, so mag es das Korn zu leidlich niedrigem Preise beziehen — aber der Preis wird, da eben bei der Gesamterzeugung der Welt der Bedarf des normaliter nicht kaufenden Volkes nicht mitberücksichtigt war, immer höher sein, als er sein würde, wenn dieses Volk seinen Kornverkehr mit dem Auslande nicht künstlich beschränkt hätte. Erhöhung des Kornpreises bedeutet aber Verschärfung des Konjunkturwechsels im Inlande, bedeutet größere Verschiebung der Arbeitsgelegenheit: je teurer das Brot wird, desto mehr schrumpft die Nachfrage nach entbehrlicheren Dingen ein, und nach den Händen, welche sie hervorbringen.[2] Ist die Welternte gerade schlecht ausgefallen, so wird die Störung noch ärger.

Korn zu „kontrollieren", die Hauptmasse desselben in einer Hand zu konzentrieren und damit wenigstens zeitweise ein rapides Preissteigen zu bewirken, das dann, nachdem die Hausse- oder die Baissepartei die Zeche gezahlt, plötzlich in ein Preissinken umschlägt — das ist weit leichter, als solche Spekulation bezüglich des Weltkorns durchzuführen.

Die Freiheit des Kornhandels erschwert, die Beschränkung desselben durch Zollschutz erleichtert derartige, die Konstanz des Preises bedrohende Börsenspiele.

[1] Vgl. Ledru-Rollin, a. a. O., Bd. IV.

[2] Vgl. „Kornzoll und Sozialreform", S. 7/8.

Diehl meint, daß die Mehrnachfrage der Kornproduzenten, zufolge der von ihnen lukrierten höheren Preise, eine Kompensation bewirke (s. oben S. 59).

In einem Bericht aus Finnland, wo jetzt eine Mißernte stattgefunden hat, heißt es: „auf Absatz an andern als absolut unentbehrlichen Artikeln ist in nennenswertem Umfang nicht zu hoffen" (Export, 1902, S. 594).

Aber — mag die Welternte so oder so ausfallen — unter allen Umständen muß die „autarkistische“ Kaprize die Kalamität steigern. Erreicht zu haben — durch das Mittel des Zollschutzes erreicht zu haben — daß, bei Durchschnittsernten, der nationale Industrielle ausschließlich vom Korn des nationalen Landwirts sich nähren könne, heißt ja: den Export an irgendwelchen Waren darangegeben, die Zahl der Fäden, die sonst das Inland mit dem Ausland verknüpfen würden, gemindert, einzelne vielleicht gänzlich zerschnitten, andere gelockert zu haben. Das „Prekäre“ einer solchen Politik wird offenbar, sobald eine Mißernte kommt. Denn: jetzt fehlt es an Waren mittels deren Plusexport das Korn des Auslands bezahlt werden könnte.

Im Inlande stockt der Absatz der Fabrikate, da die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung gesunken ist. Die Fabrikate nach dem Auslande zu bringen, hält schwer, weil sie vielfach den Anforderungen der fremden Konsumenten nicht entsprechen;[1]) und weil — soweit es sich um Artikel handelt, die überall „gehen“, wie z. B. Roheisen, Halbzeug, gewisse Garne, Gewebe, Papiere, Keramiken, Gläser, Chemikalien — Beziehungen, die man hat einschlafen lassen, nicht sofort wieder erweckt werden können.

Daher muß nun, worüber in England während der Zeit 1815/1846 so oft und heftig geklagt wurde,[2]) das Korn, das man braucht — statt mit Fabrikaten, die man nicht braucht — mit Geld bezahlt werden. Die wirtschaftliche Misere, welche durch die Mißernte erzeugt ist, verschlimmert sich dank der „Verselbständigung“, indem Geldklemme, hoher Diskont, Kreditschwierigkeiten hinzu treten. Die Verschiebung der Arbeitsgelegenheit ist weit dauernder und tiefgehender, als sie sein würde, wenn das gleiche Volk durch gleiche Mißernte getroffen wäre, aber unter freihändlerischem Regime stände, d. h. die Kornproduktion nicht künstlich gefördert und damit die Exportindustrie künstlich herabgezwungen hätte. —

Die Doktrin, daß der Schutz der „nationalen“ Arbeit als „Krisenschutz“ wirke, ist blauer Dunst. Durch Industrie- wie durch Agrarschutz wird das Maß der Konjunkturschwankungen gesteigert.

Einmal zugegeben, daß, wie unsre Protektionisten unermüdlich wiederholen, Kontinuität der Beschäftigung wichtiger sei als hoher Lohn, so ist doch daraus ein Grund zu Gunsten des Protektionssystems keineswegs zu entnehmen. Denn je höher der Zollschutz, je mehr der Binnenmarkt den nationalen Pro-

---

[1]) Die Industrie ist ja auf den Bedarf, auf die Konsumtionssitten der nationalen Landwirte zugeschnitten.

[2]) Vgl. Bonn, in der „Nation“, 1901/1902, Nr. 28.

Wenn doch unsre Anti-Industriestaatler, statt Gespenster für die Zukunft zu malen, sich etwas genauer die Thatsachen der Vergangenheit ansehen möchten!

duzenten „preisgegeben“ ist, desto größer die Gefahr, daß im Inlande Überproduktion entsteht, die zur Krisis führt; desto größer die Gefahr, daß eine Krisis schwer und lange drücke. Je niedriger der Zollschutz, desto höher die Chance, daß der Hang zur Überproduktion im Inlande im Keim erstickt werde — indem, sobald eine Preishausse anhebt und damit die Versuchung zur Überproduktion ausgelöst wird, das „Einlaßventil“ in Funktion tritt, der Import anschwillt und den Dämpfer aufsetzt; desto höher die Chance, daß, wenn trotzdem Überproduktion platzgreift, sie kraft des „Auslaßventils“, kraft Anschwellen des Exports, bald wieder verschwinde.

Auch unter dem System der Handelsfreiheit können Krisen kommen. Gegen Rechenfehler der Unternehmer schützt es nicht. Aber die Gewähr, daß die Krisen keinen hohen Grad von Intensität annehmen und daß sie nur ephemere Erscheinungen bilden, ist unter diesem System die denkbar größte. —

Zweiter Abschnitt.

Die Handelssysteme und der Arbeitslohn.

In den Debatten über die Tarif-„Reform" von 1879 hat Fürst Bismarck oft betont: das ausschlaggebende Motiv seiner Bekehrung zum Protektionssystem sei die Befürchtung gewesen, daß bei Fortdauer der Freihandelsära das Lohnniveau weiter und weiter sinken müsse; in den Vereinigten Staaten und in Frankreich habe die niedere Schicht ein weit besseres Auskommen als in dem durch das Regime Delbrück „ausgepoverten" Deutschland.[1])

Auch jüngst wieder ist diese Doktrin vom Zollschutz als „Lohnschutz" mit aller Entschiedenheit, mit dem Brustton der vollsten Überzeugung, vertreten worden. So z. B. vom Abg. Arendt — dem „Schutzzöllner aus Prinzip", wie er sich im Gegensatz zu dem Handelsminister, dem „Schutzzöllner aus Not", bezeichnete. Wenn wir — rief er in der Sitzung vom 1. Februar 1902 — an Stelle des Entwurfs, welcher jetzt dem Reichstage vorliegt, einen freihändlerischen Tarif adoptieren würden, so würde „das Volk Hunger leiden" . . . „Wann hatten wir denn Hungerepidemien? Doch wohl vor Einführung von Getreidezöllen!"

Diese Doktrin findet aber nicht nur — wie selbstverständlich — bei den Vorkämpfern der „notleidenden" Landwirtschaft und gewisser „bedrängter" Industrien unbedingten Glauben. Sie zählt auch viele unsrer Gelehrten zu ihren Anhängern — Wagner, Schmoller u. s. w.[2])

---

[1]) Sonderbarerweise vergaß er — und gleiches passierte auch seinem Ratgeber in handelspolitischen Fragen, Herrn v. Kardorff — immer Rußlands; hier stimmte die Doktrin von der lohnsteigernden Tendenz des Schutzzolls ja nicht.

[2]) Vgl. unten S. 75.

I. Das Argument der „reichlicheren Arbeitsgelegenheit".

Die Arbeitsgelegenheit — so wird seitens der Sozialpolitiker der Schutzzollpartei behauptet — nehme zu, gestalte sich „reichlicher" kraft des Protektionssystems. Der Nachteil höherer Preise gewisser Waren werde wettgemacht durch den Vorteil höherer Löhne, welcher eben daher rühre, daß mehr Hände Beschäftigung erhielten, als sie erhalten würden, wenn die Wellen der fremden Konkurrenz frei hereinfluten könnten. Kraft des Protektionssystems — hieß es im Schreiben des Reichskanzlers an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878 — werde „die Gesamtsumme der im Inlande erzeugten Werte vermehrt und der Volkswohlstand im Ganzen gehoben"; anbetracht dessen sei auch die Benachteiligung selbst der „Minderheit der Bevölkerung, welche überhaupt nicht produziert, sondern nur konsumiert" nur eine „scheinbare".[1])

Für einen „Weihnachtsbrief", wie man jenes Schreiben taufte, ein überaus passendes Argument! Es blendet — ist aber gleich wertloser Tand wie die glänzenden Kugeln am Christbaum. Es wirkt faszinierend auf die großen Kinder, die, viel zu denkfaul, um in das Wesen der Dinge einzudringen, am Scheine haften. Die „Gesamtsumme der erzeugten Werte" wird dank dem Zollschutze nicht vermehrt; dank ihm wird die Arbeitsgelegenheit nicht gehoben, sondern nur verschoben.

Bewirkt der Zollschutz, daß der Import nicht weiter anschwillt, so wird die Arbeitsgelegenheit allerdings an gewissen Punkten reichlicher, als sie sein würde, falls der Wettbewerb des Auslandes freies Spiel hätte; bewirkt der Zollschutz, daß die inländische Produktion sich ausdehnt, während der Import einschrumpft, so vermehrt sich allerdings die Arbeitsgelegenheit an gewissen Punkten.

Aber an andern Punkten fällt sie, wird sie minder reichlich. Denn: Hemmung des Imports heißt Hemmung des Exports. Kauft das Inland weniger vom Ausland, so kauft dieses weniger von jenem. „Klappe" für den Import — wie Herr von Massow, dessen Jungfernrede so großen Erfolg hatte, sich ausdrückte — wirkt automatisch als „Klappe" für den Export. Das Protektionssystem, sagt Prince-Smith, kann „nur ein Umsatteln, nicht eine Ausdehnung" des nationalen Erwerbslebens veranlassen.

[1]) Daß letztere Behauptung sinnlos ist — sinnlos wenigstens in dem Falle, daß das Protektionssystem eine dauernde Verteurung der Waren bewirkt — liegt auf der Hand. Die Beamten, Pensionäre, Rentner u. s. w. haben von solcher „Vermehrung der Werte" und „Hebung des Volkswohlstandes" nur Schaden, keinen Nutzen. Die Gehälter der Beamten kann man allerdings erhöhen — aber nur auf Kosten der Steuerzahler, u. a. der Pensionäre, Rentner wie der „Mehrheit der Bevölkerung", der Arbeiterklasse.

Die inländische Produktion vermehrt sich als Ganze nicht, vielmehr vollzieht sich blos eine Verschiebung innerhalb ihrer.

Die stereotype Phrase, daß der Freihandel zwar niedrigere Preise, der Zollschutz wennauch höhere Preise, so doch reichlichere Arbeitsgelegenheit und demzufolge höheren Arbeitslohn schaffe, ist das Produkt einer ganz oberflächlichen Betrachtung.[1]) Wer diesen Satz vertreten will, muß zuvor den Satz vom notwendigen Parallelismus von Import und Export widerlegen — sonst, mit Lassalle gesprochen, diskutiert man nicht mit ihm.

Ich komme unten auf die Frage zurück.

II. Das Argument der „Hungerlöhne" in den Ausfuhrgewerben.

Das bisher durchgesprochene Argument war defensiver Art: wenn die Freihändler das Protektionssystem unter dem Gesichtspunkt der Verteurung der Waren, der Schädigung der Arbeiter als Konsumenten, angreifen, so versuchen die Sozialpolitiker der Schutzzollpartei das Bedenken zu parieren, indem sie behaupten, das Protektionssystem bewirke kraft Erhöhung der Arbeitsgelegenheit eine Steigerung des Lohns, diene dem Interesse der Arbeiter als Produzenten.

Daß der Versuch ihnen nicht glückt, haben wir soeben gesehen. Gehen wir nunmehr dazu über, das Argument offensiver Art — die Behauptung, daß das System der Handelsfreiheit das Niveau des Lohns herabzwinge — zu prüfen. Es ist ja nichts als eine andre Fassung jenes, muß aber doch getrennt erörtert werden.

„Der absolute Freihandel — erklärt Schmoller in seinem Plaidoyer für den Zolltarif von 1879 — „nötigt zum äußersten Lohndrücken, zur Spekulation auf Hungerlöhne. Die vollständig ungehinderte Zulassung der böhmischen Konkurrenz wird in Schlesien und Sachsen immer wieder die Löhne werfen; die belgischen Streichgarnspinnereien, die französische Glasindustrie — sie haben ihren Hauptvorsprung in der unbarmherzigen Kinderausbeutung".[2])

„Mit Hungerlöhnen hergestellte Strumpf- und Webwaren — schreibt Ad. Wagner — Konfektionsartikel, von weiblicher Arbeit erzeugt, die, auf andre Weise ihre Bezahlung zur notwendigen Ergänzung des unzureichenden

---

[1]) Vgl. die Zurückweisung des Irrtums, als ob infolge Zollschutzes es „mehr Arbeit im Lande" gebe, bei P. Arndt, Schutz der nationalen Arbeit, 1902, S. 26 ff.

[2]) Schmoller, a. a. O., 179.

Lohnes findet, mögen in steigenden Millionen exportiert werden, auch immer noch Gewinn genug für den Industrieunternehmer, den Kaufmann und den Exporteur abfallen: ist dabei aber von einem wirklichen volkswirtschaftlichen Vorteil viel zu sehen — von der sozialen Seite ganz abgesehen?"[1])

Und Oldenberg: „ist es nicht zu beklagen, wenn Tausende unsrer großstädtischen Konfektionsarbeiter für einen Schandlohn von früh bis spät sich abhetzen — für welchen volkswirtschaftlichen Zweck? Nicht etwa um für unsre Volkswirtschaft das Kleidungsbedürfnis zu befriedigen, sondern um für die Antipoden Kleider zu nähen in angestrengtester Hast: oder vielmehr, um den Antipoden die Kleider noch etwas billiger zu liefern als unsre Konkurrenten".[2])

Zweierlei wird also zur Begründung jener Behauptung vorgebracht. Erstens: die fremde Konkurrenz bewirke mit ihrem Import, daß der Lohn in den bedrohten Gewerben des Inlandes gedrückt werde; davon soll erst unten (III) die Rede sein. Zweitens, daß, um in der Fremde Konkurrenz zu machen, das Inland vielfach „parasitischen" Export treiben müsse — einen Export, der wie eine Schmarotzerpflanze am Baume der Volkswohlfahrt sauge und zehre, da er die Möglichkeit seines Bestandes nur aus der „Lohndrückerei" in den betreffenden Branchen schöpfe, seinen Absatz „bloß der Erbärmlichkeit der Arbeitsbedingungen schulde" (Pohle). Das Kapital — „Industrieunternehmer, Kaufmann und Exporteur" — schinde, indem es gewisse Ausfuhrgewerbe pflege, zwar seinen Profit heraus; aber nur, indem es die Arbeit schinde, Frauen und Kinder „unbarmherzig ausbeute", zum Nutzen z. B. der „Antipoden". Und es könne gar nicht anders handeln, wenn es nicht auf dem Weltmarkt unterboten werden wolle.

Noch eindrucksvoller wie Oldenberg spricht Wittelshöfer (Brauns Archiv, Bd. V, S. 454) von den deutschen Fabrikarbeitern, die „heute schon Sklaven der Schwarzen" seien. Engels — noch konkreter — zitiert die Kongoneger.

Gegenüber solchen Tiraden sei kurz Folgendes bemerkt: der „volkswirtschaftliche Zweck" — über den Oldenberg grübelt — unsres Exports z. B. von Konfektionsartikeln nach den „Antipoden" liegt darin, „für unsre Volkswirtschaft" zwar nicht das Kleidungsbedürfnis, aber das Bedürfnis z. B. nach Wolle, Häuten, Fleischextrakt, Kupfer, Gold u. s. w. zu befriedigen. Und wie wir auf dem argentinischen, australischen, südafrikanischen Markte mit andern Industriestaaten konkurrieren, so die „Antipoden" auf dem deutschen Markt, um uns die Wolle u. s. w. „noch etwas billiger zu liefern als unsre Konkurrenten".

Was diese Begründung betrifft, so ist zunächst zu betonen, daß die „Hungerlöhne"-Exportindustrien, von denen die Apostel des „innern Marktes" so viel Wesens machen, in unsrer Volkswirtschaft wie in der Volkswirtschaft

[1]) Im „Lootsen", 1900, S. 254.
[2]) Oldenberg, a. a. O., S. 11.

der westeuropäischen Industriestaaten überhaupt eine verhältnismäßig geringe, d. h. im Vergleich mit dem Totale der Exportindustrie geringe Rolle spielen.

In seinem Referat zu den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik (1902) versicherte Pohle das Gegenteil.[1]) Nämlich daß die „durch die Lage der Dinge auf dem Weltmarkte hervorgerufene und durch die deutsche Handelspolitik (Caprivis) sanktionierte Vermehrung des Exports von Industrieprodukten vorzugsweise zu gute gekommen" (S. 196) sei gewissen „sozialpolitisch verrufenen" (S. 220) Exportindustrien. „Zu einem großen Teile, ja fast zur Hälfte, besteht ja die deutsche Fabrikatenausfuhr aus den Erzeugnissen dieser Industrien, die sich durch überdurchschnittlich ungünstige Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne bei langer Arbeitszeit, wenig vorteilhaft auszeichnen . . . Die Spielwarenfabrikation des Erzgebirges und des Thüringer Waldes, die Porzellanfabrikation und die Kleiderkonfektion . . . gehören zu unsern blühendsten Exportindustrien (S. 203). „Unsere Hausindustrien . . . sind es, die dem deutschen Reich zu einem erheblichen Teile die Mittel zur Bezahlung seiner Mehreinfuhr an Rohstoffen liefern" (S. 220). „Das ist aber durchaus nicht etwa Zufall; sondern die überlegene Stellung, die sich Deutschland in diesen Artikeln auf dem Weltmarkt erobert hat, beruht ganz wesentlich mit auf den niedrigen Löhnen, mit denen der deutsche Arbeiter sich begnügt" (S. 203, vgl. noch S. 214). Darum — schloß er — für diesen Export „besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende". Durch entsprechende Maßregeln zur Hebung des innern Markts — m. a. W. durch Einschränkung des Imports und demgemäß des Exports — werde es „stets möglich sein, die betreffende Bevölkerung mit der Herstellung von Produkten für das Inland zu beschäftigen, falls es nicht gelingt, sie in solchen Exportindustrien unterzubringen, die ihren Absatz nicht blos der Erbärmlichkeit der Arbeitsbedingungen schulden".

Demgegenüber frug A. Weber, ob der Herr Referent „nicht wisse 1. daß die pièce de résistance unsres Exports sind die Eisenindustrie, die Maschinenindustrie, die elektrische, die chemische, die graphische, die in vielen Teilen bis zur höchsten Stufe entwickelte Textilindustrie; 2. daß diese alle basieren auf steigenden Löhnen und abnehmender Arbeitszeit; 3. daß die exportierenden andren Industrien nur in einzelnen Teilen Hausindustrien sind und gerade in ihrem exportierenden Teile großenteils nicht in der Wohnung, sondern in Werkstätten geübt werden", und warum er „nicht ausrechne das Verhältnis zwischen den 150,000 Menschen, die in der Hausindustrie vielleicht für den Export arbeiten, und den $1^1/_2$ Millionen, von denen er selber als Exportarbeiten gesprochen hat?" (S. 292/293).

Pohle replizierte, daß ihm die Zahlen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen deutschen Exportindustrien sehr wohl bekannt seien; er verwies auf Angaben seines Referats über die Ausfuhrüberschüsse im letzten Jahrzehnt, welche seine Behauptung bestätigten, daß „fast die Hälfte unsrer Fabrikaten-Mehrausfuhr aus Gewerben stammt", auf welche die „sozialpolitische Charakteristik" als „parasitische Exportindustrie" zutreffe.

Die Angaben waren folgende (S. 196). Es habe insgesamt zwischen 1890 und 1900 ein Wachstum der Fabrikatenmehrausfuhr im Betrage von 613,3 Mill. Mk. stattgefunden. Daran habe die Textilindustrie keinen Anteil gehabt; „bei Fabrikaten der Textil- und Filzindustrie, sowie bei Kleidern" habe der Plusexport 1900 nur noch 478 Mill. gegen 500 Mill. im Jahre 1890 betragen.

---

[1]) Vgl. Bd. 98 der Schriften des Vereins, auf den sich die Zitate oben im Text beziehen.

Welche Industrien „sich hauptsächlich in die Beute geteilt haben", gehe aus folgenden Zahlen hervor. Von 1890 bis 1900 sei gestiegen die Fabrikaten-Mehrausfuhr (im Spezialhandel)

	Mill. Mk.
bei der chemischen Industrie	von 130 auf 238,
„ Maschinen, Instrumenten und Apparaten	„ 68 „ 206,
„ einfach bearbeiteten Gegenständen der Metallindustrie	„ 70 „ 153,
„ Fabrikaten der Metallindustrie	„ 167 „ 329,
„ der Stein-, Thon- und Glasindustrie	„ 63 „ 109,
„ Kurzwaren, Schmuck- und Spielzeug	„ 60 „ 136,
„ Gegenständen der Litteratur und bildenden Kunst	„ 61 „ 114.

Wie man aus diesen Angaben schließen soll, daß die „sozialpolitisch verrufenen" Exportgewerbe „fast die Hälfte unsrer Fabrikaten-Mehrausfuhr" liefern, ist mir unerfindlich. Diese Angaben beweisen vielmehr aufs deutlichste, daß A. Weber mit seinem scharfen Protest Recht hatte.

Mag man nun ihre Bedeutung höher oder niedriger anschlagen — daß gewisse Exportindustrien kärgliche Löhne zahlen, ist zweifellos. Jedoch: überaus zweifelhaft ist, ob man wegen des Daseins solcher „parasitischer" Ausfuhrgewerbe eine Einschränkung des Außenhandels fordern müsse?

Angenommen, es käme einmal der Reichskanzler „nach dem Herzen" der Agrarier und der Selbstgenügler, es käme der handelspolitische Messias, welcher die deutsche Volkswirtschaft aus den Banden der Weltwirtschaft durch ein rigoroses Protektionssystem erlöste — würden dann etwa die Berliner Konfektionsarbeiterinnen und die Knaben und Mädchen in der thüringischen Spielwarenindustrie, um bei diesen beiden, meist gerittenen Beispielen zu bleiben, höhere Löhne erhalten? Und würde dann die Sphäre der Frauen- und Kinderarbeit sich zusammenziehen?

Zunächst würden, wenn man den innern Markt auf Kosten des äußern „gehoben" — wenn man durch „entsprechende Maßregeln"[1]) erreicht hätte, daß die Engländer, Nordamerikaner u. s. w., die bisher Kleider und Spielzeug von uns bezogen, diese Dinge entweder selbst fabrizierten oder von andern Völkern (mit denen sie, zufolge der Erschwerung der Handelsbeziehungen zu uns, in regeren Verkehr getreten wären) kauften — die Löhne natürlich noch tiefer sinken. Schrumpft der Export ein, so drückt ein Überschuß auf den innern Markt. Die Arbeitskräfte müssen, durch den Zwang der Lohnbaisse, in andre Industrien gedrängt werden. Pohle erklärt, es werde stets möglich sein, die betreffende Bevölkerung mit Herstellung von Produkten für das Inland zu beschäftigen. Zugegeben — aber die Übergangszeit würde arg „sozialpolitisch verrufen" werden.

---

[1]) S. o. S. 78 die Sätze Pohles.

Und später, nachdem das momentane Zuviel an Händen in andere Branchen abgeflossen wäre? Der Konfektionsarbeiterinnen in Berlin u. s. w., der Knaben und Mädchen in der thüringischen Spielwarenfabrikation würden dann weniger sein als heute. Aber diese Wenigeren würden ebenso kärgliche Löhne erhalten wie jetzt die Mehreren.

Denn: der Tiefstand des Lohnes in diesen „parasitischen" Exportgewerben ist ja gar nicht die Konsequenz des Exports, genauer: des sich Unterbietens unsrer Industrie mit Industrien andrer Länder. Das Lohnniveau steht nicht deshalb tief, weil exportiert wird, d. h. die Konkurrenz des Auslandes zu überwinden ist; sondern es wird exportiert, es kann bezüglich dieser Waren die Konkurrenz des Auslandes überwunden werden, weil das Lohnniveau tief steht.

Daß es aber so tief steht, hat — was die Konfektionsindustrie betrifft — seine Ursache in den lokalen Verhältnissen der Großstadt. Darin, daß es hier eine Masse von weiblichen Arbeitskräften giebt, welche um jeden Preis etwas Geld verdienen wollen, vor allem: es verdienen wollen durch Thätigkeit im Hause — keineswegs immer durch Not gezwungen, sondern vielfach, um einige Groschen für Putz u. s. w. sich zu erwerben.[1])

Würde man ihnen die, derzeit nächstliegende und verhältnismäßig noch bestbezahlte Beschäftigung in der Kleiderbranche beschneiden, würde die Kundschaft z. B. der „Antipoden" versiegen,[2]) so würden irgendwelche andre, gleichfalls auf der Exploitation dieser Masse weiblicher Arbeitskräfte sich aufbauende Gewerbe in der Großstadt aufkommen — die, wenn sie auch für den innern Markt produzierten, genau so „parasitisch" wären wie die Kleiderbranche, deren teilweiser Rückgang sie hervorgezaubert hätte. Die Zahl der „Hungerlöhne" empfangenden Konfektionsarbeiterinnen würde sich gemindert haben; aber die Zahl der schlecht entlohnten Berliner Arbeiterinnen nach wie vor die gleiche bleiben.

Und — was die thüringische Spielwarenfabrikation betrifft — so rührt auch hier der Tiefstand des Lohnes keineswegs daher, daß man ihre

---

[1]) Graf Kanitz führt natürlich die Hungerlöhne der Arbeiterinnen in der Konfektion „am letzten Ende" darauf zurück, daß zuviel Mädchen vom Lande in die Stadt ziehen (Sitzung der Zolltarifkommission vom 4. Juli 1902).

Also: höherer Agrarschutz. Dann bleiben die Mädchen auf dem Lande — und verdienen noch weniger.

[2]) Beiläufig bemerkt, spielen die „Antipoden" eine wenig imposante Figur in der Kundschaft. Vgl. Feitelberg, Die Bekleidungsindustrie, 1901, S. 27: die große Quote des Exports an Konfektionsartikeln geht nach England, Holland, der Schweiz, den Vereinigten Staaten.

Erzeugnisse auf dem Weltmarkt „noch etwas billiger als die Konkurrenten" zu verkaufen genötigt ist: sondern er hat seine Ursache in den lokalen Verhältnissen der Gebirgsgegenden. Ist die „an sich nicht sehr lohnende landwirtschaftliche Thätigkeit" beendet, stockt zur Winterszeit auch der Erwerb der Holzmacher, so müssen die Leute ihr Brot sonstwie suchen.[1]) Daß sie dies Brot in der Spielwarenindustrie finden, erklärt sich aus der Billigkeit des Rohmaterials, welches die Hausindustrie von Sonneberg u. s. w. hauptsächlich verarbeitet, des Holzes.[2])

Wenn ihnen diese Arbeitsgelegenheit gesperrt würde — wenn der Export von Spielwaren aufhörte, so wäre zwar der innere Markt „gehoben", aber die thüringische Arbeiterbevölkerung keineswegs. Sie würde zu irgendwelchen andern Hausindustrien übergehen, deren Absatz — nunmehr im Inlande — gleichfalls „auf den niedrigen Löhnen, mit denen der deutsche Arbeiter (gewisser Gebiete) sich begnügt", basierte. Gewisse Holzverarbeitungsgewerbe, die jetzt in andern Gebieten angesiedelt sind, würden nach Thüringen verpflanzt werden.[3])

Nicht das sich Unterbieten der Unternehmer im Auslande, sondern das Überangebot von Arbeitskräften an gewissen Orten des Inlandes bildet den Nährboden der „parasitischen" Branchen.[4]) Beseitigt man sie als Exportindustrien, so bestehen sie als Inlandsindustrien fort.

Was die Schutzzollpartei als Regel hinstellen möchte — nämlich daß eine durch freihändlerische Handelspolitik „sanktionierte Vermehrung des Exports von Industrieprodukten" hauptsächlich und naturgemäß auf dem Felde gewisser „sozialpolitisch verrufener" Ausfuhrbranchen sich vollziehen werde, m. a. W. unter Vermehrung der Zahl der schlecht gelohnten Arbeitskräfte, unter Herabdrückung des durchschnittlichen Lohnniveaus des Inlands — ist

---

[1]) Anschütz, Die Spielwarenindustrie, 1901, S. 3.

[2]) Außerdem wird noch — neben Papiermaché — Porzellan und Glas verarbeitet. Auch die Porzellan- und die Glasindustrie sind ja „Gebirgsindustrien", begründet — in Thüringen wie Schlesien — auf die Billigkeit des Brennmaterials und der Löhne. Vgl. Wildner und Zimmermann, 1901, S. 11/13.

Die Nürnberger — mit maschinellen Einrichtungen, fabrikmäßig betriebene — Spielwarenfabrikation basiert vor allem auf Verarbeitung von Metall. Anschütz, S. 4.

[3]) So wie in Schlesien, als die Handweberei immer weniger lohnend wurde, besonders im Waldenburger Gebirge, die Arbeitskräfte sich der Porzellanindustrie zuwandten. Vgl. Wildner und Zimmermann, Die Thonwarenindustrie, 1901, S. 12.

[4]) Daß nicht das Überangebot gewisser Produkte auf dem Weltmarkt, sondern das Überangebot von Arbeitskräften an gewissen Punkten des innern Markts den Lohndruck bewirkt, zeigt z. B. auch das Emporkommen der nordamerikanischen Konfektionsindustrie, welches — wie neulich Molkenbuhr (Sitzung der Zolltarifkomm. vom 4. Juli 1902) mit Recht betonte, durch die Einwanderung russischer Juden — die, ehe sie sich allmählich über

vielmehr Ausnahme. Nicht wegen, sondern trotz freihändlerischer Handelspolitik — zufolge von Kausalmomenten, auf welche sie keinen Einfluß hat, aber eine schutzzöllnerische ebensowenig — spielt solche Entwicklung.

Freihändlerische Handelspolitik führt vielmehr — soweit solche Kausalmomente die Tendenz nicht durchkreuzen — zur Steigerung des durchschnittlichen Lohnniveaus im Inland auf das jeweilig mögliche Maximum. Hebung des äußern Marktes wirkt in der Richtung auf Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, tendiert dahin, diejenigen Branchen mehr und mehr zu entfalten, welche ihren Absatz nicht „der Erbärmlichkeit der Arbeitsbedingungen schulden", sondern der Überlegenheit der sonstigen Produktionsbedingungen danken.

III. Das Lohngesetz und der Freihandel.

Will man sich klar werden über die Wirkung von Freihandel, bezüglich Zollschutz auf die Lohnbewegung, so ist aufs schärfste zu unterscheiden zwischen der dauernden Bewegung des allgemeinen Lohnniveaus, der Durchschnittsrate aller Gattungen von Arbeit, und der nur zeitweisen Bewegung der speziellen Lohnraten, der Entgelte, welche einzelne Gattungen von Arbeit erzielen. Nur aus dem Durcheinandermengen Beider erklärt sich, daß die falsche Doktrin — das Protektionssystem wirke als Kausalmoment der Lohnhausse, das System der Handelsfreiheit als Kausalmoment der Lohnbaisse — Gläubige findet. —

1. Temporäre und partikuläre Lohnbewegung.

Daß zeitweise das Lohnniveau in einzelnen Branchen bei Freihandel sich tiefer stellen wird, als es bei Zollschutz sich stellen würde, ist unbestreitbar.

Herrscht freier Wettbewerb zwischen Auslandsgewerben, die niedrigere Spesen haben, und Inlandsgewerben, die teurer produzieren, so sind letztere übel daran. Ob der Vorsprung jener — z. B. der böhmischen Textil der französischen Glasindustrie, der belgischen Streichgarnspinnerei, auf den Schmoller 1879 hinwies[1]) — sich darauf gründet, daß sie billigere Heiz-

das Land verteilt, zunächst in den Hafenplätzen und den ihnen nächstgelegenen Städten staut — ermöglicht worden ist. Es sind immer besondre, in Inlandsverhältnissen begründete Momente, aus welchen die „Hungerlöhne" sich erklären — aus welchen „parasitische" Branchen entstehen, die ebenso oft für den innern Markt arbeiten (z. B. nordamerikanische Konfektion, russische Hausindustrie), wie für den Weltmarkt.

[1]) Vgl. das Zitat, oben S. 76.

oder Rohstoffe haben, vollkommenere Maschinen verwenden u. s. w., oder darauf, daß sie ihre Hände schlechter bezahlen, ist für den Effekt völlig gleichgiltig. Können gewisse Auslandsgewerbe ihre Waren normaliter zu niedrigeren Preisen anbieten wie die entsprechenden Inlandsgewerbe, so lastet hier ein Druck auf dem Unternehmer- wie dem Arbeitereinkommen.

Daran ist kein Zweifel möglich. Aber die Anklage Schmollers, daß „der absolute Freihandel zum äußersten Lohndrücken, zur Spekulation auf Hungerlöhne nötige", ist gleichwohl durchaus verfehlt. Denn jener Druck kann nur zeitweise platzgreifen. Auf die Dauer „nötigt" ja der „absolute Freihandel" solche Inlandsgewerbe, welche die fremde Konkurrenz nicht bestehen können, zum Einschrumpfen, unter Umständen zum gänzlichen Verschwinden.

Unter dem Zwange der fremden Konkurrenz flüchten Unternehmer und Arbeiter aus diesen Branchen. Es bleiben entweder nur diejenigen Betriebe im Gange, welche am günstigsten situiert sind: welche trotz des ausländischen Wettbewerbs den landesüblichen Profit und Lohn zu geben vermögen.[1]) Oder das Totale der wirtschaftlichen Mittel, welches bisher in diesen Inlandsgewerben thätig war, wendet sich andern Branchen zu, die durch den ausländischen Wettbewerb minder gefährdet sind: vielleicht — wofür viele Belege aus der Wirtschaftsgeschichte sich beibringen ließen (z. B. Verschiebung innerhalb der englischen Seiden und Wollindustrie nach dem englisch-französischen Handelsvertrage) — andern Zweigen, Sorten, Qualitäten der gleichen Branche.

Graf Posadowski hat neulich in einer Sitzung der Zolltarifkommission davon gesprochen, daß in österreichischen Handschuhfabriken weit geringerer Lohn gezahlt würde als in deutschen.

Österreichs Handschuhexport nach Deutschland ist beträchtlich. Aber daraus zu folgern, daß kraft solcher Konkurrenz in unsrer Handschuhfabrikation der Lohn niedergehalten werde, wäre ein arger Fehlschluß. Wir betreiben andre Zweige der gleichen Branche wie das Nachbarland. Dieses liefert uns, zufolge des dort allgemein tiefern Lohnstandes, billigere, wir liefern ihm, zufolge des bei uns allgemein höhern Lohnstandes, teurere Handschuhe. Im Jahre 1897 z. B. sandte Österreich nach Deutschland 166 Tonnen Handschuhe aus Leder im Werte von 5,962 000 Mk., d. h. der Wert der Tonne österreichischer Handschuhe betrug rund 35 Mk. Es empfing aus Deutschland 46 Tonnen

[1]) Sofern es sich nicht um Branchen handelt, die künstlich durch Hochschutz emporgezüchtet waren, wird bei Zollherabsetzung in der Regel dieser Fall eintreten — werden nur die unter ungünstigeren Bedingungen produzierenden Unternehmungen von der fremden Konkurrenz verdrängt werden. Vgl. Arndt, Der Schutz der nationalen Arbeit, 1902, S. 17.

im Werte von 2,514000 Mk.; d. h. der Wert der Tonne deutscher Handschuhe betrug rund 54 Mk.

Ob „absoluter Freihandel" waltet, oder (wie z. B. betreffs Handschuhen zwischen Deutschland und Österreich) mäßiger Zollschutz: auf die Dauer ergiebt sich eine der Differenz der Produktionsbedingungen — des Vorsprungs des Inlands hinsichtlich dieser, des Vorsprungs des Auslands hinsichtlich jener Waren — entsprechende Arbeitsteilung. Die „Nötigung" zum „äußersten Lohndrücken" besteht nur für die Übergangsperiode, während deren die neue, vollkommenere Arbeitsteilung sich durchsetzt.

Verläuft der Prozeß so, daß das Inland gewisse Produktionen gänzlich aufgiebt, so kann dann von einem „Werfen" der Löhne nicht mehr die Rede sein. Anders, wenn — wie ja gleicherweise möglich — nur eine Einschränkung erfolgt. Wenn z. B. in Deutschland die Produktion gewisser Handschuhsorten, wegen des Zwanges der österreichischen Konkurrenz, nur seitens der günstigst situierten Fabriken (die trotz höherer Löhne jene Konkurrenz bestehen können) weitergeführt — ein Teil unsres Gesamtbedarfs bei uns hergestellt, ein Teil von drüben bezogen wird.

In letzterem Falle besteht allerdings die Gefahr des zeitweisen „Werfens" weiter. Aber bei mäßigem Zollschutz — d. h. solchem, der nur den Vorsprung „ausgleichen" soll, welchen unter normalen Verhältnissen die fremde Industrie voraus hat — ist sie genau gleich groß wie bei „absolutem Freihandel".

Bloße Ausgleichszölle haben Schutzkraft — ich muß hier früher Gesagtes nochmals anmerken — nur solange die Auslands- bezw. die Inlandspreise normale sind.

Angenommen, der Vorsprung der österreichischen Handschuhfabrikation betrage der niedrigeren Löhne halber normaliter 20%. Und demgemäß seien die deutschen Zölle so angesetzt, daß sie gegen 20% des Warenwerts ausmachen. Bei normaler Konjunktur hüben und drüben ist die Schutzkraft gegen das „Werfen" der Löhne vorhanden; sobald aber — wegen Überproduktion daselbst — die österreichischen Handschuhe um mehr als 20% unter den Normalpreis sinken, zessiert sie: der Import schwillt an, bewirkt eine Lohnbaisse in unseren Fabriken. Und gleiches ergiebt sich, wenn — wegen Unterproduktion bei uns — die deutschen Handschuhe um mehr als 20% über den Normalpreis steigen.

Ist der Zollschutz derart bemessen, daß er durch das Hin und Her der Preise im Inland oder Ausland paralysiert werden kann, so muß dann und wann eine Lohnbaisse, als Wirkung überdurchschnittlicher Einfuhr sich geltend machen. Bucht man — wie Schmoller — dies Risiko ausschließlich

zu Lasten des Systems „absoluten Freihandels", so erscheint das bei uns vertretene Protektionssystem in einem viel zu günstigen Lichte. Die Wahrheit ist, daß dieses die fremde Konkurrenz ebensowenig fern hält[1]) wie jenes: zeitweise geschieht die „Invasion" unter diesem wie jenem.

Nur ein weit rigoroseres Protektionssystem — ein solches, das nicht nur Ausgleich zu schaffen, sondern Vorsprung zu geben bezweckte — könnte dauernd und allgemein als Schutz der nationalen Arbeit gegen die Gefahr des „Werfens" der Löhne vom Auslande her wirken. Aber — dann würde die Gefahr der Lohnbaisse zufolge Vorkommnissen im Inlande steigen. Wie oben ausgeführt: je höher der Zollschutz, je monopolistischer die Stellung der Unternehmer auf dem Binnenmarkt, desto größer die Versuchung zur Überproduktion, desto größer das Risiko schwerer Krisen, und damit schwerer Lohnbaisse.[2]) —

2. Dauernde und allgemeine Bewegung des Lohnniveaus.

Zweifellos ist erstens, daß jedesmal, wenn ein Schritt auf der Bahn des Zollschutzes gethan wird, einzelnen, d. h. den jetzt mehr beschützten Inlandsgewerben eine zeitweise Preis-, Profit-, Lohnhausse winkt. Zweifellos ist, daß dagegen jedesmal, wenn eine Maßnahme im Sinne des Freihandels erfolgt, in einzelnen, d. h. den jetzt minder beschützten Inlandsgewerben die umgekehrte Bewegung platzgreifen muß.

Zweifellos zweitens, daß unter dem System der Handelsfreiheit — auch nachdem es voll in Kraft getreten wie in England — Verschiebungen innerhalb der nationalen Produktion kraft fremder Konkurrenz immer von neuem sich ereignen werden: bald hier, bald dort. Zweifellos, daß dagegen ein System des Hochschutzes — ein System kräftiger Vorsprungszölle — solchen Verschiebungen zu wehren, dauernd und allgemein Lohnbaisse zu folge „Überschwemmung" zu verhindern vermag.

Aber letztere Thatsache kann ja, wie soeben bemerkt, die sozialpolitische Bilanz keineswegs zu Gunsten des Hochschutzes wenden. Denn: daß sich das Risiko der „Übertreibungen" der inländischen Konkurrenz — d. h. das Risiko inländischer Krisen, die das Lohnniveau heruntertreiben — desto mehr erhöht, je höher der Zollschutz, ist das größere Übel.

Und was erstere Thatsache betrifft, so kommt man mit dem Hinweise auf solche temporäre und partikuläre Bewegungen, die sich bei jedem

[1]) Wie auch die Führer der Nationalliberalen immer wieder behaupten; vgl. z. B. die Reichstagsrede Paasches vom 13. Dezember 1902.

[2]) S. 38 und S. 60 ff.

Wechsel der Zollpolitik in der oder jener Richtung vollziehen, der Entscheidung des Problems, ob der Lohn auf die Dauer und allgemein unter dem System der Handelsfreiheit tiefer oder höher stehen werde als unter dem Protektionssystem, nicht um eine Linie näher. Ebensowenig wie der Entscheidung des Problems, ob auf die Dauer und allgemein das Maschinensystem den Lohn zu heben oder zu drücken tendiere, mit dem Hinweise auf das Elend der Handarbeiter, welche mit dem Umsichgreifen der Maschinen Technik jetzt in diesem, dann in jenem Zweige des Erwerbslebens brotlos werden.

Beide Probleme setzen zu ihrer Lösung die Kenntnis des der heutigen Wirtschaftsordnung eigentümlichen „Lohngesetzes" voraus, d. h. die Kenntnis der Kausalformel, welche die oberste Ursache darlegt, von der die Verteilung des Gesamtprodukts zwischen der Klasse der Boden- bezw. Kapitalbesitzer und der Klasse der Arbeiter abhängt. Nur auf dem Umwege über diese Kausalformel gelangt man zur Beantwortung der Frage nach den Wirkungen der Handelssysteme, bezw. der technischen Systeme auf das Einkommen der Arbeiterklasse.

Dieses Lohngesetz lautet nun: die Bewegung der Produktivität der Volkswirtschaft, die reflektiert in der Bewegung des Preisniveaus, bildet die oberste Ursache der Bewegung des nationalen Lohnniveaus, der durchschnittlichen Lohnrate.

Steigerung der Produktivität bewirkt auf die Dauer und allgemein Erhöhung des Arbeits-, Erniedrigung des Besitzeinkommens. Minderung der Produktivität bewirkt auf die Dauer und allgemein Erniedrignng des Arbeits-, Erhöhung des Besitzeinkommens. Steigt die Produktivität, indem die „Produktion auf Land" produktiver wird, so steigt der Lohn, fällt die Grundrente; und umgekehrt. Steigt die Produktivität, indem die „Produktion mit Kapital" produktiver wird, so steigt der Lohn, fällt die Kapitalrente (Zins und Profit); und umgekehrt. Der Lohn steigt und fällt mit der Produktivität.

Der Stand der Produktivität einer Volkswirtschaft bestimmt sich aus dem Verhältnis zwischen der Gesamtheit der wirtschaftlichen Mittel (Natur, Arbeit, Kapital), die sie zu Dienste des Reichtumszwecks verfügbar hat und verwertet, und dem Gesamtergebnis der Verwertung dieser Mittel, dem Totale materieller Güter, das sie daraus gewinnt; m. a. W. aus dem Verhältnis zwischen volkswirtschaftlichen Produktionskosten und volkswirtschaftlichem Produktionsertrage (Gesamtprodukt).

Eine Steigerung der Produktivität ist dann eingetreten, wenn einem

gegebenen Quantum wirtschaftlicher Mittel jetzt größeres Quantum von Produkt abgewonnen wird als früher. Also z. B. wenn es gelingt, auf gegebener, bereits benutzter Bodenfläche mit gleichem Arbeitsaufwand mehr Korn u. s. w. zu erzeugen als bisher: bezüglich, wenn Bodenstücke der Produktion neu erschlossen werden, auf welchen eine gleiche Menge von Korn u. s. w. mit geringerem Arbeitsaufwande erzeugt werden kann wie auf den schlechtesten — wirtschaftlich schlechtesten, d. h. das Maximum von Arbeitsaufwand erfordernden — Bodenstücken, welche bisher mit herangezogen werden mußten, um den Gesamtbedarf zu decken. Oder wenn arbeitsersparende Maschinen eingeführt werden, u. s. w.

Eine Minderung der Produktivität ist dann eingetreten, wenn einem gegebenen Quantum wirtschaftlicher Mittel jetzt geringeres Quantum von Produkt abgewonnen wird wie früher. Also z. B. wenn die Zunahme der Bevölkerung zwingt, Bodenstücke, die noch schlechter sind als die schlechtesten, die bisher benutzt wurden, in Anspruch zu nehmen: bezüglich den Arbeitsaufwand auf den bereits in Anbau stehenden Bodenstücken zu steigern, aber mit abnehmenden (d. h. im Verhältnis zum Arbeitsaufwande abnehmenden) Erträge. Oder wenn vollkommenere Methoden der Technik, die schon in Übung standen, wieder außer Übung kommen; wenn der Gebrauch arbeitsparender Maschinen einschrumpft — etwa deshalb, weil der Bezug vom Auslande, welcher bisher statthatte, durch Hochzölle erschwert wurde und sie nun mehr im Inlande, mit weit größerem Arbeitsaufwand, hergestellt werden müssen.

Zahllos sind die Formen der Verschiebung der Produktivität. An jedem Punkte der Volkswirtschaft, auf jedem Gebiete kann solche Verschiebung platzgreifen: aus den verschiedensten Gründen. Und Steigerung der Produktivität hier kann durch Minderung der Produktivität dort aufgewogen werden; wie umgekehrt.

Aber immer handelt es sich — bei Steigerung der Produktivität — darum, daß weniger Mittel als bisher gebunden zu werden brauchen behufs Erzielung des gleichen wirtschaftlichen Ergebnisses; m. a. W. daß die Produkteinheit ein geringeres Quantum von Produktivkräften aufsaugt als zuvor — und damit der reale Preis der Produkteinheit sinkt.[1]) Aller wirtschaftliche Fortschritt, so proteusartig er zunächst dem Auge sich darstellt, beruht auf Ersparnis von Mitteln, auf Verbilligung der Objekte, welche den Zweck der Anwendung der Mittel bilden. Ob die Ersparnis am

[1]) Der reale Preis jeder Ware ist ja die Summe wirtschaftlicher Mittel, die sie kostet — die behufs ihrer Erzeugung gebunden werden muß.

Natur, oder am Arbeits- oder am Kapitalfaktor (d. h. indirekt am Arbeitsfaktor) eintritt, ist ganz gleich. Nur darauf kommt es an, daß ein Produkt, welches bisher mehr Mittel verschlang, jetzt deren weniger verschlingt — daß also Mittel, die bisher gebunden waren, frei werden, sei es um mehr von dem Produkte zu erzeugen, an welchem die Ersparnis geschah, sei es von irgend welchem andern. Der Volksreichtum wächst nur durch Mittelersparnis, geht nur herab, wenn die entgegengesetzte Bewegung platzgreift.

Und — wie oben schon gesagt — im ersteren Falle steigt mit dem Volksreichtum, anders gefaßt: steigt mit der steigenden Produktivität das Arbeitseinkommen; im letztern Falle fällt es. Sinkt, zufolge Steigerung der Produktivität, der Preis (irgendwelcher Produkte), so erhält der Lohn die Tendenz zum Steigen. Steigt, zufolge Verminderung der Produktivität, der Preis (irgendwelcher Produkte), so erhält der Lohn die Tendenz zum Sinken. Jede Verbilligung irgendwelcher Produkte kommt der Arbeiterklasse als Ganzes zu gute; jede Verteuerung bringt ihr Schaden. Caeteris paribus, wenn nicht hinsichtlich andrer Produkte das Gegenteil eintrtt, wird im ersteren Falle die materielle Lage der Masse eine bessere, im letzteren eine schlechtere.

Das ist, wie ich sie in meiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform" taufte, die Konträrtheorie. Der „Lohn" bewegt sich umgekehrt wie der „Preis",[1]) in gleicher Richtung wie die Produktivität. —

In jener Schrift habe ich ausschließlich die Wirkung der Bewegung des Kornpreises auf die Lohnbewegung untersucht und dabei — weil es darauf ja allein ankommt — immer von der Wirkung auf das allgemeine Lohnniveau auf die Dauer gesprochen. Ich habe dort nachgewiesen, daß, wenn nicht andre die Lohnbewegung mit beeinflussende Faktoren (der Kornpreis, sagte ich, sei nur „unus ex multis") in entgegengesetzter Richtung wirken, ein Steigen des Kornpreises — welches, nach der oft mißverstandenen, nie widerlegten Lehre Ricardos, zur Voraussetzung hat ein Herabgehen der Produktivität der Kornwirtschaft (Inangriffnahme neuer minder produktiver Kornböden, stärkere Inanspruchnahme bereits bebauter Kornböden bei „abnehmendem Ertrage") — ein Sinken des Lohnniveaus bewirken müsse. Umgekehrt: ein Sinken des Kornpreises — welches zur Voraussetzung hat ein Heraufgehen der Produktivität der Kornwirtschaft (Erschließung neuer produktiverer Böden, Mehrproduktion auf bereits bebauten Böden bei „zunehmendem Ertrage") — ein Steigen des Lohnniveaus. Kurz: daß, caeteris paribus, Kornpreis und Durchschnittsrate des Arbeitsentgelts konträr sich bewegen.

Steigt z. B. zufolge höheren Kornschutzes der Kornpreis, so muß — ich wiederhole

[1]) Wenn der Preis irgendwelcher Produkte steigt oder fällt, ohne daß an andern Produkten eine Gegenbewegung eintritt, so steigt oder fällt damit der „Preis", d. h. das durchschnittliche Preisniveau.

nochmals: caeteris paribus — das Lohnniveau sinken; sinkt zufolge niedrigeren Kornschutzes der Kornpreis, so muß das Lohnniveau steigen. Was vom Kornschutz gilt, gilt — wie im Folgendem zu zeigen — vom Zollschutz allgemein. Je mehr dieser das allgemeine Preisniveau emportreibt, d. h. die Produktivität der Volkswirtschaft herabdrückt, desto mehr tendiert das Lohnniveau zur Baisse; und umgekehrt.

Diehl macht die Unterscheidung zwischen dauernder Bewegung des allgemeinen Lohnniveaus und zeitweiser Bewegung der speziellen Lohnraten nicht — und daher gelingt ihm, wie er meint und wie manche Andre, welche den gleichen Fehler begangen haben, mit ihm meinen, seine „Widerlegung".

Er hat versucht, meine „theoretische Spekulation" dadurch ad absurdum zu führen, daß er zeigt, wie die Lohnraten einzelner Arten von Arbeit, an einzelnen Orten, zu einzelnen Zeiten — bisweilen operiert er sogar mit Lohnraten einer einzelnen Unternehmung! — nicht konträr, sondern parallel dem Kornpreise sich bewegt haben; bezüglich, daß solche spezielle Lohnraten stabil geblieben seien, während der Kornpreis schwankte, oder daß sie schwankten, während der Kornpreis stabil blieb.

Das ist, wie Arndt („Nation", 1901, Nr. 21) sich ausdrückt, ein spaßhaftes „Einrennen offner Thüren". Das trifft mich nicht, wie Rathgen in seiner Kritik (Schmollers Jahrbuch, 1901) sagt. Es ist doch selbstverständlich, daß Ursachen, die in den besondern Verhältnissen, vielleicht ganz rasch wieder sich ändernden Verhältnissen spezieller Branchen, Ortschaften, Jahre wurzeln, innerhalb dieser Branchen u. s. w. eine Bewegung bedingen können, welche der dauernden Bewegung des allgemeinen Lohnniveaus zuwiderläuft.[1])

Nehmen wir das letzte Beispiel, welches Diehl beibringt. „In Morrley standen die Löhne zu Beginn der vierziger Jahre, im Vergleich zu denen zu Beginn der dreißiger Jahre, für die Baumwollfabrikarbeiter um 25%, für die Wollefabrikarbeiter sogar um 45% niedriger!" ... „Die Getreidepreise waren ganz gleich in den verglichenen Zeitpunkten, die Löhne zeigten die größte Veränderung auf". (S. 55).

Wie waren denn die Verhältnisse in der britischen Textilindustrie „zu Beginn der vierziger Jahre"? Marx notiert: „1840 große Depression, Aufstände, Einschreiten des Militärs; 1841 und 1842 furchtbares Leiden der Fabrikarbeiter; 1842 schlossen die Fabrikanten die Hände von den Fabriken aus, um den Widerruf der Korngesetze zu erzwingen" (Kapital, Bd. I, 1883, S. 468). Daß in einem Gewerbe, welches „eine Depression aufweist" (Diehl, S. 54), das Lohnniveau, trotz normalen Kornpreises, stark fällt, widerlegt doch meine Theorie nicht? Normaler Kornpreis ist doch nicht allein imstande, den Markt aller Branchen zu halten, gegen ungünstige Einflüsse zu schützen — der Kornpreis ist ja nur „unus ex multis", nur einer von vielen lohnbestimmenden Faktoren.

Dagegen zeigen die auf längere Zeiträume sich erstreckenden Tabellen, welche Diehl der Schrift von Bowley (Wages in the United Kingdom in the 19th Century, 1900) entnimmt, daß auf die Dauer Steigen des Lohns bei Fallen des Kornpreises erfolgt ist.

So die — wennauch „nur auf einer vagen Schätzung" beruhende — Tabelle Bowleys über die Bewegung des Durchschnittslohnes in England 1795/1897, (S. 51). Diehl

---

[1]) Ich verwende nur darum hier einige Seiten zur Kritik der Diehlschen Schrift, um, wenn möglich, zu verhüten, daß ein weiterer Kritiker bei „Widerlegung" dieses Aufsatzes das gleiche Quidproquo begehe.

bemerkt dazu: „unbekümmert um das Auf und Ab des Getreidepreises, hält also der Lohn im Allgemeinen stetig seine steigende Tendenz bei". Hat aber nicht — trotz manchem Auf und Ab — der Getreidepreis „im Allgemeinen stetig" seine sinkende Tendenz beibehalten? Nur von der allgemeinen Tendenz „on the long run" habe ich gesprochen.

So die Tabelle über die Bauarbeiterlöhne in Edinburg 1810/1897, (S. 53). „Wir finden — sagt Diehl — daß die Löhne sich konstant aufwärts entwickeln! Und welche ungeheure Verschiedenheit weist der Getreidepreis in dieser Periode auf: Weizenpreise von 186 sh. 5 d. im Jahre 1810 und von 22 sh. 19 d. im Jahre 1892 kamen in diesen Perioden vor". Gewiß: von Jahr zu Jahr sind die „Verschiedenheiten" — wenigstens bis 1850, dann und wann auch nachher noch — der Getreidepreise ungeheure gewesen. Aber in der langen Linie haben sie sich seit Ende der napoleonischen Ära konstant abwärts entwickelt — d. h. sich konträr wie die Löhne bewegt.

Die Thatsache, daß (s. oben) das Durchschnittseinkommen der Arbeiterklasse Englands, wenigstens das Durchschnittseinkommen aller der Arten englischer Arbeit, welche Bowley untersucht hat — während des 19. Jahrhunderts stetig gestiegen, während der Getreidepreis, im Durchschnitte der Dezennien, stetig gefallen ist, beweist für meine „theoretische Spekulation". —

A. Schulz (Kornzoll, Kornpreis und Arbeitslohn, 1902) hat, mit seiner scharfsinnigen Kritik der Diehlschen Schrift, mich der Mühe, meinerseits des Breiteren auf die Frage zurückzukommen überhoben, — einer ganz „unwirtschaftlichen" Mühe, da eben jene Schrift auf einem völligen Mißverstehen beruht, welches bei einigermaßen sorgsamer Lektüre meiner Ausführungen nicht möglich gewesen wäre.[1])

Ich verweise ferner noch auf Schäffle (Votum gegen den neuesten Zolltarifentwurf, 1902), der sich mir durchaus anschließt. Auf H. Levy (die Not der englischen Landwirte zur Zeit der hohen Getreidezölle, 1902) der hervorhebt, daß die Lage der Landarbeiter „zur Zeit der hohen Getreidezölle die denkbar traurigste" war, während sie später „bei stetiger und starker Verbilligung des wichtigsten Nahrungsmittels steigende Löhne bezogen". —

Folgendes möchte ich noch bemerken:

Nicht ich habe den Fehler begangen, den Kornpreis zum allein maßgebenden Faktor der Lohnbewegung zu machen — habe vielmehr immer wieder, mit Nachdruck, betont, daß der Kornpreis nur ein Kausalmoment unter vielen andern sei; sondern unsre Agrarier. Sie sind es, die der öffentlichen Meinung weißmachen wollen, daß mit Sinken des Kornpreises das allgemeine Lohnniveau sinken müsse, während es mit Steigen des Kornpreises steigen, wenigstens nicht fallen werde. Diese agrarische Irrlehre, erzeugt aus dem Sonderinteresse der Kornproduzenten, habe ich bekämpft, indem ich nachwies, daß, soweit die Bewegung des Lohnniveaus von der Bewegung des Kornpreises abhänge, das Umgekehrte zutreffe.

Diehl vertritt die agrarische Irrlehre nicht. Er meint: „die nationalökonomische Wissenschaft kann über das Problem, wie eine Erhöhung oder Erniedrigung des Getreidepreises auf die Lohnhöhe einwirken wird, nichts Bestimmtes aussagen; sie muß offen ihr Ignoramus eingestehen. Nur das ist sicher, daß eine nennenswerte Erhöhung des Zolls

[1]) Bezüglich mancher Anhänger, die Diehl gefunden hat, wage ich die Konjektur, daß — Solches kommt ja nicht so selten vor — sie nur die „Widerlegung" gelesen haben und sich dabei beruhigt.

auch eine Erhöhung des Getreidepreises bewirken wird, und das ist auch die Absicht des Zolles. Wie aber diese Erhöhung des Getreidepreises auf die Lohnverhältnisse einwirken wird, ist nicht vorauszusagen; nichts aber spricht dafür, daß eine eventuelle Erhöhung des Getreidepreises unbedingt eine Erniedrigung des Lohnes nach sich ziehen müsse. In der Erhöhung des Getreidepreises zahlt die ganze Volkswirtschaft einen Tribut für die Landwirtschaft — welche Klassen aber speziell diesen Tribut tragen müssen, ist nicht vorher zu bestimmen: jedenfalls haben die weitesten Kreise gemeinsam dies Opfer zu tragen und es ist nicht abzusehen, warum nicht durch eine Verminderung des Kapitalprofits und der Unternehmergewinne zum Teil dieser Tribut aufgebracht werden soll." Wagner stimmt ihm völlig zu: „die Rückwirkung des Korn- und selbst des Brotpreises auf den Lohn ist ein schwieriges, nicht einfach nach einer Formel lösbares Problem" (Agrar- und Industriestaat, 2. Aufl. S. 38).

Zu behaupten, daß „eine eventuelle Erhöhung des Getreidepreises" — zufolge Steigerung des Getreidezolles oder irgendwelcher sonstiger Ursache (z. B. Wachstum der Bevölkerung) — „unbedingt eine Erniedrigung des Lohnes nach sich ziehen müsse", wäre allerdings im höchsten Maße gewagt. Zu entscheiden, ob nach einer Steigerung „des Korn- und selbst des Brotpreises" der Lohn steigen oder fallen werde — das ist nicht nur ein schwieriges, sondern ein unlösbares Problem; ebenso unlösbar wie das Problem, ob nach einer Steigerung des Getreidezolls der Getreidepreis steigen oder fallen werde. Hier wie dort heißt es: ignoramus; sogar: ignorabismus! Weder heute noch jemals wird die Wirtschaftslehre dahin gelangen, über solche Fragen des „post" sichern Aufschluß zu geben. Denn der Getreidepreis ist nur ein Faktor des Lohns, der Getreidezoll nur ein Faktor des Getreidepreises; wie die Summe der übrigen Faktoren, die auf Lohn, bezüglich Getreidepreis influieren, sich künftig gestalten wird, weiß Niemand.

Es ist keineswegs sicher, daß nach einer nennenswerten Erhöhung des Zolles eine Erhöhung des Getreidepreises eintreten wird (s. oben das Zitat aus Diehl); der Preis kann ebensogut eine Erniedrigung erfahren. Es ist keineswegs sicher, daß nach einer nennenswerten Erhöhung des Getreidepreises eine Erniedrigung des Lohnes eintreten wird; der Lohn kann ebensogut eine Steigerung erfahren. Aber — sicher ist, daß im ersteren Falle die Tendenz zur Preiserhöhung, im letzteren Falle die Tendenz zur Lohnerniedrigung ausgelöst wird; daß Getreidezollerhöhung auf Preiserhöhung hinwirkt, Brotpreiserhöhung auf Lohnerniedrigung. Anders ausgedrückt: sicher ist, daß ohne jene der Preis niedriger, ohne diese der Lohn höher sein würde.

Die Frage des „propter" — das Problem der Bestimmung der Richtung, in welcher eine Erhöhung des Getreidepreises auf den Lohn (bezw. eine Zollerhöhung auf den Preis) wirken müsse —) zu lösen, ist für ein Gehirn, das über sozialökonomische Kausalzusammenhänge nachzudenken geschult ist, keineswegs schwierig. Und es ist lösbar „einfach nach einer Formel", einer mittels der Methode der Isolierung gewonnenen Formel.

„Wenn eine Wirkung" — Bewegung des allgemeinen Lohnniveaus — „durch das Zusammenwirken mehrerer Ursachen" — Bewegung des Preises des Korns und der Preise aller übrigen Dinge, m. a. W. Bewegung der Produktivität der Volkswirtschaft auf allen Gebieten der Gütererzeugung; und viele andre Ursachen noch — „hervorgebracht wird, so muß die Wirkungsweise jeder dieser Ursachen isoliert untersucht werden" (J. St. Mill.) Dies muß geschehen und kann geschehen. So, und zwar nur so, lassen sich die „Herzensgeheimnisse der Produktion" (Lassalle) allmählich ergründen. Wer, mit Diehl, das resignierte „Ignoramus" spricht, erklärt die theoretische Wirtschaftslehre bankrott. Denn was von dem Problem des Einflusses der Kornpreisbewegung auf die Lohnbewegung gilt, muß

dann auch gelten für alle übrigen Fragen, bei denen es sich um Aufhellung sozialökonomischer Phänomene handelt, die durch das Zusammenwirken mehrerer Ursachen hervorgebracht werden; also: für das Problem der kausalen Erkenntnis der Phänomene der Einkommensbildung überhaupt.

Stimmt Wagner, wie er in jener Schrift betont, mit mir betreffs der Methodik unsrer Wissenschaft überein, so verstehe ich nicht, wie er schreiben kann, daß Diehl sich „mit Erfolg" gegen meine „Deduktionen" wende. Nur auf deduktivem Wege ist dem Problem „Kornpreis und Lohn" näher zu kommen. Diehl liefert selbst Beweis dafür: nachdem er betont hat, daß das Problem „nur durch ein sorgfältiges Eingehen auf das Thatsachen-Material" gelöst werden könne (S. 32), und dann eine Fülle solchen Materials (allerdings, wie oben bemerkt, zur Widerlegung meiner Theorie untauglichen Materials) beigebracht hat, schließt er mit dem „Ignoramus". —

Positiv sagt Diehl, daß die Lohnbewegung das Ergebnis „harter Macht- und Interessenkämpfe" sei, die „nicht nach einer Schablone verlaufen, sondern je nach den Kampfbedingungen der einzelnen Klassen" und manchem Anderem noch „verschieden ausgehen können und müssen" (S. 32). Wie die Kornpreisbewegung auf die Lohnbewegung wirke, hänge, u. A., ab von der „Macht der betreffenden Arbeiterkategorie, den wirtschaftlichen Konjunkturen" (S. 35); seien letztere günstige, so werde „bei einer beträchtlichen Erhöhung des Brotpreises sicher von den Arbeitern eine Lohnerhöhung erkämpft" werden.

Ganz gewiß. Es giebt schwerlich Jemanden, welcher das leugnete. Aber — was ich behaupte und bewiesen zu haben glaube,[1]) ist ja eben, daß die Kampfbedingungen, die Machtverhältnisse, die Konjunkturen für die Arbeiterklasse als Ganze besser werden, wenn der Kornpreis sinkt, schlechter werden, wenn er steigt.

Die Aufgabe der Wissenschaft besteht doch darin, mit solchen vagen Allgemeinheiten — „Kampfbedingungen" u. s. w. — aufzuräumen, die dem Diktum, daß „die Armut von der großen Poverteh" komme, so verwandt sind. Sie besteht doch darin, zu untersuchen, von welchen Momenten hängt denn der Stand der „Kampfbedingungen" u. s. w. ab; und welchen Einfluß auf die Lohnbewegung hat es, wenn dieses oder jenes Moment sich einstellt; z. B. zu untersuchen: welchen Einfluß hat es, wenn nur der Kornpreis sich ver-

[1]) Diehl hat anerkannt, daß, „wenn die Voraussetzungen", auf die ich meine Theorie stellte, richtig wären, die weiteren Schlußfolgerungen „mit logischer Schärfe gezogen" seien (S. 31).

Die Voraussetzungen sind aber richtig. Es kommt nämlich nur darauf an, daß jetzt eine Steigerung, dann eine Minderung der Produktivität des Kornbaus, oder — mit Thünen und vielen Neueren gesprochen — jetzt ein Steigen, dann ein Fallen des realen Kornprodukts des „letzten Arbeiters" erfolgt. Erfolgt solches Auf und Ab in concreto, so muß — wenn auch „in Wirklichkeit", worauf Diehl mich hinweist, sich nicht nur, wie ich um die Sache zu vereinfachen supponierte, zwei Klassen (Bodenherrn und Arbeiter) gegenüberstehen, sondern auch noch Pächter und Kapitalisten-Unternehmer: wenn es auch „in Wirklichkeit" große, mittlere, kleinere Besitzer landwirtschaftlicher Güter giebt, bei welchen letzteren „oft Rente, Zins, Lohn und Unternehmergewinn zusammenfließen" (Diehl, S. 32) — so muß eine Steigerung der Produktivität des Kornbaus, muß ein Steigen des realen Kornprodukts des „letzten Arbeiters" (Minimalprodukts), auch in der Volkswirtschaft der „Wirklichkeit" als Kausalmoment der Lohnhausse wirken, die umgekehrte Bewegung als Kausalmoment der Lohnbaisse.

schiebt, alles Übrige gleichbleibt? Wer die Notwendigkeit solchen schrittweisen, isolierenden Vorgehens verkennt, der verurteilt allerdings die Wissenschaft zum „Ignoramus"; dann kann sie allerdings über jene vagen Allgemeinheiten nicht hinaus kommen.

Daß „in Wirklichkeit" die mittels der Methode der Isolierung bestimmte Tendenz solcher einzelnen Moments abgeschwächt, vielleicht überwogen werden kann durch das Gegenspiel andrer Momente, denen andre Wirkungsweisen innewohnen — das ist, wie eben schon gesagt, selbstverständlich. Trotz steigenden Kornpreises kann ein Steigen des Lohns eintreten; z. B. deshalb, weil die Preise gewisser Industrieartikel stärker fallen, als der Kornpreis gestiegen.

Das Ungünstigerwerden der „Kampfbedingungen" kraft Eingreifen jenes Moments kann durch das Gegenspiel dieses Moments, welches die „Machtverhältnisse" für die Arbeiterklasse günstiger gespaltet, paralysiert werden. So lagen in Wirklichkeit die „wirtschaftlichen Konjunkturen" in England bis zur Aufhebung der Kornzölle (s. oben S. 6/7). So lagen sie gleichfalls auf dem Kontinent bis zum sechsziger Jahrzehnt: trotzdem in der Landwirtschaft das Gesetz des „abnehmenden Ertrages" sich geltend machte (dessen Folge das Steigen des Preises von Getreide u. s. w. und damit der Grundrente war), ging der Lohn empor; denn die lohnmindernde Tendenz dieses Gesetzes wurde durch die lohnsteigernde Tendenz des Gesetzes des „zunehmenden Ertrages" in der Industrie überwogen. Zog die Minderung der Produktivität der Landwirtschaft den Lohn herab, so trieb die Steigerung der Produktivität der Industrie ihn herauf.

Entkräftet aber dieser Verlauf der Dinge die „theoretische Spekulation", daß Steigen des Kornpreises in Richtung auf Lohnbaisse wirke? Keineswegs: der Lohn wäre eben noch stärker emporgegangen, wenn damals nicht nur die Fabrikate, sondern auch die Lebensmittel und Gewerkstoffe billiger geworden wären. Seitdem die „Not" der westeuropäischen Landwirtschaft begann — seit dem siebziger Jahrzehnt, da der Preisfall der Agrarprodukte einsetzte, während der Preisfall der Industrieartikel fortdauerte, ging thatsächlich der Lohn noch stärker empor als vordem.

„Der Lohn — schrieb ich (a. a. O., S. 47) — stieg, die Rente fiel in ganz Westeuropa. Die Ursache lag darin, daß die Produktivität der Volkswirtschaften Deutschlands, Englands u. s. w. hinsichtlich der Versorgung mit Korn stieg, indem — in Osteuropa und Übersee — Kornböden gewaltiger Ausdehnung . . . verfügbar wurden, auf denen die Arbeit (der Kornerzeugung) produktiver war als auf den mindestproduktiven, unter dem Zwange steigender Bevölkerungsziffer mit Korn bestellten Ländereien Westeuropas"; von denen m. a. W. Korn zu billigerem Preise geliefert werden konnte.

Nach Diehl ist mit solcher Kausalerklärung „das eigentliche Wesen des Problems gar nicht getroffen".

„Was den gestiegenen Lohn[1]) anlangt, so ist dieser nicht auf das Fallen der Rente" — oder Fallen des Preises, Steigen der Produktivität — „zurückzuführen, sondern durch den Aufschwung der Industrie zu erklären, die in der Lage ist, höhere Löhne als

[1]) Betreffs der gefallenen Rente sagt Diehl:

„Nicht, ob durch die transozeanische Konkurrenz die Grundherrn sich eine Reduktion ihrer Rente gefallen lassen müssen, und zwar mit dem andrerseits günstigen Resultat, daß der Lohn stiege — nicht so ist der Zusammenhang; sondern durch diese Konkurrenz ist die ganze Rentabilität des deutschen Kornbaus in weitem Umfange in Frage gestellt . . . Nicht nur die Rentabilität der hinzukommenden schlechtesten Bodenklassen . . . sondern

früher zu zahlen; der Landwirt ist gezwungen, diese Lohnerhöhung wenigstens teilweise mitzumachen; und es ist die Frage, ob unter solchen gestiegenen Produktionskosten die Landwirtschaft noch rentabel bleibt". (S. 33.)

Ob die Landwirtschaft dann noch rentabel bleibt, ist allerdings die Frage. Aber hier handelt es sich blos um die Frage, woher das Steigen des Lohns?

Diehl meint es mit dem Hinweis auf das Steigen des Lohnes in der Industrie erklären zu können. Dem Praktiker leuchtet das sofort ein — er hat Ähnliches oftmals in seiner Zeitung lesen können,[1]) er fragt nicht weiter. Wie ein Fachmann sich damit zufrieden geben kann, ist mir unverständlich. Es liegt doch auf der Hand, daß mit dem Hinweis auf die „Industrie" nur eine Zwischenantwort gegeben wird; die Bewegung der Nachfrage nach Fabrikaten hängt ja ab von der Bewegung des Angebots an Lebensmitteln und Gewerkstoffen. (s. oben S. 50/51.) Der Fachmann muß weiter fragen: woher dieser „Aufschwung", woher kommt es, daß die Industrie „in der Lage ist, höhere Löhne als früher zu zahlen"?

Ich behaupte: unter Anderem (vgl. Kornzoll und Sozialreform, S. 48, wo ausdrücklich gesagt ist, daß auch die Steigerung der Produktivität der Industrie u. s. w. mitwirkte) daher, daß der Kornpreis fiel, indem jene produktiveren Kornböden in der Ferne zur Versorgung des deutschen, britischen u. s. w. Volks herangezogen werden konnten. Unter Anderem deshalb, weil die Agrarstaaten mehr Korn u. s. w. importierten, konnte die Industrie Westeuropas mehr Fabrikate absetzen. Unter Anderm deshalb, weil das Korn der Agrarstaaten billiger sich stellte als das westeuropäische, kam diese sich ausdehnende Industrie in die Lage, höhere Löhne zu zahlen.

Daß das industrielle Lohnniveau in Westeuropa stieg, führte — daran ist kein Zweifel — zur Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus: die Landwirtschaft war gezwungen „mitzumachen". Daß aber jener Aufschwung der Industrie eintrat; daß die deutschen u. s. w. Fabrikanten immer mehr Arbeitskräfte beschäftigen konnten und sie immer besser lohnen mußten — das war unter Anderm die Folge der Steigerung der Produktivität der Weltlandwirtschaft (genauer: der Landwirtschaft des Gebietes der Welt, von welchem aus die Versorgung des deutschen u. s. w. Marktes, direkt oder indirekt,

---

auch der schon angebauten Fläche, und zwar nicht nur derjenigen Böden, die durch hohe Ankaufspreise zu Zeiten steigender Getreidepreise mit hohen Renten belastet sind, sondern auch Böden mittleren und kleineren Umfangs, bei denen der Ertrag wesentlich Lohn der Arbeit und Verzinsung des Betriebskapitals darstellt". (S. 33.)

Ich weiß nicht, wie Diehl dazu kommt, zu meinen, daß ich leugne, die „ganze Rentabilität" sei gesunken; natürlich muß sie sinken, wenn die der „schlechtesten" Bodenklassen sinkt. Wer hat denn, seit Ricardo, sich die Sache anders vorgestellt? Und ferner weiß ich nicht, was die Behauptung, daß „bei Böden mittleren und kleinen Umfangs . . . der Ertrag wesentlich Lohn der Arbeit und Verzinsung des Betriebskapitals darstellt", mit dem Problem, ob das Fallen der Rente eine Ursache, eine der Ursachen, des Steigens des Lohns war, zu schaffen hat? Da auch bei Wagner eine ähnliche Behauptung sich findet (a. a. O., S. 97), so will ich darauf hinweisen, daß „der Lohn der Arbeit und die Verzinsung des Betriebskapitals" auf bäuerlichen und Zwerggütern, genau so wie auf großen Besitzungen, sich doch differenziert nach der Bodenqualität — d. h. das Rentenphänomen von dem Größenmoment gar nicht berührt wird.

[1]) Schon vor Erscheinen der Diehl'schen Schrift bin ich durch die agrarische Presse mehrfach über diesen Kausalzusammenhang „aufgeklärt" worden.

geschah), die Folge der Steigerung des der Gesamtheit der Kulturvölker verfügbaren „produit net".

Daher kam es, daß „der Teil des Gesamteinkommens, welcher den Besitzenden zufällt, kleiner; der Anteil der Besitzlosen größer" wurde, wie Nasse in einem Aufsatz im „Arbeiterfreund" (1883) schrieb, den A. Schulz (a. a. O., S. 144/145) zitiert.[1]) Nasse ist „theoretischer Spekulation" recht abhold gewesen — ist aber auf anderem Wege zu ganz gleichem Ergebnis gekommen wie ich, dem jener durch A. Schulz' Spürsinn entdeckte Aufsatz leider entgangen war. Zu dem Ergebnis, daß „infolge derselben Ursachen, welche die Landwirte und Grundeigentümer schädigten, die günstige Lage des Lohnarbeiterstandes eingetreten ist"; daß der Lohn stieg, weil der Preis der Bodenprodukte fiel.

Schäffle hat gemeint, daß diese Konträrtheorie auch dem Neuling binnen Kurzem bis zu voller Evidenz klar zu machen sei. Aber — zunächst choquiert sie. Gleichviel ob man sie, wie ich in jener Schrift, auf einen speziellen Fall (Kausalnexus zwischen Kornpreis und Lohn) zuspitzt, oder sie generell vorträgt.

Denn der Leser sagt — und sagt es gerade in einer Zeit wie der jetzigen noch sicherer wie sonst: aber die „Erfahrungsthatsachen" sprechen ja doch strikte dagegen! Ist denn nicht 1896/1900 das Preisniveau vieler wichtiger Waren bei uns gestiegen und mit ihm das Lohnniveau; und dann seit 1901 mit dem Preisniveau das Lohnniveau gefallen? Hat nicht vielmehr die Parallelttheorie Recht — und vertreten nicht die Schutzzöller das Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie die Freihändler bekämpfen, weil diese „niedrigst mögliche Preise" anstreben und damit „Verelendung" bewirken?[2]) Ich bin absolut gewiß, daß der Praktiker, wenn ihm die Konträrtheorie erstmals vor Augen kommt, sich mit seinem „gesunden Menschenverstand" entrüstet von ihr abwendet.[3])

Jedoch: das liegt nicht an der Theorie, sondern an dem Praktiker, welcher die Theorie nicht richtig versteht. Die Konträrtheorie spricht nicht von den zeitweisen und speziellen (für einzelne Branchen eintretenden) Wir

[1]) A. Schulz bemerkt mit Recht, daß Nasse ausschließlich an die Steigerung der Produktivität in Übersee, bez. Osteuropa denke, dagegen vergesse, daß „infolge der billigeren Getreideproduktion dort auch in der heimischen Landwirtschaft die Außerkulturssetzung der schlechtesten Bodenarten erfolgen mußte, und daher auch in Deutschland" — allgemein in Westeuropa — „das Produkt des ‚letzten Arbeiters' stieg" (A. Schulz, S. 145). Vgl. meine Schrift, S. 48.

[2]) Auf der Münchener Versammlung des Vereins für Sozialpolitik erklärte G. von Mayr, er sei „nicht Vertreter der niedrigst-möglichen Preise", weil er darin „eine Verelendung der Volkswirtschaft" sehe, und — wie sich aus dem weiter von ihm Gesagten ergab — auch eine Verelendung der Arbeiterklasse. Vgl. darüber unten: S. 102.

[3]) Natürlich nicht minder der Schüler der „historischen Schule", deren Dogma ja ist, daß solche einfache „abstrakte" Kausalformeln wertlos sind, weil sie der Komplexität des Konkreten nicht gerecht werden.

kungen der Preisbewegung auf die Lohnbewegung. Sie leugnet keineswegs, daß temporäre Mehrnachfrage nach gewissen Waren — wie z. B. 1896/1900 nach Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Zement, Ziegeln, u. s. w. — den Preis wie den Lohn in den betreffenden Produktionszweigen, emportreibt; daß umgekehrt temporäre Mindernachfrage nach gewissen Waren den Preis wie den Lohn in den betreffenden Produktionszweigen herabdrückt.

Die Konträrtheorie spricht nur von den Wirkungen dauernder — aus dauernden Ursachen, nicht aus zeitweisen Marktkonstellationen herrührender — Verbilligung oder Verteurung der Güter auf das allgemeine Lohnniveau. Sie behauptet nur: wenn der Durchschnittspreis gewisser Produkte — welcher vom jeweiligen Marktpreis überaus stark abweichen kann — fällt, weil die durchschnittlichen Produktionskosten gefallen sind, m. a. W. weil die Produktivität in Hinsicht auf diese Produkte gestiegen ist, so wird der Durchschnittslohn steigen; und umgekehrt.

Beispielsweise ist der Durchschnittspreis des Korns seit Mitte der siebziger Jahre im Fallen; der jeweilige Marktpreis aber steht bald unter, bald über diesem, „on the long run" im Fallen begriffenen Durchschnittspreise. Die Konträrtheorie behauptet, daß dies Fallen des Durchschnittspreises des Korns eine der Ursachen war, kraft deren das Steigen des Durchschnittslohnes während dieser Periode eintrat. Eine der Ursachen[1]) — denn es kam ja hinzu das Fallen des Durchschnittspreises auch andrer Lebensmittel, mancher Rohstoffe und Heizstoffe; bei Werkzeugen, Maschinen, Fabrikaten war die Preisbaisse nahezu allgemein. Allerdings wies der Durchschnittspreis gewisser Produkte eine steigende Bewegung auf; es überwog aber, wie ein Blick auf die Index-Ziffern des „Economist" oder Sauerbecks lehrt, die fallende Bewegung. Und weil dies so war — behauptet die Konträrtheorie — m. a. W. weil die durchschnittlichen Produktionskosten vieler wichtiger Güter fielen, die Produktivität hinsichtlich ihrer stieg, ist der Lohn „on the long run" gestiegen — wäre auch in dem Falle gestiegen, daß andre Momente, die jetzt kooperierten, z. B. die Kräftigung der Gewerkvereine in manchen Ländern, außer Spiel blieben.

Aber dies Lohngesetz ist ja strittig — wennauch die thatsächliche Gestaltung der Einkommensverhältnisse während der letzten Jahrzehnte es voll zu bestätigen scheint, und wennauch die große Mehrzahl aller nichtsozialistischen Gelehrten, die in den letzten Jahrzehnten sich solchen

[1]) A. Schulz (a. a. O., S. 110) schreibt: es habe den Anschein, als sehe ich „im Sinken des Getreidepreises und der Grundrente den einzigen", jedenfalls „den wichtigsten Grund der in den letzten Jahrzehnten allgemein beobachteten Lohnhausse".

Ich sage aber ja ausdrücklich das Gegenteil (vgl. Kornzoll und Sozialreform, S. 48).

„theoretischen Spekulationen" hingegeben haben, es vertreten, es nur mit verschiedenen Worten aussprechen.[1]) Diese Konträrtheorie oder Produktivitätstheorie, wie man sie auch nennen kann, bedeutet ja die Umkehrung des „ehernen Lohngesetzes": der Lehre, daß das Auf und Ab der Produktivität (und des Preisniveaus) für die Arbeiterklasse Nichts ver-

[1]) Vgl. „Kornzoll und Sozialreform", S. 46.

Wie M. Naumann (Kornzoll und Volkswirtschaft, S. 15) von einem durch mich „neu entdeckten Gesetz", nach welchem Preis und Lohn sich konträr bewegen, reden kann, verstehe ich nicht. Ich könnte den in jener Schrift (a. a. O.) gegebenen Katalog der Vertreter dieses Gesetzes — welches nichts ist als die Konsequenz der Rentenlehre Ricardos; welches Thünen, dessen tiefes, aber schweres Buch allerdings weit häufiger „erhoben, als fleißig gelesen" zu werden pflegt, so deutlich ausgesprochen hat; welches für die Beziehung zwischen Grundrente (deren Bewegung ja durch die Bewegung des Preises der Bodenprodukte bedingt wird) und Lohn ganz Gleiches behauptet wie Brentano, v. Schulze-Gävernitz u. s. w. für die Beziehung zwischen Kapitalrente und Lohn: nämlich daß mit steigender Produktivität der Anteil der Kapitalisten-Unternehmer am Werte des Produkts falle, der Anteil des Arbeiters steige; welches von Koryphäen der englischen Wissenschaft der Gegenwart wie A. Marshall, die es wohl unabhängig von den Klassikern „neu entdeckt" haben, als allgemeines Lohngesetz vorgetragen wird — ich könnte diesen Katalog noch beträchtlich erweitern.

Ich begnüge mich, nur ein Zeugnis noch zu zitieren, da es — wie jene Ausführung Nasses (s. oben S. 95) — von einem Manne herrührt, der „theoretischen Spekulationen" überaus abhold ist; nämlich von Schmoller.

Er sagt (Soziale Praxis, 1902, S. 830):

Wo die Naturschätze „einer steigenden Bevölkerung gegenüber karger werden, kann, von einem gewissen Punkte ab, die Produktivität abnehmen. Man spricht in diesem Falle von dem sog. Gesetze des abnehmenden Ertrags, das nur da nicht in die Erscheinung tritt, wo die technischen und die organisatorischen, die geistigen und die moralischen Fortschritte größer sind als diese Hindernisse. In der Schulsprache Thünens und der Grenznutzentheoriker: wo es sich, aus natürlichen oder technischen Ursachen, um eine abnehmende Produktivität handelt, entscheidet das Mehrprodukt, das die zuletzt angestellten Arbeiter hervorbringen, über den Wert" — nach der Formel Ricardos: die Produktionskosten auf den wirtschaftlich „letzten", den mindestproduktiven Böden bestimmen den Preis, welcher also steigt mit abnehmendem Ertrage — „und die dadurch entstehende Verteurung kann die Nachfrage einschränken und so den Lohn drücken; daher die Möglichkeit gedrückter Löhne bei stark steigender Grundrente".

Schmoller irrt darin, daß er meint, der Lohn werde nur gedrückt werden, wenn die Nachfrage eingeschränkt wird; irrt darin, daß er von einer „Möglichkeit" spricht. Es muß vielmehr heißen: wo sich das Gesetz des abnehmenden Ertrages, wo sich Minderung der Produktivität der Landwirtschaft geltend macht, da wird die Tendenz zum Steigen der Rente, zum Fallen der Löhne ausgelöst — welche nun durch entgegengesetzt wirkende Tendenzen durchkreuzt werden kann oder nicht. Daß diese Tendenz ausgelöst wird, ist nicht nur möglich, sondern gewiß — d. h. gewiß, daß ohne das Einareifen jenes Gesetzes die Rente niedriger, der Lohn höher sein würde.

schlage, welche vielmehr immer gleich „verelendet“ bleibe, da alle Steigerung der Produktivität auf die Dauer nur das Besitzeinkommen erhöhe.

Beweisen läßt sich nun die Konträr- oder Produktivitätstheorie, wie mich dünkt, am einfachsten, wenn man ausgeht von der Betrachtung, wie das Auf und Ab der Produktivität der Bodenwirtschaft, der „Produktion auf Land“, auf die Bewegung der Grundrente, d. h. des arbeitslosen Einkommens, welches den Besitzern der Böden zufließt, und des Lohnes der in der Bodenwirtschaft thätigen Arbeiter wirkt. So bin ich in meiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform“ verfahren, indem ich anknüpfend an die Rentenlehre zeigte, daß der Satz — höherer Preis der Bodenprodukte (zufolge Minderung der Produktivität), höhere Grundrente, niedrigerer Lohn; und umgekehrt: niedrigerer Preis der Bodenprodukte (zufolge Steigerung der Produktivität), niedrigere Grundrente, höherer Lohn — bei Ricardo nur deshalb nicht klar und scharf ausgesprochen ist, weil er das Moment der Reaktion der Bevölkerungsziffer auf die Bewegung des Preises gewisser Bodenprodukte, nämlich der Lebensmittel, hereinzieht (ein Moment, das — weil die Reaktion so sein kann, wie Malthus sie annimmt und mit ihm Ricardo; aber ebensogut anders sein kann — ausgeschaltet werden muß). Indem ich weiter die Thünensche Lohnlehre — die sich mit meiner Theorie sachlich durchaus deckt — der Vergessenheit, in welcher sie bei uns seit zwei Generationen schlummert, entriß und deren „disjecta membra“ systematisch zusammenfügte.

Es giebt aber noch andre Wege, die Richtigkeit dieser Theorie zu erhärten. Man kann auch anknüpfen an die allgemeine Fassung des Lohngesetzes, welche in der Theorie von Angebot und Nachfrage, bezüglich der sog. „Lohnfondstheorie“ vorliegt.

Die Lohnbewegung hängt — daran ist kein Zweifel — jeweilig ab vom Spiel von Angebot und Nachfrage. Wenn das Angebot von Arbeitskräften steigt, während die Nachfrage nach Arbeitskräften stabil bleibt, so fällt der Lohn; wenn das Angebot sinkt, während die Nachfrage stabil bleibt, so steigt der Lohn. Wovon hängen aber die Verschiebungen im Angebot oder in der Nachfrage ab? Die Nachfrage nach Arbeitskräften wechselt jeweilig mit dem „Lohnfonds“, d. h. der Menge des Betriebskapitals, welches die Unternehmer bereit haben, um Arbeiter damit zu beschäftigen; das Angebot von Arbeitskräften wechselt mit der Menge der Arbeiter, welche beschäftigt werden wollen. Lohnfonds ist Dividendus, Arbeiterziffer ist Divisor: je höher jener, bei Gleichbleiben dieses, desto höher der Lohn; und umgekehrt.

Wovon hängen aber nun, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer,[1])

[1]) Daß die Arbeiterziffer im Großen und Ganzen wie die Bevölkerungsziffer sich bewegt, ist ja klar. Aber dies Moment der Bewegung der Bevölkerungsziffer muß ausgeschaltet werden (s. o.).

die Verschiebungen des Lohnfonds ab? Wie Hermann, Brentano u. s. w. dargethan haben: der Lohnfonds wechselt mit der wechselnden Kaufkraft der Konsumenten. Die Unternehmer legen ja den Lohn nur aus; bezahlt wird er schließlich durch die Käufer. Mit wie großem Lohnfonds die Unternehmer jeweilig operieren – ob sie Betriebskapital behufs Lohnzahlung anziehen oder abstoßen – entscheiden sie jeweilig angesichts des Standes der „effektiven Nachfrage" nach Produkten ihrer Branche.

Auch diese Herrmann-Brentano'sche Formulierung des Lohngesetzes[1]) enthält aber, wie ich es ausdrücken möchte, nur eine Zwischenantwort. Weiter drängt die „Unruhe des Warumfragens" (Sigwart): wovon hängen denn die Verschiebungen der Kaufkraft der Konsumenten ab — d. h. der Gesamtkaufkraft der Konsumenten und damit der Gesamtheit des Lohnfonds? Weshalb und wann steigt die gesamte Kaufkraft, veranlaßt damit die Unternehmer zur Erhöhung des gesamten Lohnfonds und bewirkt so, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, eine Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus? Weshalb und wann fällt sie?

Die endgiltige Antwort auf die Frage nach der obersten Ursache der Lohnbewegung lautet: die Gesamtkaufkraft steigt mit steigender Produktivität der Volkswirtschaft, fällt mit fallender Produktivität.

Die Unternehmer legen, wie oben gesagt, den Lohn nur aus. Die eigentlichen Arbeitgeber sind die Käufer. Womit aber kaufen denn die Konsumenten? Unmittelbar mit Geld, mittelbar mit Produkten, die sie selbst als Produzenten gegen Geld verkaufen. „Les produits ne s'achètent que par des produits" — der berühmte Satz J. B. Says, gesprochen für den Außenverkehr, trifft für allen Handel und Wandel zu. Die Konsumenten A. B. C gewinnen die Möglichkeit, den Produzenten D. E. F ihre

[1]) An dieser Zwischenantwort klebt man bei uns seit geraumer Frist fest. Den Versuch, unsre lohntheoretische Forschung über den „toten Punkt" hinwegzubringen, habe ich bereits in meiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform" gemacht, indem ich die Konträr- oder Produktivitätstheorie zunächst an dem Spezialfall „Kornpreisbewegung und Lohnbewegung" darlegte (vgl. besonders S. 46 und S. 30/31, wo das Verhältnis dieser Theorie zur Lehre der Physiokraten vom „produit net" der Landwirtschaft und der Rentenlehre Ricardos auseinandergesetzt ist).

Meine Herrn Kritiker haben mich insgesamt, nach dem Vorgange Diehls, unter der Annahme angegriffen, als ob es sich um eine Theorie handle, die nur auf jenes spezielle Problem zugeschnitten sei, eine „theoretische Spekulation" nur ersonnen zu dem praktischen Zwecke, einen Hieb gegen den Kornpreis verteuernden Kornzoll zu führen. Sie haben übersehen, was sie bei normaler Sorgfältigkeit der Lektüre hätten sehen müssen (da es z. B. S. 46 ausdrücklich gesagt ist) daß die Kausalformel — niedrigerer Preis (zufolge Steigens der Produktivität), höherer Lohn; und umgekehrt — allgemeine Geltung beansprucht.

Waren zu bezahlen, dadurch, daß jene ihrerseits gleichfalls Produzenten sind, welche andern Konsumenten Waren verkaufen: mit deren Erlöse kaufen die A, B, C in Wahrheit die Waren von D, E, F. Die Produzenten D, E, F Unternehmer und Arbeiter gewisser Branchen — können ihre Waren nur deshalb verkaufen, weil die Konsumenten A, B, C — Unternehmer und Arbeiter andrer Branchen — Waren produzieren und an G, H, J verkaufen.[1])

Je mehr Produkte die Gesamtheit der Konsumenten-Produzenten zur Verfügung hat, desto höher die reale Gesamtkaufkraft, die gesamte, auf die Realität der Produkte begründete „effektive Nachfrage" nach Produkten und damit desto höher die gesamte „effektive Nachfrage" der Unternehmer nach Arbeitern.

Wenn die Produktivität der Volkswirtschaft steigt — wenn aus den gegebenen wirtschaftlichen Mitteln (Natur, Arbeit, Kapital) ein größeres Gesamtprodukt gewonnen wird als zuvor, m. a. W.: wenn hinsichtlich irgendwelcher Produkte eine Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten eingetreten ist — so muß die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen und, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, demzufolge das Lohnniveau.

Das Gesamtprodukt ist der wahre Lohnfonds. Je kräftiger es sich hebt, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer,[2]) desto kräftiger hebt sich das Arbeitereinkommen.

Durch möglichste Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten, durch möglichste Verbilligung aller Produkte, das Gesamtprodukt auf das mögliche Maximum zu bringen; das Gesamtprodukt — den Dividendus — rascher wachsen zu lassen, als die Bevölkerung — der Divisor — wächst, und so, mit Smith gesprochen, die Wirtschaftsgesellschaft zu einer ständig „fortschreitenden" zu machen: dahin drängt das Gesamtinteresse, mit dem das Interesse der Arbeiter, als Konsumenten wie als Produzenten, sich deckt, während das Interesse der Grund- und Kapitalrentner, deren Einkommen sinkt, wenn die Produktivität steigt, ihm entgegengesetzt ist. Möglichste Steigerung der Produktivität ist sowohl vom „Produktions"- wie vom „Verteilungs"-Standpunkt „ein Ziel aufs Innigste zu wünschen", entspricht gleicherweise dem ökonomisch technischen wie dem sozialen Interesse.

Daß im Laufe des 19. Jahrhunderts die Produktivität der englischen, der deutschen u. s. w. Volkswirtschaft in stärkerem Verhältnis sich hob wie

[1]) Die Thatsache, daß es Nur-Konsumenten giebt — Beamte, Pensionäre, Kapitalisten, verpachtende Grundbesitzer u. s. w. — stößt den Satz, daß aller Kauf Tausch ist, keineswegs um. Es scheint mir überflüssig, dies zu beweisen.

[2]) Ich wiederhole diese Klausel immer wieder, damit nicht auch diesmal eine „Widerlegung" a la Diehl erfolgt.

die Volkszahl — daß der ökonomisch technische Fortschritt das Wachstum der Bevölkerung überholte, war die Hauptursache des sozialen Fortschritts, der allmählichen Hebung des materiellen Daseinsinhalts der Arbeiterklasse[1]) — die Hauptursache des Phänomens, daß überall (allerdings in verschiedenem Maße, da die Produktivität hier mehr, dort weniger stieg, die Volkszahl hier schneller, dort langsamer nachrückte) das Arbeitseinkommen stieg, das Besitzeinkommen, Grund- und Kapitalrente, fiel.

Die Produktivität hob sich aber unter Anderm deshalb, weil seit 1850 etwa gewisse Hemmnisse, die bis dahin der Vervollkommnung der territorialen Arbeitsteilung entgegengewirkt hatten, mehr und mehr an Kraft verloren. Wie, dank Eisenbahnen und Dampfschiffen, die Transportkosten herabgingen, so die Tarifschranken: folgte auch kein Staat dem guten Beispiele Englands bis zur Adoption des Prinzips des unbedingten „Gehen lassens", so wurden doch vielerwärts die Einfuhrzölle niedriger gesetzt, wurden nahezu überall, in Europa wenigstens, die Ausfuhrzölle wie die Einfuhr und Ausfuhrverbote gänzlich beseitigt.[2])

Je unumschränkter die Handelsfreiheit, je vollkommener demgemäß die territoriale Arbeitsteilung — damit komme ich nach dem notwendigen lohntheoretischen Intermezzo wieder zum Thema zurück — desto größer die Gewähr, daß die Produktivität (soweit sie eben durch das Handelssystem bedingt ist) so hoch sich hebe, als sie anbetracht der gegebenen, begrenzten wirtschaftlichen Mittel gehoben werden kann. Die Gewähr liegt darin, daß kraft des Zwanges der fremden Konkurrenz die minder produktiven Zweige am Baume der Volkswirtschaft gekappt oder rationell beschnitten werden — verschwinden oder derart einschrumpfen, daß nur die Betriebe, welche auch ohne Zollschutz den Wettbewerb des Auslandes zu bestehen vermögen, übrigbleiben, d. h. die produktivsten, unter relativ günstigsten Bedingungen arbeitenden Betriebe.[3])

Dieser Prozeß des Verschwindens oder Einschrumpfens — der jedes-

[1]) Von dem ganzen, den Außenhandel restringierenden und regulierenden, teils nutzlosen, teils schädlichen Apparate des ancien régime lebte nur das verhältnißmäßig harmloseste Fragment fort: die Einfuhrzölle. Allerdings wurden diese seit Ende der siebziger Jahre — z. Th. dank dem bösen Beispiele der deutschen „Tarifreform" von 1879 — vielerwärts wieder beträchtlich erhöht; aber sie sind doch — selbst in den Hochburgen des Schutzzolls — nur noch ausnahmsweise so hoch, wie sie einst in der Regel waren. Von einem „Neu-Merkantilismus" zu sprechen, ist, trotz Witte, Mc Kinley und Meline, eine starke Übertreibung (vgl. meine Schrift „das 19. Jahrhundert uud das Programm des Liberalismus 1906).

[2]) Vgl. die Formulierung oben S. 16.

[3]) Vgl. oben S. 82.

mal einsetzen kann, wenn ein Stück der Zollmauer abgetragen wird; der auch, nachdem der Freihandel konsequent durchgeführt, immer von neuem einsetzen kann — ist gegen das Sonderinteresse der Grundherrn, deren Grundrente durch die „Invasion" billigerer agrikoler Erzeugnisse geworfen wird; gegen das Sonderinteresse der Industriellen, deren Kapitalrente fällt, wenn ausländische Fabrikate sich den Markt erobern; nicht minder gegen das Sonderinteresse derjenigen agrikolen oder industriellen Arbeiter, welche er außer Beschäftigung setzt. Er bedeutet auch, da er zeitweise und gebietsweise wirtschaftliche Mittel, die bisher in Thätigkeit waren, brachlegt und, vielfach wenigstens, einen Teil derselben entwertet, einen Verlust für die Gesamtheit.

Aber größer ist der Vorteil der Gesamtheit. Auf die Dauer und allgemein dient solcher Prozeß dem Gesamtinteresse wie dem Interesse der Arbeiterklasse als Ganzes. Jenem deshalb, weil zufolge solchen Prozesses möglichste Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten erzielt wird; diesem deshalb, weil mit dem Gesamtprodukt, dem wahren Lohnfonds, der Lohn auf das höchst mögliche Niveau emporgeht.

Das System der Handelsfreiheit wirkt als Hebel der Produktivität — neben andern Hebeln. Das Protektionssystem als Hemmschuh: indem es jenem Meliorationszwange, welchen die fremde Konkurrenz ausübt, Abbruch thut — indem es möglichste Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten verhindert — indem es das Gesamtprodukt unter das mögliche Maximum herabdrückt, drückt es den Lohn unter das Niveau herab, welches er erreichen könnte.[1])

Unsre Protektionisten wissen es anders. Nach G. v. Mayr droht bei Freihandel, der zu „niedrigst möglichen Preisen" führt (worin, wie oben gesagt, die Thatsache möglichster Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten reflektiert) die „Verelendung der nationalen Volkswirtschaft". Das Entscheidende sei „nicht die einseitige Frage, wie sich ein Posten im Ausgabebudget verhält" — der Posten der Preise — „sondern wie das Gegengewicht der Einnahme dazu steht; und wir werden sagen dürfen: es ist erfreulich, wenn die Ausgaben wachsen" — also der Posten der Preise sich erhöht — „wenn nur die Einnahmen noch stärker wachsen." Was die Arbeiterklasse anlangt: es schadet nichts, wenn die Preise steigen, falls nur die Löhne noch stärker steigen. „Und wie soll nun — fährt v. Mayr

[1]) Ich spreche immer nur, wie ich mir zu wiederholen gestatte, vom System der „Erhaltungs"-Zölle. Vom System der „Erziehungs"-Zölle gebe ich zu, daß es als Hebel wirken könne, wenn ich auch das Gegenteil für wahrscheinlicher halte.

fort — im Großen und Ganzen in der gesamten Volkswirtschaft die Einnahmeseite wachsen?"

Die richtige Antwort lautet: sie kann nur wachsen dadurch, daß die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft gehoben wird — durch Ersparnis an volkswirtschaftlichen Produktionskosten, Steigerung des Gesamtprodukts.

Die Antwort des Vertreters der „nationalen" Wirtschaftspolitik lautet:

„. . . sie kann nur wachsen, „wenn alle produktiven Kräfte des Landes vollkommen in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden; wenn nicht etwa neben reicher Entfaltung der einen Grundkraft eine andre entwertet wird, sondern wenn beide und überhaupt alle produktiven Kräfte . . . in reichem Maße entwickelt werden".

„Das ist nicht möglich nach der freihändlerischen Auffassung. Man verspricht uns zwar, wir würden immer noch genug, unter günstigen Bedingungen, zu produzieren in der Lage sein; aber das ist ein Versprechen und nichts weiter. Die weltwirtschaftliche Gestaltung ist so, daß wir keine Garantie dafür besitzen, daß für unsre Landwirtschaft die hinreichende Produktionsmöglichkeit verbleibt. Mit den Spezialitäten . . . allein kommen Sie der deutschen Landwirtschaft nicht zu Hilfe; die braucht vor allem Erhaltung des Getreidebaues. Den aber muß der Weltwirtschaftler opfern, und das wollen wir nicht, und darum brauchen wir gegen die fremde Konkurrenz Zölle".[1])

Daran, daß wie die Vertreter des Sonderinteresses der Landwirtschaft, so die des Sonderinteresses gewisser Industrien „nicht wollen", daß deren angestammte Rentabilität herabgehe, sondern es als ihr gutes Recht ansehen, daß ihnen die „hinreichende Produktionsmöglichkeit", richtiger: Rentabilitätsmöglichkeit,[2]) verbleibe — daran ist kein Zweifel. Sie müssen das System der volkswirtschaftlichen Stagnation, des Schutzes gegen den Fortschritt, müssen Erhaltungszölle wollen, um wie einer der besten preußischen Junker, H. von Thadden-Trigla ff, einmal über seine Standesgenossen spottete — „sich selbst zu konservieren".

Ob aber durch Erhaltung der Einnahmen dieser Sondergruppen auf dem bisherigen Stande „die Einnahmeseite der gesamten Volkswirtschaft" wachsen werde — wie v. Mayr behauptet — ist nicht nur zweifelhaft: vielmehr ist umgekehrt gewiß, daß sie dadurch, durch den „Solidarschutz von Industrie und Landwirtschaft", sich mindern muß.

Die Einnahmeseite der gesamten Volkswirtschaft — m. a. W. das Gesamtprodukt, die nationale Dividende — wächst, wenn nicht „alle produk-

[1]) G. v. Mayr, a. a. O., S. 277/278.

[2]) Die Produktionsmöglichkeit für Getreide würde bei uns durch Herabsetzung der Getreidezölle kaum beeinträchtigt; sondern nur die Grundrente würde, entsprechend dem Fallen der Getreidepreise, fallen. Daß Englands Kornbau zurückging, die Produktion von Vieh dafür zunahm, beweist für Deutschland nichts. (Vgl. meine „Sozialpolitik und Handelspolitik" S. 38/39).

tiven Kräfte vollkommen in den Dienst ... gestellt", sondern nur diejenigen Kräfte im reichsten Maße „entwickelt" werden, denen das Maximum an Produktivität eignet. Sie erreicht ihren höchstmöglichen Stand, wenn man nur diejenigen agrikolen Lebensmittel und Rohstoffe, nur diejenigen Bergbauprodukte und Fabrikate im Inlande erzeugt, die hier nicht teurer einstehen (d. h. nicht mehr Arbeit auffangen) wie im Auslande — wenn man die landwirtschaftliche, die montane, die industrielle „Grundkraft" nur so weit „verwertet", als solche Verwertung keine Vergeudung der gegebenen, begrenzten wirtschaftlichen Mittel des Volks involviert. Anders verfahren bedeutet: eine Sünde gegen das „wirtschaftliche Prinzip" begehen — welches zu Beginn aller Lehrbücher aufgestellt wird, welches aber unsre protektionistischen Schriftsteller gänzlich vergessen, sobald sie zum Kapitel von der Weltwirtschaft oder von den Handelssystemen kommen.

Daß verhütet werden müsse, daß „neben reicher Entfaltung der einen Grundkraft eine andre entwertet werde", konkreter gesprochen: daß die Entfaltung der heute bei uns produktiveren Industrie sich vollziehe auf Kosten der heute bei uns minder produktiven Landwirtschaft — das ist ein Irrtum „und nichts weiter". Alle produktiven Kräfte, gleichviel wie der Grad ihrer Produktivität sich stelle, in Betrieb halten zu wollen — solche nicht nur Poly-, sondern Panpragmosyne würde die „Verelendung der nationalen Volkswirtschaft" im Gefolge haben, und damit die der Arbeiterklasse. Solches „Hans Dampf in allen Gassen" Spielen — Alles selbst zu erzeugen, was wir erzeugen können; in alle Zukunft Alles das zu erzeugen, was wir bisher erzeugten — wäre eine Thorheit, gleichviel ob man die Frage vom Standpunkt der Produktion, dem „ökonomisch-technischen", oder dem Standpunkt der Verteilung, dem „sozialen", betrachtet. —

Eine noch schärfere Sprache wie die Theoretiker führen die Praktiker und die von der Phrase des Schutzes der nationalen Arbeit geblendeten Parlamentarier.

Mit ihren manchesterlichen Anträgen — rief Schlumberger, der Vater des hübschen Ausdrucks „Exportdusel", neulich in der Zolltarifkommission — „stehlen die Sozialdemokraten den Arbeitern die Löhne". „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Zolltarif — erklärte Bassermann auf dem Eisenacher Parteitage der Nationalliberalen — ist eine demagogische, durch keinerlei sachliche Erwägungen getrübte. Ihr Widerstand gegen alle Industriezölle heißt: große Erwerbszweige ruinieren und große Arbeitermassen brotlos machen."

Oben ist zugegeben, daß jeder Schritt zum Freihandel, jede Aufhebung oder Herabsetzung von Zöllen, in den speziellen Branchen, die davon

betroffen werden, zeitweise Depression und Lohnbaisse hervorrufen werde. Dies Momentbild ist es, was den Eindruck erzeugt, als ob der Freihandel die Löhne „stehle", Arbeitermassen brotlos mache. „Protectionists allways look at the immediate facts."

Ist der Satz richtig, daß, bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer, der Lohn sich bewegt in gleicher Richtung wie das Gesamtprodukt, der wahre Lohnfonds; und weiter der Satz, daß der Freihandel als Hebel, der Schutzzoll als Hemmschuh der Produktivität wirkt — daß jener zu den Faktoren zählt, welche das Gesamtprodukt auf das mögliche Maximum zu treiben, dieser zu denen, welche es unter das mögliche Maximum herabzudrücken tendieren — so muß auf die Dauer und allgemein der Freihandel lohnsteigernde Tendenz haben.

Um den Eindruck jenes Momentbildes zu entkräften, bedarf es wiederum eines theoretischen Exkurses. Es ist zu untersuchen, welche — auf die Lohnbewegung influierende — Vorgänge sich vollziehen, wenn gewisse Auslandswaren, die mit inländischen Waren in Wettbewerb treten, zufolge Zollaufhebung oder herabsetzung sich verbilligen und damit — wie angenommen sei — die Inlandsproduktion betreffs dieser Waren sich vermindert.

Daß die Arbeiter als Konsumenten gewinnen, ist unbestreitbar. Je billiger die Auslandswaren werden, desto mehr steigt der Reallohn — falls nicht etwa eine Gegenbewegung, die auf ein Sinken hinwirkt, platzgreift.

Daß solche Gegenbewegung platzgreife und kraft dieser die Arbeiter als Produzenten verlieren, mehr verlieren wie sie als Konsumenten gewinnen, behauptet die Schutzzollpartei. Sie argumentiert: kraft des Mehrimports sinkt doch die Gesamtnachfrage nach inländischen Arbeitskräften! Die fremde Konkurrenz setzt ja ein Quantum nationaler Arbeit, das bis dahin begehrt wurde!, matt. Zufolge dessen drängen die Arbeiter aus den — ganz oder teilweise — niederkonkurrierten Branchen, wo die Löhne fallen, heraus. Sie werden nun entweder da, wo sie sich anzubieten vermögen, den Lohn drücken: oder sie werden der Armenpflege zur Last fallen, d. h. einen Teil des Gesamtprodukts ohne produktive Gegenleistung absorbieren — was gleichfalls als Moment des Lohndruckes wirkt. Die nationale Gesamtkaufkraft ist um so viel gemindert, als in jenen Branchen weniger Waren erzeugt werden; das Gesamtprodukt, der wahre Lohnfonds, ist gefallen — muß da das allgemeine Lohnniveau nicht sinken?

Wer mit den Protektionisten die Frage bejaht — wer behauptet, daß zufolge eines Schrittes auf der Bahn zum Freihandel die Arbeiter als Produzenten mehr verlieren, wie sie als Konsumenten, dank Verbilligung

der Auslandswaren, gewinnen — begeht den gleichen Fehler wie der Vertreter der Theorie (der aus ganz ähnlichen Erwägungen gezogenen Theorie), daß zufolge Einführung Arbeiter verdrängender, Waren verbilligender Maschinen das allgemeine Lohnniveau sinken müsse!

Er sieht nur — was zu übersehen schlechterdings unmöglich ist; sieht nur gewisse ins Auge springende, temporäre und partikuläre Phänomene der Lohnbaisse. Er übersieht, daß wenn einerseits in den niederkonkurrierten Branchen Arbeit frei wird in einem Betrage, der genau im Verhältnis steht zu der Verbilligung der Auslandswaren (m. a. W. zu der Schwere des Druckes der fremden Konkurrenz) so andrerseits „variables" Kapital frei wird, dessen Betrag gleicherweise genau im Verhältnis steht zu der Verbilligung der Auslandswaren, und daß dies Kapital sich wieder zu verwerten strebt, indem es nach Arbeitern sucht, die es beschäftige. Wie durch die freihändlerische Maßnahme eine „Reservearmee" von Händen produziert wird, so auch eine „Reservearmee" von Geld, welches bereit ist, jene Hände wieder in Brot zu setzen.

Daß in den niederkonkurrierten Branchen „konstantes" Kapital entwertet, ist ein Schaden für die Volkswirtschaft und für die Unternehmer, denen es eignet.[1]) Für die Arbeiterklasse aber kann auf die Dauer und allgemein kein Schaden erwachsen. Es entsteht nur, indem das freiwerdende variable Kapital nach andern Gebieten hinzieht, eine Verschiebung in der Arbeitsgelegenheit, keine Verminderung. Der gleiche Geld-Lohnfonds wird nur an anderer Stelle thätig, bietet an neuem Platze ebensoviel Arbeitsgelegenheit, wie am alten Platz verloren ging.

Erhöhung der Beschäftigung irgendwo, Wiederwertung des Geld-Lohnfonds irgendwo, ist dadurch gesichert, daß die Auslandswaren verbilligt sind. Konsumenten sind da, welche von irgendwelchen Waren mehr zu kaufen vermögen als bisher.[2]) Wie sie diese erhöhte Kaufkraft nutzen werden, läßt sich nicht voraussagen. Für unsre Untersuchung kommen aber nur zwei an sich gleich mögliche Fälle in Betracht: die freigewordenen Einkommensteile können entweder zum Ankauf von Inlands- oder zum Ankauf von Auslandswaren dienen.

1. Wenn die Konsumenten ihre Mehrnachfrage auf Inlandswaren richten,

[1]) Solche Entwertung „konstanten" Kapitals ist der Preis, welcher leider fast für jeden Fortschritt — mag er durch den Druck der fremden oder der innern Konkurrenz ausgelöst sein — gezahlt werden muß.

[2]) Kaufen sie trotz der Verbilligung nicht mehr, sondern „kapitalisieren", so bedeutet dies nur, daß irgendwelche Andre mehr kaufen — die, in deren Hände die Kapitalien gelangen.

so wird, weil in den betreffenden Branchen der Preis und mit ihm der Profit anzieht, der Geld-Lohnfonds dahin übertragen: und weil hier der Lohn anzieht, werden die Arbeitskräfte, die in den niederkonkurrierten Branchen überschüssig sind, versuchen, sich diesen aufzustrebenden Branchen zuzuwenden. Gelingt es Allen, so ist, abgesehen von den Übergangsschwierigkeiten, kein Nachteil für die Arbeiterklasse als Ganze entstanden.

In der Regel aber wird es nicht Allen gelingen, sondern nur einem Teil. Die Branchen, die sich entfalten, können weit abliegen von denen, welche der fremde Wettbewerb zurückgedrängt hat. Dann sind diejenigen Arbeitskräfte, welche nicht wieder unterkommen, allerdings schlecht daran — aber irgendwelche andre Arbeitskräfte haben es zufolgedessen um so viel besser. Falls nämlich die Mehrnachfrage nach Händen, die ausgeht von den aufstrebenden Branchen, nicht durch Herüberziehung der in den niederkonkurrierten Branchen freigesetzten Hände befriedigt werden kann, so steigt dort der Lohn desto mehr. Der Schaden jener ist der Nutzen derer, welche von der Gunst der Mehrnachfrage zu profitieren vermögen. Eine Verschiebung in der Verteilung des gesamten Lohneinkommens unter die einzelnen Arbeitergruppen hat stattgefunden — wie sie bei jedem Wechsel der Konjunktur zu Gunsten der Einen, zu Ungunsten der Andren eintritt.

Verläuft der Prozeß so — und daß er so verlaufen könne, läßt sich ja nicht leugnen — so ist kein Zweifel, daß die Arbeiterklasse als Ganze nur Vorteil von dem „Einbruch" der fremden Konkurrenz hat. Der Reallohn ist im Verhältnis zur Verbilligung gestiegen. Mindernachfrage hier ist durch Mehrnachfrage dort wettgemacht: der Geldlohn bleibt auf früherem Niveau. Das Gesamtprodukt der inländischen Volkswirtschaft ist zwar durch den Import an einer Stelle gemindert: aber an andrer Stelle hat es sich gehoben — als Ganzes steht es höher wie früher. Denn: jene Waren, welche bisher im Inlande erzeugt wurden, aber teurer — d. h. mit einem größeren Aufwand der gegebenen, begrenzten wirtschaftlichen Mittel, mit mehr nationaler Arbeit — werden ja jetzt vom Auslande billiger bezogen — d. h. es erfordert jetzt einen geringeren Aufwand wirtschaftlicher Mittel, erfordert weniger nationale Arbeit, das Inland mit ihnen zu versorgen. Ein Quantum nationaler Arbeit, das bisher gebunden war behufs Produktion dieser Waren, ist entbunden worden, kann behufs Steigerung des Gesamtprodukts eingesetzt werden. Bezahlt werden muß das Plus des Imports an Auslandswaren mit einem Plus inländischer Waren, das zum Export gelangt.[1]) Aber um die inländischen

[1] Vgl. darüber weiter unten S. 109.

Produzenten zu bezahlen, die vordem diese Waren erzeugten, mußte bisher ein größeres Quantum von Waren als Gegenwert gegeben werden. Um die Differenz ist die reale, auf die Realität der Produkte begründete Gesamtkaufkraft des Volks gesteigert.

Sich hierüber nicht klar zu sein — über diese Thatsache, die man nicht ohne weiteres sieht — ist der fundamentale Fehler der Protektionisten. Die Theorie vom „innern Markt" — die Theorie, daß durch die Steigerung des inneren Güteraustausches auf Kosten des Güteraustausches zwischen Inland und Ausland der Volkswohlstand, und mit ihm der Wohlstand der Masse, sich heben, oder wenigstens nicht fallen werde — kann nur vertreten, wer verkennt, daß wenn solche Waren, die dem Auslande weniger Arbeit kosten wie dem Inlande, von da gekauft statt selbstproduziert werden, die nationale Dividende, das Gesamtprodukt der nationalen Arbeit, sich hebt; das das Gegenteil eintritt, wenn man solche Waren innerhalb der nationalen Grenzpfähle erzeugt.

Mag sein, daß – wie Wagner betont — trotz der Steigerung der Produktivität kraft freien Verkehrs, trotz der Hebung des Gesamtprodukts und damit des allgemeinen Lohnniveaus kraft freien Verkehrs, die Forderung der „Pflege" des innern Markts mittels Schutzzölle sich rechtfertigen läßt. Daß die Frage — „Gehenlassen" oder Regelung des Außenverkehrs — durch den Hinweis auf die Arbeitsersparnis, welche das System der Handelsfreiheit zur Folge hat, nicht entschieden sei; daß außer den wirtschaftlichen Momenten noch soziale und kulturelle in Betracht kommen, ist natürlich zuzugeben.[1]) Aber wenn auch solche soziale und kulturelle Momente als Passiva einzustellen sind und vielleicht (was ich allerdings entschieden bestreite) das Aktivum, den „wirtschaftlichen Vorteil" der Handelsfreiheit, eben die Arbeitsersparnis — und den sozialpolitischen Vorteil der Lohnsteigerung, welche aus solcher resultiert — überragen: zunächst muß, soll die Bilanz richtig gezogen werden, jene „reine ökonomische" Wahrheit erkannt sein, die auf schutzzöllnerischer Seite immer verkannt wird. Daß Wagner sie erkennt, ist eine Ausnahme — aber auch er giebt sie nur hier zu, bestreitet sie an andrer Stelle.[2])

2. Wenn — wie bisher vorausgesetzt — die inländischen Verbraucher ihre durch die Verbilligung der Auslandswaren erhöhte Kaufkraft derart nutzen, daß sie mehr inländische Waren kaufen, so ist der Vorteil für die Arbeiterklasse als Ganze evident. Aber möglich ist ja auch, daß sie jetzt mehr Auslandswaren, nur Auslandswaren kaufen: möglich ist, daß der Plus-Import gewisser, durch eine freihändlerische Maßregel verbilligter Auslandswaren zur Ursache weiteren Plus-Imports irgendwelcher andrer Auslandswaren wird. Wie steht es dann: wird nicht in diesem Falle der in den niederkonkurrierten inländischen Branchen freiwerdende Geld-Lohnfonds, wird nicht dies „variable" Kapital nach dem Auslande fließen — mehr ausländische Arbeiter beschäftigen statt, wie oben behauptet, die in jenen Branchen außer Beschäftigung gesetzten inländischen Arbeiter wieder aufzusaugen?

Wer diese Frage bejaht, übersieht, daß — worauf soeben (S. 107) schon hinge-

---

[1]) Wagner, Agrar- und Industriestaat, S. 33 ff.

[2]) Z. B. da (S. 41), wo er hervorhebt, daß der Schutzzoll, indem er „vermehrte innere Arbeitsnachfrage" schaffe, „in günstiger Richtung für die arbeitenden Klassen" wirke.

deutet — Mehr Import „on the long run" nur stattfinden kann, wenn Mehr Export in gleichem Werte platzgreift. Das Inland kann auf die Dauer mehr Waren vom Auslande nur unter der Bedingung kaufen, daß das Ausland mehr Waren von ihm kauft. Wenn die fremde Konkurrenz dank dem Schritte zum Freihandel, mit ihrem Import vordringt und weiter noch der Import dadurch anschwillt, daß die Konsumenten des Inlandes die durch die Verbilligung verfügbar gewordenen Einkommensteile zum Mehrankauf ausländischer Waren verwenden, so muß, über kurz oder lang, der Export inländischer Waren entsprechend emporgehen. Der Geld-Lohnfonds, welcher in den niederkonkurrierten Branchen frei wird, findet in denjenigen Branchen des Inlandes, deren Ausfuhr sich ausdehnt, wieder Verwertung und sucht nach Arbeitern. Die Mindernachfrage dort wird wett gemacht durch Mehrnachfrage hier. Die lohnmindernde Tendenz, die von jenen Branchen ausgeht, wird wettgemacht durch die lohnsteigernde Tendenz, welche von diesen ausgeht. Auch in diesem Fall erfolgt nur Verschiebung, nicht Verminderung der Gesamtnachfrage nach inländischen Arbeitskräften, kraft der fremden Konkurrenz. Nur Verschiebung in der Verteilung des gesamten Lohneinkommens unter die einzelnen Arbeitergruppen.[1]) Das gesamte Lohneinkommen aber geht empor, da das Gesamtprodukt, der wahre Lohnfond, gestiegen ist, die nationale Produktivität sich gehoben hat.

Der Satz, daß auf die Dauer der Wert der Warenausfuhr sich dem Wert der Wareneinfuhr parallel bewegen muß — daß steigender Import entsprechend steigenden Export zur Folge haben muß (und dadurch verhütet wird, daß jener die Arbeitsgelegenheit im Inlande mindre) — kann hier nicht ausführlich begründet und gegen die oft maßlos oberflächlichen Einwände, mit denen die Schutzzollpartei ihn bestreiten möchte, verteidigt werden.[2]) Zum Beweise muß hier Folgendes genügen:

Wenn das Ausland — ein einzelnes Land oder eine Mehrzahl von

---

[1]) Natürlich ist es in diesem Falle ebenso wie in jenem oben erörterten möglich, daß die freigesetzten Arbeitskräfte nicht in den aufstrebenden Branchen — hier: Branchen, deren Export sich ausdehnt — unterkommen, oder wenigstens nur teilweise.

[2]) Daß zeitweise, unter Umständen längere Zeit, der Import den Export überwiegen kann, und umgekehrt, dann aber die Bewegung umschlagen, der Export zeitweise, unter Umständen längere Zeit, den Import überwiegen muß, s. meinen Artikel: „Ein Wort zur Notabelnversammlung" (Nation, 1900, Nr. 8), wo speziell die so viel bestaunte, eine Reihe von Jahren andauernde gewaltige Plus-Ausfuhr der Vereinigten Staaten erörtert ist — die „Erfahrungsthatsache" welche Manchem ein Gegenbeweis gegen die Theorie vom Parallelismus scheint.

Ferner: Lotz, Ausgleich von Soll und Haben im Weltverkehr (Bankarchiv, 1902, Nr. 6/7. Und Brentanos kleines Meisterwerk: „Das Freihandelsargument", 1901.

Ländern — mit welchem das Land A (Deutschland) in Verkehr steht, diesem mehr von irgendwelchen Waren wie bisher dauernd verkaufen will, so muß das Ausland, um dies Plus dauernd produzieren zu können, hinsichtlich irgendwelcher andrer Waren eine Verminderung der Produktion eintreten lassen. Der Bestand des Auslandes an wirtschaftlichen Mitteln ist ja gegeben, begrenzt.

Erobert sich das Ausland den Markt des Landes A betreffs gewisser Waren, treibt es hier Kapitalien und Arbeitskräfte aus gewissen Branchen heraus, so kann dies nur dadurch geschehen, daß es seinerseits entsprechend mehr Kapitalien und Arbeitskräfte auf diese Branchen wirft, d. h. sie andern Branchen entzieht. Es muß jetzt entweder gewisse Waren, die es bisher für den eigenen Konsum erzeugte, aus A beziehen: oder es muß auf den Export gewisser Waren, die es bisher an die Länder B, C, D lieferte, verzichten und diesen Export dem Lande A überlassen. Noch andere Möglichkeiten liegen vor. Wie nun die Bewegung sich auch gestalte — in keinem Falle vermag das Ausland an gewissen Waren dauernd mehr nach A zu exportieren, ohne gewisse andre Waren weniger zu produzieren. Das Ausland kann nicht hexen — nimmt seine Produktion für die Ausfuhr nach A zu, so tritt irgendwo in seiner Gesamtproduktion eine Lücke ein. In diese Lücke der ausländischen Produktion springt dann das Land A, in der oder jener Weise, ein. Schrumpfen im Lande A gewisse durch den „Einbruch" des fremden Wettbewerbs bedrängte Branchen ein oder verschwinden vollständig, so wachsen gewisse andre desto kräftiger empor. —

Mit jeder Verschiebung im Zolltarife verschiebt sich die Arbeitsgelegenheit — sinkt hier, steigt dort.

Eine Zollerhöhung aber vermehrt nicht „die Gesamtsumme der im Inlande erzeugten Werte", hebt keineswegs „den Volkwohlstand im Ganzen". Es steigt nur kraft der Erschwerung des Imports die Nachfrage nach gewissen Gattungen nationaler Arbeit, während kraft der Erschwerung des Exports die Nachfrage nach gewissen andern sinkt. Auch das Inland kann nicht hexen: soll die fremde Konkurrenz zurückgedrängt, die nationale Produktion ausgedehnt werden, so bedarf es dazu mehr Kapitalien und Arbeitskräfte, die anderen Branchen entzogen werden müssen.[1])

[1]) Wenn nun aber, was ja sein kann, die Zollerhöhung dazu führt, daß fremde Kapitalien und Arbeitskräfte einwandern — dann erhöht sich doch die Arbeitsgelegenheit im Inlande?

Gewiß. Aber Erhöhung der Arbeitsgelegenheit bedeutet ja nur dann einen sozialpolitischen Fortschritt, wenn sie mit Erhöhung des Arbeitslohns sich verknüpft. Solche

Die Schutzzöllner sehen nur das Plus an Arbeitsgelegenheit, welches vielfach als Konsequenz einer Zollerhöhung zwingend nachweisbar ist. Und triumphieren darüber. Sie übersehen das Minus, das irgendwo als Korrelat sich einstellen muß — hinsichtlich dessen aber vielfach nicht nachweisbar ist, daß es seine Ursache in der Zollerhöhung habe. Wenn wir z. B. unsere Zölle auf Garne oder Maschinen bestimmter Art beträchtlich heraufsetzen, so läßt sich oft mit fast unbedingter Gewißheit und dem „gesunden Menschenverstande" ohne weiteres einleuchtend behaupten, daß eine Erweiterung der inländischen Produktion an diesen Artikeln, die eintrat, „propter hoc" erfolgt ist. Nicht minder sicher ist zwar, daß wir, indem wir die Verkaufkraft des Auslandes, (z. B. Großbritanniens, Belgiens, der Schweiz) für Garne und Maschinen schwächen, damit seine Kaufkraft für irgendwelche Artikel schwächen — daß unsre Gesamtausfuhr unter demjenigen Betrage bleiben wird, welchen sie andernfalls hätte erreichen können.[1]) Aber nachzuweisen, welche Exportgewerbe es sind, die die Zeche der Zollerhöhung zahlen: den „man in the street", wie die Engländer sagen, kapieren zu machen, daß zufolge der Zollerhöhung die Arbeitsgelegenheit irgendwo im Inlande geringer ist, als sie andernfalls sein würde — das hält überaus schwer.

Daß die Ausdehnung gewisser kräftiger beschützter Branchen ihren Grund in der Importerschwerung habe, begreift der Praktiker sofort: er glaubt, weil er sieht. Daß eine Exporterschwerung erfolgt sei, glaubt er nicht: denn unter Umständen — wenn nämlich die Gesamteinfuhr und damit die Gesamtausfuhr trotz Zollerhöhung steigt — sieht er hier gar nichts.

Im Falle einer Zollherabsetzung liegt die Sache genau so. Sie

tritt aber nicht ein, wenn die Verpflanzung der fremden Industrie unter dem Drucke einer Zollerhöhung erfolgt. Denn: in der neuen Heimat steht sie im Zeichen geringerer Produktivität — erzeugt mit gleichem Aufwand wirtschaftlicher Mittel weniger Produkt als bisher. Zwar steigt die Arbeitsgelegenheit; es sinkt aber die Produktivität der inländischen Volkswirtschaft und mit ihr das Lohnniveau. Vgl. hiezu das oben (S. 107/108) Gesagte.

[1]) Natürlich kann, trotz höheren Zollschutzes, trotz der Erschwerung des Imports gewisser Waren, eine Erhöhung des Gesamtimports und damit des Gesamtexports sich ergeben.

Wenn Schmoller (a. a. O., S. 178) darauf hinweist, daß Amerika „trotz seines Schutzzolltarifs sein Export gesteigert, Frankreich trotz seiner höheren Zölle seinen Gesamthandel von 1850 1879 nicht minder als Deutschland entwickelt" habe, so ist dies durchaus keine Widerlegung des Satzes, daß Importerschwerung Hemmung des Exports bedeute. Amerika wie Frankreich würden eben, wenn sie eine minder protektionistische Politik betrieben hätten, ihren Export noch mehr gehoben haben — d. h. die produktivsten, zu niedrigsten Produktionskosten arbeitenden Zweige ihrer Volkswirtschaft noch kräftiger emporgetrieben haben; und damit das Lohnniveau.

vermindert keineswegs die Arbeitsgelegenheit, sondern verschiebt sie bloß. Es sinkt nur, kraft der Steigerung des Imports, die Nachfrage nach gewissen Gattungen nationaler Arbeit: dagegen steigt kraft der Steigerung des Exports, die Nachfrage nach gewissen andern. Aber wiederum: dort liegt das „propter hoc" vielfach völlig klar; hier im Dunkel.

Darauf, daß bei Zollerhöhung der sozial günstige Effekt, die Hebung der Arbeitsgelegenheit in gewissen Branchen, sinnfällig ist, der ungünstige Effekt sich verbirgt, während umgekehrt bei Zollherabsetzung der sozial ungünstige Effekt, die Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit in gewissen Branchen, sinnfällig ist, der günstige Effekt sich verbirgt — darauf, daß dort der ungünstige, hier der günstige Effekt nur von dem erfaßt werden kann, welcher die Schule der Wirtschaftstheorie durchgemacht hat,[1]) beruht es zum guten Teil, daß die große Schar der sozialpolitischen Dilettanten auf das Protektionssystem schwört. —

Das System der Handelsfreiheit, weil es zu „niedrigst möglichen Preisen" der Waren führt — m. a. W. weil es die Produktivität der Volkswirtschaft auf das mögliche Maximum steigert — führt zu höchst möglichen Preisen der Arbeit. Die Gesamtnachfrage nach inländischen Arbeitskräften — die Arbeitsgelegenheit — fällt nicht, sondern wird nur verschoben, indem mit steigendem Import auch der Export steigt; aber der Ertrag der Arbeit hebt sich, da bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer das Gesamtprodukt, der wahre Lohnfonds, sich hebt.

Das Protektionssystem, weil es der Verbilligung, d. h. der Steigerung der Produktivität, Steine in den Weg legt, drückt das allgemeine Lohnniveau unter das mögliche Maximum herab, bildet eine Ursache der „Verelendung" der Masse. Nicht wegen, sondern trotz des Hochschutzes ist der Stand des Arbeitereinkommens z. B. in den Vereinigten Staaten höher wie in Deutschland.

Wer dauernde und allgemeine von zeitweiser und gebietsweiser Wirkung unterscheidet, muß zu dem Ergebnis kommen, daß der Freihandel den Arbeitslohn zu heben, der Schutzzoll ihn zu drücken tendiert. —

Für das Maschinensystem gilt genau Gleiches, wie für das System der Handelsfreiheit. Wie jeder Schritt zum Freihandel, so wirkt jeder Schritt zum Maschinensystem partikulär und temporär als Moment der Lohnbaisse — nämlich da, wo Handarbeit durch Maschinenarbeit niederkonkurriert wird, und so lange dieser innere Konkurrenzkampf währt. Auf die Dauer und allgemein wirkt es als Moment der Lohnhausse.

---

[1]) Diese Schulung fehlt leider den schutzzöllnerischen oustiders der Sozialdemokratie; der Satz vom notwendigen Parallelismus vom Import und Export ist ihnen fremd. Vgl. P. Arndts Kritik von Schippels, Grundzüge der Handelspolitik, in der „Nation", 1901/1902, Nr. 27.

Die Verbilligung der maschinell hergestellten Produkte kommt, wie den übrigen Klassen, so der Arbeiterklasse als Ganzer zu Gute, indem sie den Reallohn steigert. Allerdings werden in einer Branche, auf deren Felde die „Invasion" der Maschine sich vollzieht, Arbeitskräfte mattgesetzt — je billiger die Maschine produziert, desto mehr. Aber — je billiger die Maschine produziert, je mehr Arbeitskräfte sie mattsetzt, desto mehr Einkommenteile werden auch frei bei den Konsumenten der betreffenden Waren. Um einen Betrag, der im Verhältnis steht zu dem Betrag der jenen Arbeitskräften verloren gegangenen Lohnsumme, wächst die „effektive Nachfrage" nach irgend welchen Waren und damit nach Händen, die sie zu fertigen taugen; vielleicht nach den jetzt maschinell hergestellten Waren selbst, vielleicht nach irgend welchen andern.

„Konstantes" Kapital entwertet in den Branchen, welche bisher im Zeichen der Handarbeit standen; das ist ein Schaden für die Volkswirtschaft und die Unternehmer. Aber für die Gesamtheit der Arbeiter bringt die Revolution der Technik Nutzen. Wie Einkommensteile bei den Konsumenten frei werden, so wird ja auch — gleichfalls im Verhältnis zu dem Betrag der jenen Arbeitskräften verloren gegangenen Lohnsumme — „variables" Kapital frei, welches sich wieder zu verwerten strebt; welches den Branchen zugeführt wird, deren Produkte, zufolge Verbilligung der jetzt maschinell hergestellten Produkte, mehr Absatz finden wie bisher, deren Unternehmer daher mehr variablen Kapitals bedürfen. Nur eine Verschiebung in der „Arbeitsgelegenheit" erfolgt Solche Verschiebung ist immer für die direkt Betroffenen von Übel. Aber für die Arbeiterklasse als Ganze ist sie von Segen. Denn das Maschinensystem, indem es die Preise der Waren erniedrigt — indem es die volkswirtschaftlichen Produktionskosten herabdrückt, das Gesamtprodukt emportreibt — erhöht den Preis der Arbeit; caeteris paribus: bei Gleichbleiben der Arbeiterziffer.

Wer den günstigen Effekt des Maschinensystems auf den Lohn verkennt, kann auch den günstigen Effekt des Systems der Handelsfreiheit nicht begreifen. Denn jene wie diese Wirkung entspringt ja der gleichen Ursache: der Steigerung der Produktivität, die eintritt, wenn arbeitssparende Maschinen eingeführt werden; die gleichfalls eintritt, wenn Zölle fallen, welche bisher zur Folge hatten, daß im Inlande mit mehr Arbeit erzeugt wurde, was, kraft Austausches mit andern Völkern, mit weniger Arbeit beschafft werden kann.

Weil Engels und Marx im Banne der Doktrin standen, daß Steigerung der Produktivität — m. a. W. Verbilligung der Waren, Sinken des allgemeinen Preisniveaus — das allgemeine Lohnniveau herabdrücken müsse, haben sie sowohl betreffs des Systems der Handelsfreiheit, wie des Maschinensystems sich geirrt. Der Grundfehler ihrer Theorie vom Einflusse des Maschinensystems auf den Arbeitslohn war, zu übersehen, daß das Gesamtprodukt der Volkswirtschaft den wahren Lohnfonds bildet. Das Gesamtprodukt wächst aber desto mehr, je mehr arbeitssparende Maschinen in Funktion treten und je mehr sie Arbeit ersparen.

Nicht trotz, sondern wegen des Maschinensystems hat in den Maschinenländern par excellence das allgemeine Lohnniveau desto mehr sich gehoben, je mehr und je arbeitsintensivere „eiserne Sklaven" in Dienst genommen wurden. Da, wo die neue Technik nicht, oder wenigstens lange nicht in dem Maße Eingang fand wie in England u. s. w., war die Lohnbewegung weniger günstig — abgesehen von den Kolonialgebieten.

Das Umsichgreifen des Maschinensystems war, neben der Vervollkommnung der territorialen Arbeitsteilung, eine Hauptursache des Steigens des allgemeinen Lohnniveaus. Gewiß haben an dem gleichen Effekt andre Kausalmomente mitgewirkt; so

besonders neben den technischen Fortschritten organisatorische — z. B. das Emporkommen der Gewerkvereine. Aber letzteres Moment zur Hauptursache der Lohnhausse während der letzten Jahrzehnte zu machen (oder sogar, wie es bei manchen Schriftstellern erscheint, zur alleinigen Ursache), geht nicht an. So fern es mir liegt, die gewaltige sozialpolitische Bedeutung der Gewerkvereine zu leugnen[1]) — darin gebe ich J. Wolff Recht, daß ihr Einfluß auf die Lohnbewegung meist überschätzt wird, seitens der Freunde wie der Feinde. Ist denn nicht auch in Deutschland, wo doch das Gewerkvereinswesen so viel langsamer sich entwickelte und bis heute die stolze Höhe, auf welcher es jenseits des Kanals steht, bei weitem nicht erreichte, eine beträchtliche Lohnhausse eingetreten?

Die Steigerung der Produktivität war es, die überall — in Ländern mit, wie in Ländern ohne Gewerkvereine — das Besitzeinkommen (Grund- und Kapitalrente) fallen, das Arbeitseinkommen steigen machte. Wenn der Lohn bei uns später und schwächer emporging wie jenseits des Kanals, so erklärt sich dies daraus, daß der deutschen Volkswirtschaft manche produktivitätsmindernde Gewichte angehängt blieben, von denen die britische sich früher und vollständiger befreit hatte — vor allem daraus, daß England seine Volkswirtschaft seit Ende der vierziger Jahre dem heilsamen, zum go ahead zwingenden Drucke der fremden Konkurrenz „preisgab", während Deutschland am Schutz der „nationalen" Arbeit festhielt, genauer gesprochen: am Schutze der minder produktiven Gattungen nationaler Arbeit auf Kosten der produktiveren. —

Ich habe im Vorigen dem Leser etwas harte Kost vorgesetzt, ihn statt auf die „schöne, grüne Weide" des Thatsachenmaterials auf die „dürre Haide" der „theoretischen Spekulation" geführt. Gewisse Fragen der Wirtschaftslehre — vor Allem die Fragen der Einkommensbildung, der Güterverteilung — lassen sich eben nur auf diese Weise beantworten: ohne sorgsame Analyse wirtschaftlicher Kausalzusammenhänge mittels des deduktiven Verfahrens kann das einer gänzlich oberflächlichen Betrachtung entstammende Dogma vom Protektionssystem als „Lohnschutz" nicht widerlegt werden. Hier gilt das französische Wort, das Nietzsche einmal zitiert: il faut être sec. Mit der „flachen Empirie" geht es nicht — man muß „zurück zu der klassischen Methode, wie sie von Ricardo, Thünen, Marx geübt wurde."[2])

Oft ist gesagt worden, daß das Protektionssystem seinen besten Verbündeten an den Sonderinteressen habe; an den egoistischen Instinkten derjenigen Berufsgruppen, welche von einer Herabsetzung der Tarifschranken

[1]) Vergl. meine Artikel über die Bedeutung der Gewerkvereine in der „Sozialen Praxis", 1898, Nr. 17/19 und meine Rede „das Programm des Liberalismus und das neunzehnte Jahrhundert" 1900, S. 31—37. —

[2]) A. Schulz, a. a. O., S. 107.

Man kann allerdings, wenn man falsch deduziert — nur gewisse Wirkungen der Ursachen sieht, deren Spiel man untersucht, gegen andre blind ist — auch mittels der klassischen Methode zu falschen Ergebnissen kommen. Ein Beispiel dafür liefert M. Naumann in seiner oben erwähnten, gegen Brentano und mich gerichteten Schrift, S. 42 ff.

eine Minderung ihres Einkommens befürchten, auf dessen bisherige Höhe sie ein jus quaesitum zu besitzen glauben. Mir scheint: die stärksten Wurzeln seiner Kraft zieht es aus der Thatsache, daß die große Mehrzahl derer, die über die handelspolitische Kontroverse mitreden und die Stellung des Staates zu ihr als Wähler mitbestimmen, unfähig ist, über ökonomische Vorgänge, die ein wenig verwickelt liegen, sich klar zu werden. —

„Ob des Produktions- und Wertproblems" — schrieb Wagner über meinen ersten handelspolitischen Essay, in welchem ich mich auf die Betrachtung vom ökonomisch-technischen Standpunkt aus beschränkt hatte — trete bei mir „wie in der klassischen Nationalökonomie und in der Manchesterdoktrin das Verteilungsproblem, damit das soziale Problem, damit aber doch im Grunde der wichtigste Punkt in der Kontroverse (laisser-faire oder Regulierung des Außenverkehrs) viel zu sehr zurück".[1])

Darin, daß hier der wichtigste Punkt liege, stimme ich mit meinem hochverehrten Lehrer vollkommen überein. Aber, im Gegensatz zu ihm, komme ich kraft der oben vorgetragenen Erwägungen zu dem Ergebnis, daß bei weltwirtschaftlicher Entwicklung, im Zeichen der Handelsfreiheit, das Verteilungs-, das soziale Problem vollkommener gelöst werde als bei nationalwirtschaftlicher Entwicklung, im Zeichen des Protektionssystems. Die sog. nationale Wirtschaftspolitik ist anti-sozial: die Arbeiter werden nicht nur als Konsumenten geschädigt,[2]) sondern auch als Produzenten.

Auch wenn Wagner sich meiner Beweisführung voll anschlösse, wäre für ihn — und ebenso für die Gruppe, deren Spitze er führt — die Kontroverse noch keineswegs entschieden. Er würde sagen: selbst zugegeben, daß der Freihandel dem momentanen Interesse der Arbeiter als Produzenten diene, so fragt sich doch, ob auch dem dauernden Interesse? Diese Frage sei aber zu verneinen; denn die Richtung, in welche, unter heutigen Verhältnissen, die deutsche Volkswirtschaft zufolge Freihandels gezwungen werde — die industriestaatliche Entwicklung — werde künftig rückläufig werden.

„Eine Gestaltung der Dinge" derart, daß „eine größere Volkszahl auf dem Lande in ländlicher Arbeit beschäftigt erhalten wird wenn auch mittels agrarischer Schutzzölle", habe „eine gesichertere Dauer". Solche Gestaltung

[1]) Wagner, im „Lootsen" S. 252. — Vgl. meine „Sozialpolitik und Handelspolitik", S. 3.

[2]) Wie es nach Wagners Darstellung scheint; vgl. Agrar- und Industriestaat, S. 36. 2. Aufl.

„ermögliche und verbürge eine dem wahren Gesamtinteresse mehr entsprechende Daseins- und Gedeihensform der Nation als Ganzen", und damit auch der Arbeiterklasse, „als in dem fieberhaften Getriebe des reinen Industriestaats, der einen immer größeren Teil seines Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs aus dem Auslande bezieht — *solange es geht und nicht zu teuer wird* — und einen immer mehr gesteigerten Export von heimischen Fabrikaten im Auslande absetzt — wiederum: *solange es geht und hinlänglich lohnend bleibt*, daher nicht blos zu Preisen, welche nur Hungerlöhne zu zahlen gestatten und keinen genügenden Gewinn abwerfen" (a. a. O., S. 36). Über kurz oder lang werde ein „reiner Industriestaat" in eine prekäre Situation geraten, werde wie die Nation als Ganze, so die Arbeiterklasse Schaden leiden.

Wenn nur das momentane, nicht das dauernde Interesse der Arbeiter für weltwirtschaftliche und industriestaatliche Entwicklung spräche, so müßte ihr allerdings Einhalt geboten werden!

Aber ich bestreite, daß anbetracht der Möglichkeit, daß einmal der Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande auf Schwierigkeiten stoßen und nur zu höheren Kosten bewirkt werden, der Absatz von Fabrikaten nach dem Auslande stocken und minder profitabel werden könne als heute — daß anbetracht solcher Möglichkeit zu schließen sei: das dauernde Interesse der Arbeiter erheische eine mehr nationalwirtschaftliche und agrarstaatliche Entwicklung.

Denn: bei künstlicher Pflege des Binnenmarkts drohen *genau solche Gefahren*, wie sie *Wagner*, im Falle des weiteren „Gehenlassen", vom Außenmarkt kommen sieht. Auch im „Agrar- und Industriestaat" der „rechten Mischung" (die *Wagner* darin erblickt, daß Deutschland wenigstens seinen Bedarf an Nahrungsmitteln durch Eigenproduktion decke) kann es immer schlechter gehen und immer teurer werden, die Nahrungsmittel — im *Inlande* zu beziehen, kann es immer schwerer gehen, immer weniger lohnend werden, die Fabrikate — im *Inlande* gegen Nahrungsmittel abzusetzen. Ob diese Möglichkeit Wirklichkeit wird oder nicht, hängt ab von der Bevölkerungsbewegung — im *Inlande*. Rückt die Volksziffer Deutschlands rascher vor als die Produktivität der beschützten, „harmonisch" gestalteten deutschen Volkswirtschaft, so verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse genau so und genau aus den Ursachen, von welchen *Wagner* ihr dauerndes Interesse bei weltwirtschaftlicher und industriestaatlicher Entwicklung bedroht glaubt.

Daß zufolge der allmählichen Industrialisierung der heutigen Rohstoffstaaten unsrer *Fabrikatenexport* als Ganzer zurückgehen müsse, ist eine

irrige Annahme — eine Annahme, die seit anderthalb Jahrhunderten die Geister immer von neuem beunruhigt, aber immer von neuem durch den thatsächlichen Verlauf der Dinge widerlegt wird. Daß andre Länder in Konkurrenz mit ihm traten, hat keineswegs, wie die Physiokraten fürchteten, den Fabrikatenexport Frankreichs; daß die deutsche, die belgische, die schweizer Industrie mehr und mehr emporkam, hat keineswegs, wie die englischen Fabrikanten in den dreißiger und vierziger Jahren fürchteten, den Fabrikatenexport Englands lahmgelegt. Die neuen Industriestaaten wurden vielmehr die besten Kunden der Völker, die ihnen auf der Bahn industriestaatlicher Entwicklung vorausgegangen waren. Nur eine Verschiebung im Fabrikatenexport der alten Industriestaaten trat ein — neue Formen vollkommenerer territorialer Arbeitsteilung bildeten sich heraus, zum Heile dieser wie jener. So wird es auch in Zukunft sein, wenn die Industrialisierung gewisser Länder, die heute seitens Westeuropas versorgt werden, sich vollzogen hat.[1])

Unleugbar ist dagegen das Risiko, daß künftig in den Volkswirtschaften, welche uns heute Brodkorn, Vieh, Wolle, Baumwolle, Erze u. s. w. liefern, die Volksziffer rascher vorrücke als die Produktivität — das Risiko, daß dort das Gesetz des „abnehmenden Ertrags" sich immer allgemeiner und kräftiger geltend mache. Wenn zufolgedessen der Lebensmittel- und Rohstoffimport aus diesen Ländern zurückginge, so könnte es allerdings so kommen, daß der Fabrikatenexport der heutigen Industriestaaten als Ganzer einschrumpfte; daß, weil weniger Lebensmittel und Rohstoffe in Übersee und Osteuropa für die Ausfuhr verfügbar wären, weniger Industrieartikel von uns u. s. w. dahin verkauft würden.

„Wenn aber — ich gestatte mir, einige früher geschriebenen Sätze zu wiederholen — Deutschland, geschreckt durch das Gespenst des möglichen Versiegens der Nahrungsquellen, die außerhalb seiner Grenzen liegen, sich (kraft agrarischer Schutzzölle vor allem) zurückziehen würde aus der Weltwirtschaft, so würde es das Gespenst des möglichen Versiegens der Nahrungsquellen, die innerhalb seiner Grenzen liegen, heraufbeschwören".

„Die Möglichkeit von Übervölkerung und Brodnot (und damit von Verelendung der Nation und der Arbeiterklasse) besteht — wenn sie überhaupt besteht — bei Isolierung wie bei Verkehr. Ob sie in diesem oder jenem Zustande Wirklichkeit wird — immer muß dann so oder so die Woge der Ziffer zum Stillstand gebracht werden (um die Produktivität und damit das Lohnniveau wieder zu heben). Ob dieses Muß sich in jenem oder diesem Zustande früher einstellen werde, vermag Niemand zu entscheiden. Die Be-

[1]) Genaueres s. in meiner „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft", S. 66—88.

hauptung, daß Übervölkerung und Brodnot rascher hereinbrechen würden, wenn die weltwirtschaftliche Entwicklung weiter dauerte, als wenn die Völker sie hemmten — aus dem Netze des Verkehrs ganz oder teilweise sich lösten — wäre eine völlig willkürliche." [1])

Ob die Gefahren, die, nach Meinung der Vertreter der sog. nationalen Wirtschaftspolitik, bei Verbleiben auf der Bahn weltwirtschaftlicher Entwicklung künftig dem Produzenteninteresse der Arbeiter drohen, sich einstellen oder nicht einstellen, ist völlig ungewiß.

Sicher ist dagegen einerseits, daß ihnen durch „Verlangsamung" (Wagner), jener Entwicklung kraft stärkerer Protektion nicht vorgebeugt werden kann. Sie würden nur die Gestalt wechseln — statt als Auslandsereignisse als Inlandsereignisse heraufziehen. Die „Arbeit" profitierte auf die Dauer nichts; bloß „Boden" und „Kapital" profitierten — nämlich die Gewähr ihrer derzeitigen Rente.

Sicher ist andrerseits, daß eine Erhöhung der Zollbarrieren, wie sie nach der Reichstagsabstimmung vom 14. Dezember 1902 für Deutschland leider zu erwarten steht, dem Produzenteninteresse der Arbeiter von heute zuwiderläuft: solche Tarif-„Reform" bedeutet ein Hindernis der Sozialreform, wirkt der Erreichung ihrer beiden obersten Zielpunkte — möglichste Stetigung des Arbeitsmarkts und möglichste Steigerung des Arbeitslohns — entgegen.

---

[1]) „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft", S. 119.

105124

Ec.H
D5668p

Author Dietzel, Heinrich

Title Das Produzenteninteresse der Arbeiter u. die Handelsfreiheit

DATE.	NAME OF BORROWER.